



# Plenarprotokoll

## 72. Sitzung

Donnerstag, 14. November 2019

<b>Demonstration von Bäuerinnen und Bauern</b> .....	5498	Flemming Meyer [SSW].....	5512
		Anette Röttger [CDU].....	5514
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1766		Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/1766 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	5515
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	5499	<b>Gemeinsame Beratung</b>	
Heiner Rickers [CDU].....	5501	a) <b>Hauseigentümerinnen und -eigentümer beim Austausch von Ölheizungsanlagen unterstützen.</b>	5515
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	5504, 5513	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1623 (neu)	
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5506		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5508		
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5510		

<b>b) Keine weitere Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer.....</b>	<b>5515</b>	Beschluss: 1. Der Berichtsantrag Drucksache 19/1789 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1789		2. Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/1623 (neu) und 19/1792 sowie des Alternativantrags Drucksache 19/1821	
<b>c) Rückkehr zu einer faktenbasierten Klima- und Energiepolitik, echten Umweltschutz betreiben..</b>	<b>5515</b>	3. Annahme des Antrags Drucksache 19/1802.....	<b>5538</b>
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1792			
<b>d) CO<sub>2</sub>-Ausstoß bremsen: Klimabilanz bei der Folgenabschätzung von Gesetzen, Verordnungen und Förderungen aufnehmen.....</b>	<b>5515</b>	<b>Gemeinsam für ein starkes und geschütztes jüdisches Leben in Schleswig-Holstein einsetzen.....</b>	<b>5539</b>
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1802		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1798 (neu)	
<b>Eine Stabsstelle für Klimaschutz einrichten.....</b>	<b>5515</b>	<b>Jüdisches Leben und jüdische Kultur in Schleswig-Holstein schützen und bewahren.....</b>	<b>5539</b>
Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1821		Alternativantrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1820	
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	5515	Tobias von der Heide [CDU].....	5539
Thomas Hölck [SPD].....	5518, 5532	Martin Habersaat [SPD].....	5540
Jörg Nobis [AfD].....	5521, 5534	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5541
Heiner Rickers [CDU].....	5523	Christopher Vogt [FDP].....	5543
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5525	Dr. Frank Brodehl [AfD].....	5544, 5547
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5527	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5545
Flemming Meyer [SSW].....	5529	Jan Marcus Rossa [FDP].....	5546
Lukas Kilian [CDU].....	5530	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5549
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5532, 5535	Lars Harms [SSW].....	5549
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5533	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	5550
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5534	Beschluss: 1. Ablehnung des Alternativantrags Drucksache 19/1820	
Sandra Redmann [SPD].....	5537	2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1798 (neu).....	<b>5551</b>
Dennys Bornhöft [FDP].....	5537	<b>Keine Zeit beim zweigleisigen Ausbau der Marschbahn verlieren - Erreichbarkeit der Insel für die Pendlerinnen und Pendler langfristig sichern.....</b>	<b>5552</b>
		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1815	

Kay Richert [FDP].....	5552, 5559	Bericht der Landesregierung	
Kai Vogel [SPD].....	5553	Drucksache 19/1685	
Lukas Kilian [CDU].....	5555		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5556, 5563	<b>b) Ziel- und Leistungsvereinbarun- gen der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein.....</b>	<b>5576</b>
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5557		
Flemming Meyer [SSW].....	5558	Bericht der Landesregierung	
Christopher Vogt [FDP].....	5560	Drucksache 19/1686	
Lars Harms [SSW].....	5561		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5561	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	5564	Drucksache 19/1769	
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1815.....	5567	Peer Knöfler [CDU].....	5576
<b>Kapazitäten und Arbeitsbedingun- gen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig- Holstein.....</b>	<b>5567</b>	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	5576
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1510		Tim Brockmann [CDU].....	5577
Monika Heinold, Finanzministerin	5568	Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	5579
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	5568	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5580
Heiner Rickers [CDU].....	5569	Christopher Vogt [FDP].....	5581
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5571	Dr. Frank Brodehl [AfD].....	5583
Kay Richert [FDP].....	5571	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5584
Claus Schaffer [AfD].....	5573	Beschluss: 1. Zustimmung des Be- richts Drucksache 19/1685	
Flemming Meyer [SSW].....	5574	2. Zustimmung des Be- richts Drucksache 19/1686 in der Fassung der Drucksache 19/1769...	5586
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5575		
Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/1510 federführend an den Sozialausschuss und mit- beratend an den Umwelt- und Ag- rarausschuss und den Wirtschafts- ausschuss.....	5575		
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
<b>a) Ziel- und Leistungsvereinbarun- gen in der Hochschulmedizin zwischen dem Land Schleswig- Holstein, der Christian-Al- brechts-Universität zu Kiel, der Universität zu Lübeck und dem Universitätsklinikum Schleswig- Holstein für die Jahre 2020 bis 2024.....</b>	<b>5576</b>		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr****Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle ganz herzlich. Nach Mitteilung der SPD-Fraktion sind folgende Personen erkrankt: die Kollegen Regina Poersch und Dr. Kai Dolgner. Wir wünschen gute Besserung!

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist für die Regierung Minister Jan Philipp Albrecht ab 15 Uhr beurlaubt, und die Abgeordnete Raudies hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung ab 15 Uhr verhindert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom Kreisbauernverband Segeberg den Präsidenten, Herrn Jens-Walter Bohnenkamp, und den Geschäftsführer, Herrn Lennart Butz. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie ebenfalls Schülerinnen und Schüler der Boje-C.-Steffen-Gemeinschaftsschule aus Elmshorn aus dem schönen Kreis Pinneberg. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Demonstration von Bäuerinnen und Bauern**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1766

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile somit das Wort dem Herrn Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Demonstrationen der Bäuerinnen und Bauern der letzten Wochen und Monate zeigen deutlich: Hier ist etwas auseinandergeraten. - Die Wahrnehmungen derer, die seit vielen Jahren in der Landwirtschaft für uns alle bereit sind, viel zu leisten und viel einzusetzen, um uns mit Lebensmitteln zu versorgen, und die Wahrnehmung derer in der Bevölkerung und unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die schlichtweg nur problematische Verhältnisse sehen und wahrnehmen und die Bäuerinnen und Bauern für diese Verhältnisse durchaus verantwortlich machen, machen deutlich, welche Veränderungen es braucht und dass es ein „Weiter so“ in der Landwirtschaft nicht geben darf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, beide Wahrnehmungen haben einen wahren Kern, und beide sind sehr ernst zu nehmen. Vor allen Dingen ist es ernst zu nehmen, dass die Landwirtinnen und Landwirte sagen: So wie bisher kann es nicht weitergehen! Ein solches Auseinandergehen der Wahrnehmungen können wir nicht weiter hinnehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich bin auch deswegen gemeinsam mit einigen Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Haus zu der größeren Demonstration in Rendsburg gefahren. Ich glaube, es ist absolut richtig, dass wir hier in Schleswig-Holstein sehr deutlich gezeigt haben: Wir treten in den Dialog mit denjenigen ein, die sich dort zu Wort melden, mit den vielen landwirtschaftlichen Betrieben, ihren Familien, den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Agrarwirtschaft, die deutlich machen: Wir haben eine schwierige Situation, weil die Betriebe an der Grenze des Leistbaren angekommen sind. Die Belastungen der Betriebe waren in den letzten Jahren sehr deutlich, und heute besteht eben nicht mehr die Möglichkeit, einfach immer wieder neu zu investieren, nachzubessern und neue Anforderungen zu erfüllen.

Gleichzeitig ist aber nicht nur auf dieser Demonstration, sondern auch in den vielen Gesprächen, die ich im vergangenen Jahr geführt habe, deutlich geworden, dass den Bäuerinnen und Bauern durchaus sehr bewusst ist, dass sie sich und ihren Betrieb verändern müssen, dass sie eine neue Zukunft suchen müssen und dass sie dafür gemeinsam mit uns an der Zukunft der Landwirtschaft arbeiten müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es ist deutlich geworden, dass diejenigen Betriebe, die bereit sind, Veränderungen mitzugehen; die bereit sind, mehr Tierwohl auch zum Beispiel im Sinne der vielen Beschlüsse, die hier im Haus dazu gefasst wurden, zu liefern; die bereit sind, den Gewässerschutz ernsthaft als eine Grundlage ihres landwirtschaftlichen Betriebs anzunehmen, wie es die Europäische Union schon seit einigen Jahren vorsieht; die bereit sind, gerade für den Klimaschutz etwas zu tun, unserer Unterstützung bedürfen und nicht unserer Verurteilung oder eines Bashings aus dem Internet. Dafür habe ich mich auf dieser Demonstration klar ausgesprochen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ja, für dieses klare Bekenntnis habe ich durchaus Kritik erfahren. Gerade jüngst, vor wenigen Tagen, habe ich ein Schreiben vom NABU erhalten, in dem mir vorgeworfen wird, dass ich dort diese klaren Worte ausgesprochen und sehr deutlich gemacht habe, dass wir die Finanzierung und die Förderung der Landwirtschaft weiterhin brauchen werden, dass wir sie ausbauen und auch umbauen müssen und dass es dabei eben nicht darum geht, die Landwirtinnen und Landwirte verantwortlich für das zu machen, was in der Landwirtschaft passiert und schiefläuft. Denn das Problem sind nicht die Bäuerinnen und Bauern, sondern es ist die Agrarpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte, die in die falsche Richtung geführt hat, und das insbesondere im Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Ich habe dann die Empfehlung vom Kollegen Rickers bekommen, ich solle doch ein deutliches Signal setzen und insbesondere zum Beispiel bei der Düngeverordnung weitere Ausnahmen zulassen, um sozusagen ein „Weiter“ so wie bisher zuzulassen.

Meine Damen und Herren, das ist das Hauptproblem, dem wir gegenüberstehen, nämlich das „Weiter so“ der Agrarpolitik der letzten zehn bis zwanzig Jahre, das dazu geführt hat,

(Martin Habersaat [SPD]: Heiner Rickers ist das Problem!)

dass die Landwirte eben nicht wussten, was auf sie zukommt, dass ihnen versprochen wurde, es könne so weitergehen wie bisher, dass sie eben nicht Klarheit darüber bekommen haben, dass die Gewässer und die Böden nicht in dem Zustand sind, in dem

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

wir sie haben wollen, und nicht in dem Zustand sind, wie wir ihn in den 90er-Jahren verpflichtend beschlossen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seitdem laufen wir in der Bundesrepublik - ja, auch in Schleswig-Holstein - den Zielen hinterher. Deswegen ist es so katastrophal, wenn 2017 die Große Koalition in Berlin eine Düngemittelverordnung gegen den Widerstand der Wissenschaft und gegen den Widerstand der Opposition beschließt, obwohl deutlich gemacht wurde und auch deutlich war, dass diese eben nicht den Vorgaben der Europäischen Union entspricht und wir jetzt zwei Jahre später wieder in der gleichen Auseinandersetzung sind, weil erwartungsgemäß die Europäische Kommission Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof nicht nur verklagt, sondern auch eine Verurteilung erreicht hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Sehr gern.

**Martin Habersaat [SPD]:** Herr Minister, für einen Abgeordneten, der sich zugegebenermaßen nicht jeden Tag mit Landwirtschaftspolitik beschäftigt, waren Sie eben so zu verstehen, als ob Sie eine unterschiedliche Meinung zu der des Kollegen Rickers hätten und als ob es eine Diskrepanz der Beurteilung der Frage: „Kann es so weitergehen wie bisher?“ auch in Schleswig-Holstein gebe. Vor diesem Hintergrund verstehe ich den Schwenk nicht, warum dann allein die Große Koalition in Berlin die Verantwortung für alles trägt, was da schwierig ist.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Genau. Sie sehen es ganz recht, dass es in diesem Haus durchaus vorkommt, dass zwischen unterschiedlichen Farben einer Koalition die eine oder andere Meinungsverschiedenheit auftritt. Das ist überhaupt nicht problematisch, solange wir gemeinsam daran mitwirken, die Ziele, auf die wir uns gemeinsam geeinigt haben, zu erreichen.

In diesem Fall geht es darum, dass ich der Auffassung bin, dass wir als Landesregierung nach außen gegenüber den Landwirtinnen und Landwirten nicht den Eindruck vermitteln dürfen, dass wir die Möglichkeit hätten, an der Stelle verbindliches EU-Recht abzuschwächen. Vielmehr müssen wir ihnen reinen Wein einschenken und ihnen deutlich machen: Es gibt Ziele, die wir vereinbart haben, und die müssen erreicht werden. Jetzt müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten, dass diese Ziele Hand in Hand mit den landwirtschaftlichen Betrieben erreicht werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ich sage Ihnen auch dieses: Die Situation, die wir in der Großen Koalition im Bund haben, ist für uns Länder alles andere als einfach. Ich bin mehrere Male nach Berlin zitiert worden, um dort mit den beiden zuständigen Ministerinnen zur Düngerverordnung ins Gespräch zu kommen. Ich musste erleben, dass in diesen Sitzungen keine gemeinsame Linie zwischen den beiden Ressorts bestand und dass das Problem inzwischen über ein Jahr andauert, weil Entscheidungen nicht getroffen werden.

Wenn eines bei den landwirtschaftlichen Betrieben draußen wirklich problematisch ist, dann nicht, dass die Herausforderungen zu groß sind, sondern dass die Entscheidungen für diese Herausforderungen, nämlich sowohl die wirtschaftliche Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern als auch die Ziele beim Klimaschutz, beim Artenschutz, beim Gewässerschutz zu erreichen, immer wieder vertagt werden und nicht Klartext darüber geredet wird, wo wir in 20 oder 30 Jahren sein wollen. Das tun wir hier.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das tun wir hier als Koalition vor allem auf eine Art und Weise, die geeignet ist, alle Beteiligten dabei ins Boot zu holen. Wir haben hier vor über einem Jahr gemeinsam mit dem Bauernverband, mit den Naturschutz- und Umweltverbänden, mit anderen Vertretern und gesellschaftlichen Akteuren im Land einen Dialogprozess in Gang gebracht. Gerade gestern Abend hatten wir eine weitere Werkstattrunde, zu der ich nach dem Plenum noch hingefahren bin. Wir sind in den Gesprächen durchaus an einem Punkt angelangt, an dem man sagen kann: Wir kommen vom Reden, vom Dialog ins Handeln, wir kommen dazu, dass wir tatsächlich gemeinsam eine Perspektive bieten, wie es im Land weitergehen

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

kann, dass die Betriebe, die heute investieren müssen, vorankommen.

Die jungen Landwirtinnen und Landwirte sagen: Übernehme ich heute einen Betrieb, dann muss ich wissen, wofür ich in 20 Jahren noch meine Abträge zahle, welche Investitionen ich leiste. Ist das die Biogasanlage, die ich in Zukunft stärker mit Gülle befare, damit eben sowohl dem Klimaschutz als auch dem Gewässerschutz ein Dienst erwiesen ist? Ist es das Vertragsnaturschutzprogramm zum Moorschutz, bei dem ich in der Lage bin, durch einen höheren Wasserstand deutlich mehr CO<sub>2</sub> zu binden? Ist das möglicherweise sogar die Investition in eine Neuwaldbildung? Ist das möglicherweise in Zukunft eine andere Form des Wirtschaftens durch eine stärkere Fruchtfolge, durch ein Direktvermarktungssystem?

Es gibt also viele Fragen, die sich die Landwirtinnen und Landwirte stellen und die ganz konkret beantwortet werden müssen. Wir als Landesregierung müssen dann auch die entsprechenden Hebel in Bewegung setzen, um das im Rahmen der Möglichkeiten, die uns im Bundesrecht gegeben sind, dann auch umzusetzen.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es ist absolut wichtig, dass wir eine intensive Diskussion miteinander führen. Wir sitzen hier zusammen in einem Boot. Das wissen beide Seiten ganz genau. Auch die Naturschutzverbände wissen es ganz genau. Ich war auf den Naturschutztagen der letzten beiden Jahre. Dort wurde immer wieder deutlich: Wir wissen, es kann nur mit der Landwirtschaft gelingen, dass wir die Ziele beim Klimaschutz, beim Artenschutz, beim Naturschutz erreichen, die wir uns gemeinsam vornehmen.

Auch die Landwirtinnen und Landwirte wissen ganz genau: Sie können nur dann gemeinsam mit uns das erreichen, was wir von ihnen erwarten, wenn sie auch die Möglichkeit annehmen, in den Dialog einzutreten, neue Wege zu gehen und bereit sind, sich für die Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Gesellschaft zu öffnen. Und die sind hoch, ja, weil sie sich in den letzten Jahren aufgestaut haben und weil wir durchaus große Umwälzungen haben.

Der Klimawandel ist etwas, was uns derzeit sehr beschäftigt und bei dem die Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Das Artensterben ist in den letzten beiden Jahren in seiner Dramatik viel deutlicher geworden. Wir müssen etwas tun.

Deswegen ist es gut, dass im Bund nicht alles falsch läuft, sondern das zum Beispiel mit den Programmen, die jetzt aufgelegt werden, ein erster Vorschlag auf den Tisch gelegt worden ist, über den man reden muss und auf dessen Grundlage wir zusammen mit der Landwirtschaft Investitionen für die Zukunft tätigen können. Wir werden als Landesregierung dabei konstruktiv mitarbeiten und eigene Maßnahmen und Programme in diesem Rahmen auf den Weg bringen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Der Herr Minister hat die vorgesehene Redezeit um 5 Minuten erweitert. Diese Redezeit steht jetzt auch allen Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Aus gegebenem Anlass möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Sitzung morgens um 10 Uhr beginnt. Sollte es begründete Argumente geben, dass einzelne Fraktionen nicht um 10 Uhr anwesend sein können, dann bitte ich um kurze Nachricht. In diesem Fall bin ich gegebenenfalls bereit, die Sitzung 5 Minuten später zu eröffnen.

Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Heiner Rickers.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Albrecht! Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie hier dargestellt haben, wie wir in der Jamaika-Koalition arbeiten. Auch dann, wenn es mal ruckelt oder wenn ein Herr Rickers einmal eine andere Meinung hat, muss das nicht heißen, dass Sie die teilen. Es muss auch nicht heißen, dass alle anderen diese Meinung teilen. Aber es muss auch nicht heißen, dass diese Meinung falsch war und dass das, was an Aussage getroffen war, falsch war.

(Beifall CDU)

Ich werde versuchen, innerhalb der nächsten Minuten zu erklären, wie denn so eine Bauernseele in Schleswig-Holstein tickt.

Wir haben in Schleswig-Holstein nach wie vor einen stark geprägten ländlichen Raum. Deshalb kann es doch nicht in unserem Interesse sein, dass wir in der Gesellschaft eine Spaltung erleben, wie wir sie im Moment ein Stück weit spüren. Der Minister und andere, die in Rendsburg anwesend waren, wissen sehr genau, wie die Stimmung dort war. Sie war nicht aggressiv, sondern das war eher ein Auf-sich-

(Heiner Rickers)

aufmerksam-machen-Wollen; das war eher eine Art Hilflosigkeit, und es war eher ein Anprangern der Politik, der CDU und ein Hinweis zu sagen: Das, was ihr uns in den letzten zehn Jahren mit auf den Weg gegeben habt, haben wir abgearbeitet. Nun kommt ihr wieder mit irgendetwas, was wir nicht verstehen können. Erklärt uns doch bitte mal, ob das immer so weitergehen soll, ob wir nicht mehr schlafen können, weil wir Angst haben müssen, dass es morgen wieder etwas Neues gibt, oder ob irgendwann einmal Schluss mit euren Forderungen ist.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Wir sind uns doch einig. Unsere Bauern füllen uns jeden Tag die Regale. Wir laufen alle rein in diese Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte, auch zu den großen Discountern. Wir konsumieren, finden die Produkte gut; der Lebensmitteleinzelhandel findet sie auch gut, sonst würde er sie im Laden doch nicht auflisten und auch gar nicht verkaufen wollen. Alle verdienen Geld an der Produktion, wie sie heute läuft. Diese Produkte sind in der Spitze weltweit und in der Qualität als Made in Germany anerkannt und nicht billig-billig. Wir überschwemmen irgendwelche Märkte. Und mit einem Male kommen wir aus der Gesellschaft oder der Politik und sagen: Alles, was ihr macht, macht ihr falsch, obwohl eigentlich alle von euch profitieren! - Das kann doch wirklich kein Bauer verstehen.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Ich werde gefragt, und ich habe mich ein Stück weit quasi geoutet, dass wir als CDU dazugehören. Auch wir haben ja Fehler gemacht. Der Berufsstand fragt mich, ob das, was sich in den letzten Jahren auch aus deren Sicht positiv mit Zielvorstellung und dann Umsetzung verbessert hat, denn überhaupt nicht zu einer Wertschätzung geführt hat. Man macht heute grünen Strom. Da schließe ich einmal die Windenergie ein Stück aus und vielleicht auch die Photovoltaik-Anlagen. Aber Biogas, das sollte doch das Highlight werden im ländlichen Raum, grüner Strom und nachhaltig - heute alles falsch. Die Trecker sind zu groß, es gibt zu viel Gülle, die Belastung ist zu groß, es gibt zu viel Gebäude. Guter Ansatz, aber alles falsch gelaufen!

Die Leute fragen mich im ländlichen Raum: Sind die Gänse denn nun wirklich wichtiger als das, was wir auf den Weiden halten wollen? Sind also Gänse wichtiger als Schafe oder Rinder? Warum gibt es so viel Geld im Ausgleich für das Erdulden dieser Gänsepopulationen an der Westküste, dass wir da-

mit besser leben können, als wenn wir selbst produzieren?

Das trägt doch nicht zur Wertschätzung eines Berufsstandes bei, der Lebensmittel produzieren will. Das mag aus ökologischer Sicht berechtigt sein. Trotzdem trägt es nicht zur Wertschätzung eines Berufsstandes bei.

Es wird natürlich auch immer wieder gefragt: Ist denn nun der Wolf mehr oder weniger wert als mein Schaf, mein Rind oder mein Pferd? - Diese Frage ist am Ende nicht geklärt. Natürlich muss er unter Schutz stehen. Ich will nur das Gefühl der Menschen wiedergeben. Das ist nicht meine persönliche Meinung.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gefühl kommt aus dem Berufsstand. Ist der Wolf tatsächlich mehr wert, als das, was ich an Lebensmitteln produzieren will oder auf der Weide halte? - Das führt zur Verunsicherung des Berufsstandes.

(Beifall CDU, FDP, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das kann nicht motivieren.

Ich will noch einige Beispiele nennen. Wir haben eine Wasserrahmenrichtlinie und in dem System der Wasser- und Bodenverbände durchaus Verbesserungen herbeiführen können - mit Zielvereinbarungen, mit Gewässerpflege, mit der Düngeverordnung, mit dem Ausbringen und dem Lagern von Gülle und mit der Verteilung. Das sind Verbesserungen, die aber in der Politik und in der Öffentlichkeit als Verbesserung überhaupt nicht positiv bewertet werden, sondern im Gegenteil. Aus Sicht des Berufsstandes wird jetzt noch mal wieder draufgesetzt, auch aus Berlin, auch wenn ich dabei gewesen bin. Das kann doch in dem Berufsstand wirklich keiner verstehen.

Es gibt seit zehn Jahren ein Greening. Es gibt ein neues Arzneimittelgesetz. Die Verwendung von Antibiotika in der Gesamtmenge und auch die Verwendung von Reserveantibiotika ist rückläufig. Wird das irgendwo positiv beschieden oder irgendwo einmal gewertschätzt? - Nein, es wird hingenommen und gesagt: Das reicht noch nicht! Wir müssen noch einmal nachschärfen. Es soll eine Apothekenverordnung geben, und, und, und.

Wir haben am Runden Tisch - jetzt komme ich auf Schleswig-Holstein zu sprechen - Tierschutz, Tierwohl durchaus geeint sehr gute Ergebnisse erzielen können. Es werden keine tragenden Rinder geschlachtet. Dafür gibt es sofort eine rote Karte. Es



(Heiner Rickers)

werden keine lahmen Tiere verladen - sofort eine rote Karte. Es werden keine Kälber enthornt, wenn sie nicht betäubt werden und nicht auch noch Schmerzmittel dazubekommen. Das muss der Tierarzt machen. Das ist teuer und aufwendig. Wer das nicht macht, bekommt sofort eine rote Karte. Wer seine Ferkel zukünftig ohne Betäubung kastriert - sofort eine rote Karte. Daran arbeiten alle im System.

Es ist unwahrscheinlich viel passiert. Es wird aber nicht lobend dargestellt, nicht einmal von mir. Es wird in der Öffentlichkeit überhaupt nicht wahrgenommen. Es ist doch schade um den Berufsstand, weil er dadurch das Gefühl hat, keiner steht ihm bei, obwohl er bemüht ist, Veränderungen herbeizuführen. Herr Minister, Sie sagen zu Recht: Veränderungen herbeiführen, weil die Branche weiß, dass es irgendwann anders und noch besser werden muss. Das allein, finde ich, kann man so nicht hinnehmen.

(Beifall CDU)

Ich will mich nicht nur auf die Landwirtschaft und die Landbewirtschaftung beschränken, sondern denken Sie einmal an die Fischer. Was haben wir mit denen gemacht? - Quote rauf, Quote runter, Kormorane selbst vergrämen. Ich fand das durchaus sehr sympathisch. Das wurde zehn Jahre erfolgreich so gemacht: stabiler Kormoranbestand. Heute bekommen die Geld, weil sie die Kormorane nicht mehr vergrämen sollen und dürfen. Das können die nicht so richtig nachvollziehen, auch wenn sie dem zugestimmt haben.

Wir haben in anderen Bereichen auch strenge Vorgaben. Auch das kann man nicht so ganz nachvollziehen. Wir haben jeden Tag die Gefahr, dass eine Kontrolle auf dem Hof steht. Zu Recht. Die Kontrolle kann ja auch kommen, aber bei der Vielfalt der Verordnungen haben die Landwirte Angst, irgendetwas falsch zu machen - Herr Neve nickt. Sie ist im Moment im Berufsstand so groß, dass es Bauern gibt, die schlaflose Nächte haben, insbesondere dann, wenn sie Vieh halten.

Entweder wird etwas gefilmt, diffamiert, angezeigt oder kontrolliert - und ich habe vergessen, die Ohrmarke einzukneifen. Vielleicht bin ich auch noch denunziert und noch nicht so weit gekommen, heute Morgen meine Kälber zu streuen. Das wollte ich heute Mittag machen, aber die Kontrolle kommt nun morgens um acht und nicht um elf. Das ist dann also schiefgelaufen.

Diese Angst können wir denen ganz schlecht nehmen, außer wenn wir sagen würden: Wir stehen zu

euch, und wir müssen an diesem System Hand in Hand ein Stück weit arbeiten.

(Beifall CDU, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Jetzt komme ich zu den Kernpunkten. Wenn es zur Umschichtung kommen sollte - Bundespolitik: aus der ersten in die zweite Säule, Direktzahlung vom Landwirt weg zu mehr ländlichen Räumen, Klima und Umweltschutz -, dann ist das in Ordnung. Aber dann muss das Geld trotzdem wieder in der Landwirtschaft ankommen. Dann sollen die Bauern dieses Geld bekommen und Klima- und Umweltschutz- und Tierschutzstandards gewährleisten.

(Beifall CDU, FDP, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Dazu müssen wir uns auch verpflichten. Wenn es Berichte gibt, die positiv laufen - ich hatte das Arzneimittelgesetz nur als Beispiel genannt -, dann müssen wir das auch mal veröffentlichen und sagen: Die haben dort Großes geleistet! Warum nicht? Wenn wir bei der Wasserrahmenrichtlinie einmal eine Halbzeitbilanz haben sollten, warum nicht? Das können wir doch auch einmal veröffentlichen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch alles öffentlich!)

Die Gewässer sind doch alle besser geworden. Wir loben das aber nicht. - Du darfst gleich reden.

Ich komme zu einem anderen Kern. Wenn wir dann die Chance haben - jetzt komme ich zu dem, bei dem wir uns nicht ganz so einig sind, Herr Minister -, über eine Länderöffnungsklausel im Düngemittelrecht etwas zu machen, dann geht es nicht darum, dass wir anerkannte Werte irgendwie anzweifeln wollen, sondern wir wollen den Bauern erklären, dass die Werte Aktualität haben. Die dürfen nicht fünf Jahre alt sein. Sie müssen aktuell sein, sie müssen nachvollziehbar sein, und der Berufsstand muss die Möglichkeit haben, Gegenbeweise anzustellen. Wir können sie dazu auffordern. Schickt uns die Werte vom Wasserwerk. Wenn sie besser sind, und ihr belegt uns, dass das rote Gebiet eigentlich nicht rot sein müsste, dann reden wir noch einmal drüber. Das würde zu einer Riesenbefriedung im ländlichen Raum führen. - Das sind meine Ideen.

(Beifall CDU und FDP)

Da müssen wir uns gemeinsam Mühe geben. Wir wollen keine Spaltung. Wir wollen unsere deutsche und schleswig-holsteinische Landwirtschaft. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

**(Heiner Rickers)**

(Beifall CDU, FDP, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

**Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für diesen Antrag. Ich danke dem Minister für seine Rede - insbesondere für die 5 Minuten zusätzlich.

(Heiterkeit)

Demonstration der Bäuerinnen und Bauern - das ist eine gute Gelegenheit, denen Respekt zu zeigen, die sich unabhängig vom Bauernverband und von allem anderen für Landwirtschaft, für ländliche Räume in Schleswig-Holstein auf den Weg gemacht haben.

(Beifall SPD)

Ich hatte intensiven Kontakt mit denen, die das organisiert haben. Dabei ist deutlich geworden, das sind die Landwirte und Landwirtinnen, die wissen, dass sich etwas ändern muss, die aber auch wissen, dass die ökologischen Anforderungen, die zusätzlichen gesetzlichen Ansprüche, einen ökonomischen Ausgleich brauchen, und das ist das zentrale große Problem.

(Beifall SPD)

Die Bauernproteste in Rendsburg auf dem Willy-Brandt-Platz - da geht es mir so wie Heiner Rickers -, das war eine nachdenkliche Veranstaltung. Das war ganz klar die Bereitschaft, mit der Gesellschaft ins Gespräch zu kommen. Das war das Bemühen der Landwirtschaft: Schaut genau hin, seht, welche Herausforderungen wir haben, welche Probleme, welche Chancen wir haben. Das Motto ist ja: „Wir bitten zu Tisch“, auch, um miteinander zu reden. Das war großartig.

Aber genauso kritisch müssen wir sehen, wenn es jetzt an anderer Stelle zu wirklich schwierigen Situationen kommt. Wenn Häuser von Politikern belagert werden, wenn Journalisten belagert werden, dann geht das so nicht. Von diesen Auswüchsen, von diesen Unterwanderungen einer gut auf den Weg gebrachten Aktion distanzieren wir uns ausdrücklich.

(Beifall SPD)

Dieser Antrag - das ist gerade deutlich geworden - macht eines deutlich: Die Unterschiede zwischen

Grün und Schwarz und Gelb sind groß. Das, was Sie hier versuchen, ist der Ritt auf der Rasierklinge. Dieser Moment, die Verbrüderung von Heiner Rickers und dem Minister bei Allgemeinheiten, bei dem, was man könnte, wollte, müsste, hilft der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein nicht weiter.

(Beifall SPD)

Während die CDU mit „Weiter so“ Agrarpolitik machen will, ist bei den Grünen die Agrarwende das Ziel. Beides geht nicht zusammen. Das wissen wir. Das sind die Gegensätze, zwischen denen die Landwirtschaft in den letzten Jahren zerrieben wurde. Die Demonstration auf dem Willy-Brandt-Platz hat es deutlich gemacht: Heiner Rickers konzentrierte sich in seinem Beitrag auf Stalleinbrüche und den Pressesprecher der Polizei in Itzehoe. Oliver Kumbartzky hat seinen Respekt vor der Landwirtschaft zum Ausdruck gebracht, schlüpfte dann aber ganz schnell in die Oppositionsrolle auf Bundesebene.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Lieber Herr Vogt, nichts Konkretes zu dem, was hier in Schleswig-Holstein nötig ist. Nichts Konkretes, was denn Politik hier wirklich machen will.

(Zuruf Ole-Christopher Plambeck [CDU]:  
Was ist denn Ihr Vorschlag?)

Ich habe noch ein paar Minuten Zeit. Jetzt bitte einmal entspannt bleiben. - Der Minister sprach über den Dialog Landwirtschaft 2040. Das ist wunderbar, Herr Minister. Aber ich habe das schon einmal gesagt, 2040 - dann ist es für viele Betriebe hier in Schleswig-Holstein vorbei. Dann ist die Vielfalt, die wir jetzt in Schleswig-Holstein haben - wir reden über die Entscheidungen von heute und in zwei Jahren, wir reden nicht über die Entscheidungen irgendwann, irgendwo -, nicht mehr vorhanden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das muss deutlich werden. Das hilft den Bauern keinen Millimeter weiter.

Gestern war zu lesen, dass Minister Albrecht mit der Landwirtschaft im Dialog ist, „um diese fit für die Zukunft zu machen und dabei den Anforderungen des Umweltschutzes gerecht zu werden“. Was für ein Irrtum! Die Bauern sind fit für die Zukunft!

(Beifall SPD)

Sie brauchen aber eindeutige politische Rahmenbedingungen, auf die sie sich verlassen können. Das ist der Punkt.

(Beifall SPD, vereinzelt FDP und SSW)

(Kirsten Eickhoff-Weber)

In Schleswig-Holstein haben wir eine beträchtliche Zahl von Betriebsleiterinnen und -leitern, die wissen, dass sich etwas ändern muss. Da oben sitzt ein hochengagierter Vertreter genau dieser Landwirtschaft, der weiß, dass wir eine Neuausrichtung der Agrarpolitik brauchen, um die Zukunft zu sichern.

Das hemmungslose Wachstum der vergangenen Jahrzehnte, die Konzentration, die Förderung von Hektar- statt Gemeinwohlleistung mit all den Konsequenzen für Natur, Umwelt und Klima bringt die Landwirtschaft in Not - durch Preisverfall und Überangebot; hinzu kommt eine massive Konzentration in der Ernährungswirtschaft. Heute haben wir auch das Thema: massive Konzentration in der Fleischindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel. Das hat die wirtschaftliche und mentale Situation auf den Höfen aus dem Ruder laufen lassen. Die SPD steht für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft - ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU]) - Beifall SPD)

Ökologisch verträglich bedeutet weniger Pestizideinsatz, flächengebundene Tierhaltung, Erhalt der Kulturlandschaft, ein Düngerecht, das endlich den Anforderungen der EU entspricht, und ein aktiver Natur- und Artenschutz.

Herr Rickers, Ihre Ministerin hat sich gestern im Agrar- und Umweltausschuss des Deutschen Bundestages ganz klar zum Insektenschutzprogramm und zu der Ausstiegssituation Glyphosat bekannt.

(Zuruf Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Das alles ist gestern gewesen, das ist doch ein richtiger Weg. Wir sollten uns diese Schritte der Großen Koalition nicht schlechtreden lassen. Landwirtschaft braucht - das ist in all diesen Programmen auch hinterlegt -, um das leisten zu können, eine finanzielle Unterstützung, sie braucht ein Honorieren der Leistungen für den Naturschutz.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sozial gerecht bedeutet, dass wir die Leistungen der Landwirtschaft für den ländlichen Raum anerkennen und sicherstellen, dass es ordentliche Arbeits- und Ausbildungsbedingungen auf den Höfen und in der Ernährungswirtschaft gibt. Das ist das, was Bauern wollen, dass sie für die Arbeit, die sie leisten, auch wirklich ordentlich entlohnt werden. Faire Preise für das, was sie tun.

(Beifall SPD)

Dazu gehören auch ökonomisch rentable, faire Preise für qualitativ hochwertige Produkte und eine europäische Agrarförderung, die nicht den Besitz von Hektar fördert, sondern die Leistungen für das Gemeinwohl honoriert.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nicht weniger Geld im System, aber gerecht verteilt an Landwirtschaft und für den ländlichen Raum.

Billigste Lebensmittel in Europa - das ist bei uns die Situation, aber wir haben auch die niedrigsten Mindestlöhne. Vielleicht hängt das ja sogar zusammen.

(Zuruf Tim Brockmann [CDU])

Tatsache ist, dass die Gesellschaft den Bezug zur Lebensmittelproduktion verloren hat. Einerseits billig an der Ladentheke, andererseits die Angriffe auf die Landwirtschaft, das geht nicht. Bauernbashing ist etwas, das darf nicht sein.

(Beifall SPD und Oliver Kumbartzky [FDP])

Das Thema ist hochkomplex. Viele Akteure sitzen mit am Tisch. Deshalb: Wir brauchen einen Schlichterschluss von Landwirtschaft und Verbrauchern. Dieses Gegeneinander - Verbraucher und Landwirtschaft - durch Unkenntnis, durch Unwissenheit, durch Respektlosigkeit muss aufhören. Wir schaffen den Weg in die Nachhaltigkeit nur, wenn sich Verbraucher und Landwirtschaft zusammenschließen und wenn die Politik endlich die nötigen, mutigen Entscheidungen trifft.

(Beifall SPD)

Ich habe erwartet, Herr Minister, nach dem, was gestern im Bundestag beschlossen wurde, dass Sie heute sagen, die Umschichtung von der ersten in die zweite Säule ist eine ganz akute Möglichkeit, den Landwirten in Schleswig-Holstein jetzt bei der Neuausrichtung, bei Investitionen und so weiter zur Seite zu stehen. Davon habe ich von Ihnen kein einziges Wort gehört. Das Geld steht vor den Toren Schleswig-Holsteins, und Sie haben heute in dieser Diskussion nicht ein einziges Wort gesagt, was mit diesem Geld passieren soll.

(Beifall SPD)

Schauen wir, was wir in den letzten Jahren hier im Landtag beschlossen haben. Die SPD hat zum Thema Düngerecht einen Antrag gestellt. Der ist mit Pauken und Trompeten abgelehnt worden. Es sei alles nicht nötig, darüber müsse man nicht reden. Wir sehen ja, wie sehr man darüber hätte reden müssen.

**(Kirsten Eickhoff-Weber)**

Wir haben über ein verpflichtendes staatliches Tierwohllabel gesprochen. Unser Antrag ist abgelehnt worden. Frau Klöckner hat den Auftrag erhalten, einen ordentlichen Vorschlag zu unterbreiten.

Wir haben über einen Ausstiegsplan Glyphosat gesprochen. Wir haben einen Antrag gestellt, dass sich alle zusammensetzen sollen, um einen Ausstiegsplan Glyphosat für Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. Das haben Sie auch abgelehnt.

Wir könnten diese Reihe munter fortsetzen. Ja, ein konkretes, gemeinsames Nach-vorn für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein haben wir von Jamaika nicht zu erwarten. Dazu liegen Ihre Positionen zu weit auseinander. - Danke.

(Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP] - Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort der Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Werte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an den Minister, an die Landesregierung für diesen hervorragenden Bericht.

Vorweg ein Kommentar zum „Ritt auf der Rasierklinge“, der anscheinend in Jamaika stattfindet. Das, was hier im Haus passiert - das zu Ihrem Beitrag -, ist das, was draußen in der Gesellschaft an vielfältigen Einschätzungen zu diesem Thema wahrgenommen wird.

Es macht persönlich betroffen, wenn fast im Wochenrhythmus, im näheren und weiteren Umfeld scheinbar gut laufende Betriebe plötzlich aufgeben. Dahinter stehen mehrere Generationen der Familien, Wissen, Kompetenz im Beruf an dem Standort. Die sind dann weg. Häufig bleiben auch viele Fragen, wie auch sonst im Mittelstand, zum verbliebenen Vermögen und zu den sozialen Fragen der Zukunft. Ein landwirtschaftlicher Betrieb bleibt nicht im Standby-Betrieb.

Ich nenne nur eine Zahl, die deutlich macht, wo wir stehen: Allein bei den Milchviehhaltern haben bundesweit in den letzten zehn Jahren 40.000 von 100.000 aufgegeben. Alle Daten - das noch einmal an die Kollegen gerichtet - sind transparent, sie stehen im Netz, sie sind nachvollziehbar.

Wir verstehen den Frust der Menschen in den Betrieben, die in wirtschaftlich schwieriger Lage sind

und das Gefühl haben, sie können von ihrer harten Arbeit kaum noch leben und auch noch von allen Seiten gescholten werden. Ja, ein klares Bekenntnis: Wir brauchen eine bäuerliche Landwirtschaft für regionale gesunde Lebensmittelversorgung zum Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft, um nur einige Punkte zu nennen. Ja, wir brauchen auch dafür die gut ausgebildeten Bäuerinnen und Bauern mit ihrem Erfahrungswissen auf den Höfen. Das ist wichtig, um jeweils auch die Standorte weiter bewirtschaften zu können. Viele Bäuerinnen und Bauern braucht das Land.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist der agrarpolitische Rahmen, der dazu geführt hat, dass derzeit ohne die noch verbliebenen staatlichen Flächenzahlungen kaum noch ein Betrieb überleben könnte. Es sind die agrar- und handelspolitischen Entscheidungen des „Wachsens und Weichens“, befeuert mit einer Ausrichtung der Landwirtschaft auf Kostenführerschaft weltweit.

Verantwortlich sind die Bundesregierung und in weiten Teilen ihre Ministerinnen und Minister, die meistens von der CDU/CSU gestellt wurden, die diese Politik im Kanon mit einigen Berufsverbänden durchgesetzt haben.

Es sind die echten Reformen, die stets auch von ihnen behindert wurden, nicht nur in Deutschland, auch auf EU-Ebene. Folge der Politik der Bundesregierung über Jahre und Jahrzehnte ist eine zögerliche, in Teilen unwirksame Rahmensetzung in Bezug auf Umwelt, Tierschutzstandard, Märkte. Sie haben in vielen Bereichen falsche Ansätze gesetzt. Eine EU-Agrarpolitik, in deren System 70 % bis 80 % der Steuergelder ineffizient verteilt werden - wir haben es gestern bei den Agrarjournalisten von Professor Feindt gehört - macht deutlich, wo wir stehen. Auch der letzte Bericht des EU-Rechnungshofes besagt, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht, um zu effizienteren Systemen zu kommen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Selbst wenn wir wollten, könnten wir nicht mit immer mehr Geld gegen eine falsche Agrarpolitik ansubventionieren. Daher müssen die EU-Agrargelder, die noch zur Verfügung stehen, vom Kopf auf die Füße gestellt werden, das heißt, die richtigen Anreize müssen gesetzt werden. Insoweit hat auch die Bundesregierung erheblichen Nachholbedarf.

(Bernd Voß)

Die Bauern und Bäuerinnen, die in diesem Rahmen vorangehen wollen, geraten bei fehlenden Leitplanken - wenn zu spät klar geregelt wird, wo es langgehen soll - in einen Wettbewerbsnachteil. Man muss sich immer wieder vor Augen halten, wer dort seiner Verantwortung nicht gerecht wird.

Jetzt will ich auf die Vorhaben der Bundesregierung eingehen, die von den Demonstranten und Demonstrantinnen beklagt werden. Ich beginne mit der Düngeverordnung. Dazu ist schon viel gesagt worden. Die Fakten sind seit 30 Jahren bekannt; das Handlungsdefizit ist offensichtlich.

Professor Taube spricht von „legalisierter Gewässerverschmutzung“. Dass wirksame Regelungen seit Jahren verschleppt werden, liegt vor allem an der Blockadehaltung des Bauernverbandes und an einer Bundesregierung, die sich darauf einlässt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Professor Taube ist nicht irgendwer. Er ist seit Jahrzehnten nationaler und europäischer Experte für Pflanzenbau und Nitratbelastung. Zu dem Themenbereich „Umwelt und Agrar“ hat er für die CDU die Verhandlungen zur Jamaika-Koalition geführt. Zugegeben: Er hat im agrarpolitischen Bereich in den letzten Jahren immer mehr grüne Positionen übernommen.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Er wollte Minister werden! - Heiterkeit SPD)

Zu den Folgen der Versäumnisse, auch derjenigen beim Bienen- und Artenschutz, gehört der hohe Anpassungsdruck für die Betriebe, das heißt, sie kommen heute richtig unter Druck. Die Zeit, in der noch gehandelt werden kann, um den negativen Entwicklungen entgegenzuwirken, von denen wir einige schon verzeichnen, wird immer kürzer. Es ist ähnlich wie beim Klimaschutz: Alles, was verpennt wird, holt die Akteure, auch die Betriebe, ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Es ist wichtig, noch einen zeitlichen Anpassungsrahmen hinzubekommen. Diejenigen, die den Handlungsbedarf leugnen, erweisen der Landwirtschaft schlicht und einfach einen Bärendienst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Heiner Rickers [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Wir haben in Schleswig-Holstein bereits die Mittel eingestellt. 50 Millionen € sind von der Bundesregierung - das muss man positiv hervorheben - in den Kreislauf geschickt worden und werden von

uns kofinanziert, um das Bienen- und Artenschutzprogramm umzusetzen.

Ich weise auf einen weiteren Punkt des Programms hin, der für Schleswig-Holstein wichtig ist - dieser Punkt betrifft eine Entwicklung, die immer mehr in die falsche Richtung geht -: Das ist die Weidehaltung. Das ist der Kuhschiss, von dem sehr viele Insekten leben. Wenn auf den Grünländereien die Weidehaltung verbreitet wäre, könnten wir dem Insektensterben wenigstens zum Teil begegnen. Das wäre eine Win-win-Situation; denn Grünland ist wichtig für die CO<sub>2</sub>-Speicherung und damit für den Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Heiner Rickers [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der - für mich völlig unverständlich - von Ihnen beklagt wird: die obligatorische staatliche Haltungskennzeichnung, zu der wir Grünen stehen. Wir tun dies nicht, um Bäuerinnen und Bauern zu quälen. In dem - gescheiterten - Koalitionsvertrag von Jamaika auf Bundesebene war das die agrarpolitische Maßnahme, auch mit sehr viel Geld hinterlegt, um es den Betrieben zu ermöglichen, entsprechend zu reagieren.

Warum ist das wichtig? Das, was auf Bundesebene herausgekommen ist - ein luschiges, freiwilliges Tierwohllabel -, führt letztlich dazu, dass die Big Player der Lebensmittelindustrie die Standards setzen. Das gilt für die Tierhaltung und wird demnächst für den gesamten Pflanzenschutzbereich gelten. Es ist alles andere als im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher - übrigens auch nicht im Sinne der Bauern und Bäuerinnen -, dass die Monopolisten hier das Setzen der Regeln übernehmen und der Staat diese Aufgabe abgibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Ich will an dieser Stelle nicht auf das Mercosur-Abkommen eingehen. Sie alle wissen: Das ist nicht neu. Seit Bolsonaro regiert, steht das Abkommen zur Unterzeichnung bereit. Die Handelsströme existieren seit Langem. Sie alle wissen von der Diskussion, dass wir hier wie dort qualifizierten Außenschutz brauchen.

Frau Eickhoff-Weber, zum Glück ist beschlossen worden, mindestens 1,5 % mehr von der ersten in die zweite Säule umzuschichten. Diese Mittel müssen nicht kofinanziert werden. Ungefähr 4,5 Millionen € fließen im Rahmen dieser Maßnahme nach

**(Bernd Voß)**

Schleswig-Holstein. Es ist klar, dass dieses Geld in die Agrarumweltmaßnahmen fließt, um maximal effiziente Politik zu erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hätten uns natürlich ein wesentlich umfangreicheres Umswitchen gewünscht, um eine neue, wirkungsvolle Agrarpolitik zu ermöglichen.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt. Die Reformverweigerer in einigen Verbänden und in der Regierung verantworten, dass der Anpassungsdruck so hoch geworden ist und die Zeit immer knapper wird, um die öffentlichen Mittel wirksam einzusetzen. Wir müssen aber endlich zu einer anderen Politik kommen. Was der Bundesregierung und Teilen der Bauernverbände fehlt, ist der Wille, eine starke Botschaft zu senden: dass die verschiedenen alten und neuen Anforderungen hinsichtlich ökologischer und sozialer Standards letztlich vom Markt, von fairen, auskömmlichen Preisen für die Betriebe, getragen werden müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht den Willen, das umzusetzen. Es ist übrigens unglaublich, davon auszugehen, dass die notwendigen Schritte anders finanziert werden könnten. Klar muss sein, dass gegen zerstörte Märkte und die damit verbundene Vernichtung von volkswirtschaftlichen und bäuerlichen Werten nicht ansubventioniert werden darf. Der Kanon der marktwirtschaftlichen Maßnahmen - danach wird man ja häufig gefragt - beginnt bei besserem Wettbewerbsrecht, setzt sich fort über Marktbeobachtung und reicht bis hin zu Maßnahmen der Markt-anpassung, zu Qualitätsstandards, Haltungskennzeichen und so weiter. Ich habe es schon gesagt: Was überhaupt nicht geht, ist, hilflos vor den Märkten zu stehen und keine Kraft und keinen Willen zu haben, Leitplanken zu setzen. Das schafft nur Verlierer und Verliererinnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auch das an dieser Stelle sagen: Das ist zutiefst marktfeindlich.

Ja, die anstehenden Veränderungsprozesse schaffen Unsicherheit. Der Minister hat deutlich darauf hingewiesen. Die Anpassungen, die erforderlich sind, müssen sich auch für die Betriebe perspektivisch rechnen. Es braucht auch positive Energie aus der Gesellschaft in die Betriebe hinein, um die Anpassungen umzusetzen.

Ja, Landwirte, Bauern und Bäuerinnen gehören nach Ärzten, Polizisten und einigen Berufsgruppen

mehr zu den beliebtesten Berufsgruppen. Ich weiß, Politiker und Journalisten stehen nicht ganz oben.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Werner Kalinka [CDU]: Es kommt im Einzelnen darauf an!)

Die Landwirtschaft, wie sie von vielen wahrgenommen wird, steht ganz unten auf der Skala.

Seit einigen Jahren geht ein Ruck durch das Land. Es waren nicht nur die Bauernproteste vom 22. Oktober dieses Jahres und von heute. Seit 2011 finden jährlich Demonstrationen statt. Jedes Jahr demonstrieren Zehntausende Menschen bei lausigstem Wetter, unter anderem auf der Grünen Woche in Berlin. Der Protest zeigt sich auch bei den Demonstrationen von Fridays for Future. Wir haben eine Zivilgesellschaft, der man nicht einfach ein X für ein U vormachen kann.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Essen, Umwelt, Tierwohl, Klima und die Frage, wie es den Bauern geht - diese Themen stehen ganz oben an der öffentlichen Agenda. Das dürfen wir nicht beklagen, sondern daraus müssen wir zusammen das Beste machen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Heiner Rickers [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Landwirte verdienen Respekt und Vertrauen in ihre Arbeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was sie zudem brauchen, ist Verlässlichkeit. Genau diese bekommen sie von Jamaika. Ministerpräsident Daniel Günther hat es auf dem Landesbauern-tag 2017 treffend mit dem Wort „Ackerfrieden“ formuliert. Im Gegensatz zur GroKo lässt Jamaika unsere Landwirte in Ruhe und nicht im Stich!

(Beifall FDP und CDU)

(Oliver Kumbartzky)

Wir reden mit der Landwirtschaft. Wir führen einen Dialog. Wir reden mit ihnen, nicht über sie. Für den Dialogprozess, der angestoßen worden ist und kontinuierlich fortgeführt wird, möchte ich mich ganz herzlich bei Jan Philipp Albrecht bedanken.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Eickhoff-Weber, der Unterschied zwischen unserer Landesregierung und der Großen Koalition in Berlin, insbesondere zu der von Ihnen gestellten Bundesumweltministerin, ist heute noch einmal deutlich geworden. Ende Oktober fanden die bundesweiten Demonstrationen statt. Wo war Frau Schulze? Abgetaucht! Sie fand nicht statt. Auch heute in Hamburg ist sie nicht dabei, wie gerade zu lesen war.

Frau Klöckner? Statt mit den demonstrierenden Bauern zu sprechen, trifft sie sich mit Bauer Willi zum Kaffee.

Und Jan Philipp Albrecht? Er war in Rendsburg dabei und hat mit den Landwirtinnen und Landwirten gesprochen. Das war gut und richtig so, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir brauchen auch auf Bundesebene endlich eine Politik, die den Dialog nach vorn stellt und sich auf Wissenschaft und Sachverstand gründet, aber nicht durch Meinungsmache und Bauchgefühl bestimmt wird.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es kann nicht angehen, dass von oben, in Berlin, etwas beschlossen wird, ohne sich Gedanken darüber gemacht zu haben, wie es in den Betrieben vor Ort ankommt und umgesetzt werden soll.

Sie, Frau Eickhoff-Weber, stellen sich jetzt hier hin und loben das Agrarpaket der Bundesregierung. Anscheinend haben Sie gar nicht mitbekommen, dass die Bäuerinnen und Bauern auf der Straße sind. Sie demonstrieren genau gegen das Paket, das Sie gerade gelobt haben. Warum? Weil es von den Betrieben nicht leistbar, nicht umsetzbar ist. Es wird einfach von oben übergestülpt. Das ist das Problem an der ganzen Sache.

(Beifall FDP und CDU)

Die Landwirtschaft tut zum Beispiel schon vieles für den Insektenschutz, doch die Anstrengungen werden von der Bundesregierung einfach nicht ge-

sehen, oder sie werden ignoriert. Deshalb fühlen sich die Menschen nicht mitgenommen. Da ist es folgerichtig und nachvollziehbar, dass diese Menschen auf die Straße gehen und demonstrieren. Bei diesen Demonstrationen geht es nicht nur um den Respekt gegenüber der Landwirtschaft an sich, sondern um einen ganz zentralen Wert unserer Gesellschaft, nämlich den Respekt vor dem privaten Eigentum. Den haben Sie völlig vergessen.

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Es ist wirklich schlimm, dass der Respekt für diejenigen, die uns ernähren, in Teilen unserer Gesellschaft dramatisch gesunken ist. Leider ist das sogenannte Bauernbashing vonseiten mehrerer Verbände und leider auch einiger Politiker an der Tagesordnung - wohl gemerkt nicht in Schleswig-Holstein und in diesem Hause. Das ist auch gut so. Landwirte werden von einigen für alle Herausforderungen dieser Gesellschaft verantwortlich gemacht. Diejenigen, die die Vorwürfe erheben, blenden dabei oftmals aus, dass die Landwirte, die ihren Betrieb häufig genug seit Generationen bewirtschaften, ein ureigenes Interesse daran haben, dass auch die nächste Generation Wasser, Boden und Luft nutzen kann. Unsere Bauern denken nicht in Kampagnen, sondern in Generationen.

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Anstatt die Landwirtschaft immer wieder pauschal an den Pranger zu stellen, sollten sich Gesellschaft und Politik die Mühe machen, sich ein differenziertes Bild anzueignen. Die gegenwärtige Politik der Bundesministerinnen Schulze und Klöckner sowie das Agrarpaket der Bundesregierung sind eine Ohrfeige für die unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland, die zu höchsten Standards produziert.

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Das Agrarpaket wird, wenn es so, wie es sich abzeichnet, umgesetzt wird, dazu führen, dass viele Betriebe aufgeben müssen. Dann gilt eben das Motto: „Ist der Bauer ruiniert, wird dein Essen importiert“. Aber wollen wir das? Wollen wir, dass unser Essen importiert wird, dass unser Fleisch und unsere Milch, die wir auf den Tisch bekommen haben, dort erzeugt werden, wo die Standards bei Tierwohl, Gewässerschutz und Bodenschutz deutlich niedriger sind als in Deutschland? - Ich glaube nicht, dass wir das wollen. Insgesamt geht es den Tieren und natürlichen Ressourcen dann nicht besser, sondern schlechter. Nicht zuletzt verlängern

(**Oliver Kumbartzky**)

sich die Transportwege, und es wird mehr CO<sub>2</sub> imitiert. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

(Beifall FDP, CDU und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Noch gar nicht gesprochen haben wir darüber, dass wir einen europäischen Binnenmarkt haben, in dem nationale Alleingänge schlicht nicht funktionieren können, weder beim Pflanzenschutz, noch beim Nitrat, noch beim neuen Tierwohllabel. Um die Anforderungen immer neuer Labels erfüllen zu können, muss der Landwirt Geld in die Hand nehmen: Er muss in Ställe investieren. Er muss eine Baugenehmigung bekommen, die er meistens nicht erhält. Wir dürfen auf keinen Fall die ökonomische Seite vergessen. Die zusätzlichen Kosten müssen auch wieder reinkommen. Schließlich sind die grünen Berufe zwar ehrenhaft, aber keine Ehrenämter.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt immer weiter draufzusatteln und höhere Standards zu definieren, sollte die Bundesregierung ihren Einfluss in Brüssel dafür nutzen, einheitliche europäische Standards für die Tierhaltung festzusetzen. Damit wäre gewährleistet, dass diejenigen, die die höchsten Standards haben, am Markt nicht immer die Dummen sind.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen bin ich mir sicher, wenn es alles so umgesetzt wird wie von der Bundesregierung angekündigt, dass wir den Tag erleben werden, an dem nach den deutschen Bauern gerufen wird, weil sie es nämlich sind, die hochwertige Lebensmittel produzieren und sich um die Kulturlandschaft, den Gewässerschutz, die Biodiversität und den Artenschutz kümmern.

Ich habe jetzt noch Redezeit, werde sie aber nicht voll ausnutzen. Die Landwirtschaft hat nämlich keine Zeit mehr, sondern braucht jetzt Lösungen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir brauchen jetzt den Dialog und nicht übergestülpte Verbote. Wir müssen gemeinsam effektive und machbare Lösungen finden. Wir müssen ins Handeln kommen. Wir müssen gemeinsam mit der Landwirtschaft Natur- und Umweltschutz voranbringen. Die Landwirtschaft ist dazu bereit. Jamaika ist dazu auch bereit.

Jetzt nutze ich meine Redezeit doch noch aus, um auf die SPD einzugehen.

(Heiterkeit FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stellen sich hier hin, Frau Eickhoff-Weber, und listen Ihre Anträge auf. Sie listen auf, welche Anträge Sie im Bereich Agrarpolitik eingebracht haben

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

und wundern sich, dass Jamaika nicht zustimmt. Könnte es vielleicht daran gelegen haben, dass die Anträge einfach schlecht waren?

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe erläutert, dass wir den Dialog führen und den Ackerfrieden haben. Da kommen Sie neulich im Umwelt- und Agrarausschuss mit einem Antrag um die Ecke, 10 m Gewässerrandstreifen einfach überzustülpen.

(Beifall Thomas Hölck [SPD] - Zurufe SPD)

Dafür haben wir doch die Allianz Gewässerschutz. Da dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir solche Anträge ablehnen. Wir haben hier den Dialog. Das ist gut so, und ich lade Sie herzlich ein, dabei mitzumachen.

(Zuruf: So ist es!)

Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste!

(Unruhe)

Ich danke zunächst dem Herrn Minister für seinen Bericht und sein Statement. Dass der Dialog mit der Politik nicht mehr so richtig funktioniert, erleben wir gerade heute wieder, wenn die Landwirte wieder einmal demonstrieren. Dafür gibt es gute Gründe. Spätestens, wenn am 26. November 2019 Tausende von Treckern vor dem Brandenburger Tor stehen, wird jedem in Deutschland klar sein, dass hier irgendetwas schief läuft. Es ist nicht nur die Agrarpolitik der Vergangenheit und nicht nur die Agrarpolitik der Bundesregierung, die Sie, Herr Minister, gerade als Sündenbock für die Proteste gemacht haben, sondern es ist auch die Agrarpolitik



(Volker Schnurrbusch)

von heute und die Agrarpolitik dieser Landesregierung, die die Proteste auslöst.

(Beifall AfD)

Die Landwirte verstehen Ihre Politik nicht in vollem Umfang. Vielleicht gibt es da ja noch Klärungsbedarf. Die Landwirte wurden nicht gehört, als das neue Agrarpaket auf Bundesebene geschnürt wurde. Es wurde im Alleingang von Frau Klöckner und Frau Schulze

(Zuruf FDP)

über die Köpfe der Landwirte hinweg beschlossen. Die Bauern fühlen sich ignoriert und mit immer neuen Auflagen konfrontiert. Die Bauern wollen nicht mehr die Prügelknaben der Nation sein. Sie werden für alle möglichen negativen Phänomene verantwortlich gemacht: die Nitratbelastung des Grundwassers, das angebliche Insektensterben,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Angeblich?)

die angeblich grausame sogenannte Massentierhaltung und natürlich den unvermeidlichen Klimawandel. Die Landwirte sollen immer mehr Umwelt- und Naturschutzauflagen einhalten und am besten noch das Weltklima davon abhalten, sich zu ändern - ohne Rücksicht auf die schon jetzt schwierige Ertragsituation in ihren Betrieben.

Das alles kostet Geld und schmälert die Einnahmen. Es kostet Zeit, weil die Berichtspflichten schon längst überhandgenommen haben, obwohl die Arbeit auf dem Lande sowieso schon rund um die Uhr läuft und nicht nach 40 oder 60 Stunden in der Woche erledigt ist.

Bezahlen sollen die Bauern das alles aus eigener Tasche. Viele können schon heute kaum vom Ertrag ihrer Arbeit leben. Zahlreiche Naturschutzverbände unterstellen den Bauern, gegen die Natur zu arbeiten, die Umwelt zu verschmutzen und Tierquälerei in Kauf zu nehmen. Das ist ein Unding. Es beruht oft auf Vorteilen statt Sachkenntnis. Wenn es nach dem Willen dieser Verbände ginge, wäre Schleswig-Holstein in ein paar Jahren eine Wildnis mit ein paar eingesprengten Naturschutzinseln. Platz für traditionelle Landwirtschaft gäbe es nicht mehr,

(Jörg Nobis [AfD]: Autobahnen auch nicht!)

sondern es dürften nur noch ein paar kleine Biohöfe überbleiben, die ein paar besserverdienende Grüne mit Obst und Gemüse in grünen Kisten beliefern könnten, aber nicht annähernd die Versorgung der gesamten Bevölkerung sicherstellen könnten.

Wenn die Bauern selbst einmal ein Anliegen an die Politik haben, werden sie schlichtweg ignoriert, auch hier im Lande. Wir haben es beim Wolf und bei der Gans gesehen: Warum soll ein einzelner Wolf geschützt bleiben, obwohl er Dutzende von Schafen reißt?

(Beifall AfD - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau heute!)

- Jetzt ist er nicht mehr geschützt. Nach langem, zähem Ringen mit Ihnen, Frau Fritzen, und mit Ihren Kollegen von den Naturschutzverbänden hat der Minister sich doch gedrängt gefühlt, den Abschluss zu genehmigen. Es hat lange genug gedauert. Inzwischen sind noch mehr Schafe gerissen worden, gerade erst in Ostholstein.

Warum sollen Gänse den Weidetieren das Gras wegfressen? Warum sollen sie trotzdem geschützt bleiben? Warum soll es dort kein Bestandsmanagement wie in Holland oder Dänemark geben? Dort werden die Gänse entnommen. Es gibt dort Obergrenzen, bei uns eben nicht.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch hier verkoten sie Äcker und Teiche und fressen den Weidetieren das Gras weg.

Analog dazu beschwerten sich die Fischer zu Recht über den Kormoran und seinen Appetit. Die Teichwirte - sie waren vor Kurzem hier im Haus - beschwerten sich über den Otter, der natürlich auch geschützt ist und die Teichwirtschaft fast unmöglich macht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Überall stellt grüne und rot-grüne Agrarpolitik - wenn ich an Frau Schulze denke - den Menschen ins Abseits und überzieht den Arten- und Naturschutz maßlos. Der sogenannte Klimaschutz ist ohnehin ein politisches Konstrukt, darüber reden wir gleich noch. Aber das neue Insektenschutzgesetz ist ganz frisch, es wird zu einer starken Reduzierung von Düngemittelanträgen führen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz tief in die Mottenkiste gegriffen!)

Was das für die Qualität des Weizens bedeutet, haben wir gerade in Dänemark erlebt. Frau Fritzen, da müssen Sie sich einmal schlaumachen. Da ist man gerade zu den alten Regelungen zurückgekehrt,

**(Volker Schnurrbusch)**

weil der Backweizen nicht mehr die richtige Qualität erreichte.

(Beifall AfD)

Beim Insektenschutz geht es nicht um die Frage des Ob, da stehen die Landwirte auf der Seite der Naturschutzverbände. Es ist überhaupt keine Frage, dass Insekten schutzbedürftig sind, weil sie im Kreislauf wichtig sind. Es ist aber die Frage, wie man sie schützt und ob man den Bauern mit Verboten des Düngens das Leben noch schwerer macht. Solche Fragen müssen im Dialog gelöst werden.

Die AfD hat sich immer für eine Landwirtschaft eingesetzt, in der der Mensch als Teil der Natur gesehen wird und nicht als ihr Gegner. Bauern und Jäger sind doch von ihrem Arbeitsethos her die besten Heimat-, Natur und Tierschützer.

(Beifall AfD)

Sie haben das größte Interesse daran, im Einklang mit der Natur zu leben, sie zu hegen und zu pflegen. Wir aber erleben eine Agrar- und Umweltpolitik, die mit immer neuen Auflagen und Verboten daherkommt - aus Brüssel, aus Berlin und auch aus Kiel.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 100 Millionen €)

Erst gestern habe ich mich mit Milchbauern unterhalten, die vor dem Landtag gegen die aktuelle Agrarpolitik protestiert haben. Das hätten auch Sie vielleicht einmal tun können. Sie arbeiten heute bereits am Limit, was die Arbeitsbelastung, die Bürokratie und die Milchpreise betrifft. Sie kritisieren zu Recht, dass durch die Russlandsanktionen ein wichtiger Markt für Schleswig-Holstein weggefallen ist, den sie wahrscheinlich nicht mehr werden erschließen können. Sie kritisieren zu Recht, dass durch internationale Handelsabkommen Lebensmittel quer über den Globus geschippert werden und hier die Preise drücken. Sie kritisieren zu Recht, dass die Politik abgehoben agiert und im Zweifel immer gegen die Landwirte entscheidet und nicht für sie.

Das muss aufhören, denn Ideologie macht den Menschen nicht satt. Unsere Bauern im Land produzieren hochwertige, gesunde Lebensmittel, die einen fairen Preis verdienen. Wir wollen, dass die Landwirte vom Ertrag ihrer schweren Arbeit wieder gut leben können. Lassen Sie uns den Bauern gemeinsam zu ihrem Recht verhelfen und überbordende Verbote einstampfen. Denn ohne Landwirtschaft keine gute Ernährung, keine solide Zukunft.

(Beifall AfD - Unruhe)

Herr Minister, was Sie mit „neuer Zukunft“ meinen, darüber wird es in diesem Haus wohl noch viele Debatten geben, auch im Ausschuss. Da wird es sicherlich auch viele Anlässe für neue Proteste geben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich darf darum bitten, das Gemurmel ein bisschen einzustellen und Gespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen. Herzlichen Dank. - Für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es waren schon beeindruckende Bilder, als am 22. Oktober 2019 bundesweit von der Bewegung „Land schafft Verbindung“ gegen das Agrarpaket der Bundesregierung demonstriert wurde. Rund 30.000 Landwirte machten sich mit ihren landwirtschaftlichen Maschinen auf den Weg, um für mehr Verständnis zu demonstrieren und vor allem, um sich Gehör zu verschaffen. So auch heute, wo Landwirte, auch aus Schleswig-Holstein, auf dem Weg sind, um in Hamburg anlässlich der Umweltministerkonferenz zu protestieren.

Viele Landwirte fühlen sich von der Politik und der Gesellschaft nicht mehr mitgenommen oder akzeptiert. Sie sehen sich gegängelt und bevormundet. Daher auch vonseiten der Landwirtschaft die Aufforderung zu einem Dialog, nach dem Motto: Redet nicht über uns, sondern mit uns! Dieser Ansatz ist nachvollziehbar und teilweise berechtigt. Was ist also schiefgelaufen?

Wenn wir uns die landwirtschaftlichen Debatten der letzten Jahre vor Augen führen, dann waren sie geprägt vom Klimawandel, vom Tierwohl, vom Gewässerschutz, vom Dünger- und Pestizideinsatz oder vom Insektensterben. Aus Sicht des SSW wurde in diesen Debatten immer wieder deutlich, dass die Landwirtschaft hier eine enorme Verantwortung hat. Das gilt nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern bundesweit. Daher auch der gesellschaftliche und politische Druck auf die Landwirtschaft.

Mir ist durchaus bewusst, dass viele Landwirte heute einem enormen wirtschaftlichen Druck ausgesetzt sind, und dazu kommt der politische und gesellschaftliche Druck nach Veränderung. Das setzt heute vielen Landwirten dermaßen zu, dass sie für sich selbst, ihre Familie und den Betrieb keine Zukunft mehr sehen. Das ist hart, und das ist bitter.

**(Flemming Meyer)**

Aber die Forderung nach Veränderung in der Landwirtschaft ist ganz einfach berechtigt.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Ein „Weiter so“ kann und darf es nicht mehr geben.

Wie gesagt, auch die Landwirtschaft trägt Verantwortung für Natur und Umwelt. Der Dünger- und Pestizideinsatz haben nachweislich negative Auswirkungen auf unsere Gewässer, auf Pflanzen und Tiere. Wir wissen seit Jahren, dass wir in Schleswig-Holstein Gebiete haben, in denen die Nitratwerte im Grundwasser einfach zu hoch sind. Dann ist es zu billig zu sagen, dass unser Trinkwasser nicht gefährdet ist, denn es ist doch nur eine Frage der Zeit, wann die Grundwasserschichten betroffen sind.

Gleiches gilt für die jahrelange Diskussion um Glyphosat. Ist es gesundheitsschädlich, also krebserregend, oder nicht? Hier streiten sich die Gelehrten. Ich sage: Solange nicht eindeutig nachgewiesen ist, dass es nicht gesundheitsschädlich ist, gehört es vom Markt genommen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hätte das schon vor Jahren passieren müssen.

Letztendlich ist die Diskussion um Glyphosat eine Stellvertreterdiskussion, denn es geht hier um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln beziehungsweise von Pestiziden in der Landwirtschaft insgesamt, und es geht um eine Umstellung in der Landwirtschaft.

Gerade in diesen Punkten, wenn es um die Belastung von Natur und Umwelt geht, würde ich mir mehr Offenheit und Verständnis vonseiten der Landwirtschaft wünschen. Wie sehr Politik und die Lobby der Landwirtschaft in dieser Frage auseinanderdriften, hat sich insbesondere an der Novellierung der Düngeverordnung gezeigt. Der Druck aus Brüssel war seinerzeit so groß, dass Deutschland gezwungen wurde, seine Düngeverordnung zu verschärfen. Das hat Berlin gemacht, aber es zeigte sich, dass die eingereichten Verschärfungen nicht ausreichend waren, und die angedrohten Strafen aus Brüssel waren damit nicht vom Tisch.

Der Kniefall vor der Landwirtschaftslobby hat dazu geführt, dass weitere Verschärfungen nachgereicht werden mussten. Bei den Landwirten kommt jedoch nur an, dass Politik nicht zuverlässig ist. Das kann man so auslegen, aber selbstkritisch sollte

auch die Lobbyarbeit der Verbände hinterfragt werden.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Das System „Wer nicht wachsen will, der muss weichen“ hat sich seit Jahrzehnten in der Landwirtschaft verfestigt. Das war der falsche Weg, und das hat zu dem jahrzehntelangen Höfesterben geführt. Die EU-Subventionen an die Landwirtschaft waren und sind das süße Gift, das das Höfesterben unterstützt. Eine Umstellung ist hier dringend notwendig. Gesellschaftliche Belange müssen noch stärker in den Fokus der Förderung gerückt werden. Das heißt: weg von der Basisförderung hin zu ökologischen sowie umweltfreundlichen Kriterien, Tierwohl stärker fördern, aber auch soziale Aspekte müssen künftig Berücksichtigung finden.

Die Gestaltung und Zukunft der Landwirtschaft ist vielfältig und mehr als ein abendfüllendes Programm. Wir kommen nicht umhin, uns damit auseinanderzusetzen, und das geht nur im Dialog mit der Landwirtschaft. Zum Dialog gehören immer zwei Seiten. Dass man uns vorwirft, nichts sehen, nichts hören und nichts wissen zu wollen, ist eine sehr einseitige Betrachtung, denn so sieht es in Wahrheit nicht aus. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

**Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:**

Am Ende dieser Debatte ist mir insbesondere mit Blick auf die Umweltministerkonferenz wichtig, noch einmal zu sagen: Das Aktionsprogramm Insektenschutz ist kein Programm gegen die Landwirtschaft, es ist eine Reaktion auf das dramatische Artensterben bei Insekten.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Artensterben ist gerade noch einmal durch eine Studie der Technischen Universität München bestätigt worden. Ich habe mir die 65 Seiten des Aktionsprogramms Artenschutz durchgelesen, nicht nur die Zusammenfassung vom Bauernverband - ich musste feststellen: das hilft. Im Aktionsprogramm Insektenschutz ist aufgeführt, dass auch Siedlungsentwicklung, Lichtverschmutzung, Versiegelung

**(Kirsten Eickhoff-Weber)**

von Flächen, die unglaubliche Pest der Schottergärten in unseren Städten

(Vereinzelter Beifall)

und Verkehrsinfrastruktur zum Insektensterben führt. Es wird weiß Gott nicht nur die Landwirtschaft genannt.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Das gehört zur Fairness in der Debatte dazu und auch - das ist sowohl der Landwirtschaftsministerin als auch der Umweltministerin durchaus bewusst -, dass man diese Last nicht einfach der Landwirtschaft auf die Schultern packen darf, ohne dass es dafür Ausgleich gibt. Deshalb ist das Programm mit 100 Millionen € unterlegt. Deshalb ist ganz klar formuliert, dass die Position der Bundesrepublik bei den Diskussionen zur Neugestaltung der europäischen Agrarförderung ist, dieses Artenschutz- und Insektenschutzprogramm auch da zu hinterlegen. Das Bewusstsein ist da.

Liebe Jamaikaner, hier sind die Beschlüsse zur Biodiversität und zum Artenschutzprogramm gefasst worden. Sie müssen doch dankbar für dieses Insektenschutzprogramm sein, das vom Bundestag auf den Weg gebracht wird. - Danke.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Anette Röttger.

**Anette Röttger [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal das Augenmerk darauf richten: Wer hat die Demonstration angestoßen? Die Demonstration der Bäuerinnen und Bauern ist nicht über den Bauernverband angestoßen worden, sondern sie hat sich von ganz unten entwickelt - von da, wo diejenigen sind, die das Land bewirtschaften.

Die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land, gut ausgebildete junge Menschen, stehen vor der Frage: Kann ich es in dieser Zeit wagen, den Familienbetrieb meiner Eltern weiterzuführen, in dem ich bereit bin, 365 Tage im Jahr bei Wind und Wetter zu arbeiten, zu wirtschaften, zu tun, was ich gerne mag und immer schon wollte, in dem Bereich, in dem mich die Fachhochschule hier in Schleswig-Holstein ausgebildet hat? Kann ich in dem Bereich bleiben? Habe ich einen Platz in diesem Land, oder ist der Druck der Gesellschaft so groß geworden,

dass ich lieber einen anderen Weg wählen sollte und das Hoftor damit geschlossen wird?

Ich möchte darauf hinweisen, dass es zu diesem Thema für mich auch deswegen eine hochemotionale Debatte ist, weil ich genau das kenne. Auch ich bin eine Bäuerin. Ich kenne den Veränderungsprozess, der stattgefunden hat, mein Leben lang. Auf unserem Betrieb in fünfter Generation gab es in 30 Jahren Anpassung und Veränderung über Flächenentzug durch Autobahnbau, durch Ausgleichsmaßnahmen, Anpassungen im Pflanzenschutz, im Umweltschutz, durch Blühstreifen und durch eine funktionierende Knicklandschaft. All das haben wir getan.

Immer stärker unterhalten wir uns inzwischen im eigenen Berufsstand mit Menschen, die müde sind, nicht mehr können, vor dem Aus stehen und sagen: Ich kann nicht mehr, ich habe schlaflose Nächte, ich schaffe es nicht mehr.

Sehr geehrter Herr Minister, ich bin dankbar, dass wir diese Debatte in dieses Plenum, in unser - so wie ich es vor 30 Jahren erlebt habe eigentlich Agrarland - Schleswig-Holstein gebracht haben. Hier gehört es hin. Ich spreche an dieser Stelle als kulturpolitische Sprecherin mit einem Blick auf eine gepflegte Kulturlandschaft - darüber sind wir uns beide einig -, die wir beide wollen und in unserem Land neben einer existierenden Landwirtschaft, ob ökologisch oder konventionell, auch in Zukunft haben und weiterführen dürfen.

Herr Minister, wenn die Landwirte Sie jetzt mit der Aussage „Wir bitten zu Tisch“ auffordern, sollten Sie das aufgreifen. Es ist eine Entfremdung in den vergangenen 30 Jahren zwischen den Landwirten und denen eingetreten, die früher immer noch einmal irgendwo auf dem Bauernhof reingucken konnten, was jetzt nicht mehr gegeben ist. Da müssen Sie vielleicht dafür sorgen, dass wir in den nächsten Wochen in jedem Supermarkt einen Tisch hinstellen, an dem man mit Landwirten sprechen kann und die Landwirte ihren Rücken aus unserem Haus dafür gestärkt spüren, dass sie in der Lage sind, unsere Teller zu füllen. Das ist ein Angebot. Wir müssen zusammenhalten.

Es ist wie bei den Schulen: Jede kleine Schule, die geschlossen ist, bekommen wir nicht wieder geöffnet, und jedes Hoftor, das geschlossen ist, ebenso wenig. Es ist dringend an der Zeit - ich appelliere in diesem Sinne, weil ich deshalb überzeugte Schleswig-Holsteinerin bin; ich sage das hier überaus emotional -: Es sind schon viele Hofstore geschlossen. Ich möchte nicht, dass wir in Zukunft ein Land

(Anette Röttger)

haben, in dem wir sagen: Da ist keiner mehr! - Das geht schneller, als wir gucken können. Und dann? Dann haben wir hier keine glücklichen Schleswig-Holsteiner mehr.

(Heiner Rickers [CDU]: So ist das!)

Die Menschen kommen doch auch deshalb, weil wir blühende Rapsfelder haben, wir eine gepflegte Kulturlandschaft haben und es hier schön ist - weil Bauern bereit sind, die Arbeit zu machen. Darauf kommt es in dieser Debatte an.

(Beifall AfD)

Darauf kommt es in dieser Debatte an. Ich bitte darum, das mit Nachdruck zu vertreten. Da liegen wir nicht weit auseinander. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

#### Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 19/1766, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13, 28, 31 und 40 auf:

#### Gemeinsame Beratung

##### a) Hauseigentümerinnen und -eigentümer beim Austausch von Ölheizungsanlagen unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1623 (neu)

##### b) Keine weitere Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1789

##### c) Rückkehr zu einer faktenbasierten Klima- und Energiepolitik, echten Umweltschutz betreiben

Antrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/1792

##### d) CO<sub>2</sub>-Ausstoß bremsen: Klimabilanz bei der Folgenabschätzung von Gesetzen, Verordnungen und Förderungen aufnehmen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1802

#### Eine Stabsstelle für Klimaschutz einrichten

Alternativantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1821

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag zu b) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse somit zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile somit dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, für die Landesregierung das Wort.

#### Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das laufende Jahr hat erneut gezeigt: Wir befinden uns in einer radikalen Veränderung unserer Lebensgrundlagen, nicht nur was die vergangenen Jahre angeht, sondern dieses Jahr ist wieder ein extremes Jahr. Wir sehen es von Monat zu Monat.

Die Wetterdaten zeigen es. Wir haben eine deutlich stärkere Erwärmung, als es in vielen Prognosen niedergelegt ist. Wir müssen uns also darauf gefasst machen, dass nicht etwa die wohlwollenden Szenarien des UN-Klimarats, des IPCC, uns ins Haus stehen, sondern durchaus schlimmere Szenarien. Darauf hat der IPCC reagiert und in seinen wissenschaftlichen Studien angesichts der sich verändernden Daten in den vergangenen zwei Berichten, die uns vorliegen, die Daten in Erwartung dessen korrigiert, was am wahrscheinlichsten ist, zum Beispiel, wenn es darum geht, dass der Meeresspiegel deutlich stärker als bisher steigen wird. Wir haben in diesem Haus darüber diskutiert.

Wir haben als Landesregierung seit Beginn dieser Legislaturperiode, aber eben auch schon davor, klar darauf gesetzt, dass wir als Land im Norden die Chancen des Klimaschutzes ergreifen wollen, weil wir wissen, dass wir unseren Beitrag dazu leisten müssen, die Ziele beim Klimaschutz zu erreichen. Die Erreichung der international vereinbarten Ziele von Paris wird immer unwahrscheinlicher für uns. Auch hier im Land haben wir Schwierigkeiten, die

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

selbst gesetzten Ziele aus unserem Energiewende- und Klimaschutzgesetz zu erreichen.

Wir haben für 2020 ein im Ländervergleich sehr ambitioniertes Ziel und haben entsprechend Maßnahmen, um es zu erreichen, auf den Weg gebracht. Für diese Legislaturperiode haben wir Fördermittel von insgesamt 100 Millionen € in die Hand genommen. Sie setzen sich aus EFRE-Mitteln zusammen, die wir zu großen Teilen in Klimaschutzprojekte investieren wollen, aus Investitionsförderung, gerade im Bereich E-Mobilität, und vielen innovativen Förderansätzen, etwa bei Wärmenetzen in den Kommunen und Bürgerwindparks, die wir besonders fördern, und anderen Projekten, die von den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden.

Wir machen an der Stelle weiter, aber ich will auch darauf hinweisen, dass es Grenzen hat, wie man fördern kann. Das zeigt nicht nur die schwierige Auseinandersetzung darüber, wie Förderrichtlinien bei der Europäischen Union angenommen werden - ja, auch da gibt es immer wieder Schwierigkeiten -, sondern das zeigen aber auch die bundesrechtlich vorgegebenen Rahmenbedingungen in der Energiewende.

Wir haben - daran wird leider das vorgelegte Klimapakett nichts ändern - derzeit im Energiemarkt eine Bevorteilung von fossilen Energieträgern. Wir haben eine Wettbewerbsverzerrung, die darauf beruht, dass der Strompreis mit hohen staatlich induzierten Belastungen versehen ist, während fossile Alternativen deutlich geringer belastet werden. Diese Ungleichbehandlung der Energieträger wird durch die vorgelegte Reform im Wege einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht geändert. Wir werden weiterhin die Situation haben, dass viele Menschen in der Situation stehen zu investieren, zum Beispiel in die zukünftige Wärmeversorgung, und sich Gedanken über die Frage machen, wie sie zukünftig mobil sein wollen, was sie für den Klimaschutz tun können, und zu dem Ergebnis kommen: Die Rahmenbedingungen lassen es derzeit ökonomisch sein, weiterhin auf fossile Energie zu setzen. Das muss sich ändern. Deswegen halte ich die derzeitigen Vorschläge für nicht ausreichend. Ich hoffe, es wird uns im Rahmen der Diskussion, die wir auch im Bundesrat haben werden, gelingen, deutlich nachzubessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt übrigens nicht nur für die Ziele, die wir erreichen wollen, sondern das gilt auch für die Nutzung wirtschaftlicher und industriepolitischer Po-

tenziale, die wir hier im Land besonders gut sehen. Wir haben die Situation, dass wir mittlerweile fast doppelt so viel Energie aus erneuerbaren Energien in den Strommarkt einspeisen, als wir insgesamt verbrauchen, aber wir schaffen es nicht, diese Energie insbesondere in die Sektoren Wärme und Mobilität zu bekommen. In diesen Bereichen haben wir derzeit einstellige und niedrige zweistellige Prozentzahlen erneuerbarer Energien. Das reicht absolut nicht aus, um die Dekarbonisierung in diesem Bereich zu erreichen. Es reicht absolut nicht aus für diejenigen, die bereits jetzt in den Startlöchern stehen, ihre Technologien auf den Markt zu bringen.

Deshalb ist es richtig, dass wir als Land gerade diejenigen fördern, die mit solchen neuen Technologien in die Testphase und in die Umsetzung gehen wollen. Wir müssen ihnen helfen, über die Wirtschaftlichkeitsschwelle zu kommen, die durch das regulative Rahmenwerk im Bund aufgebaut wird, und die Technologie trotzdem einzusetzen. Das gilt zum Beispiel beim Reallabor in Heide, bei der Raffinerie, wo ich letzte Woche wieder war. Wir setzen uns deutlich dafür ein, dass das, was wir in Zukunft auf der Basis von Wasserstoff können, bereits jetzt ausprobiert wird, damit wir die Bereiche, die wir zum Beispiel nicht batterieelektrisch betreiben können - wie etwa Schiffe oder Flugzeuge -, in Zukunft auch dekarbonisieren können. Diese Technologie muss jetzt entwickelt werden, damit sie morgen einsatzfähig wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir setzen hier aus guten Gründen auf Technologieoffenheit und alle technologischen Möglichkeiten, die wir haben. Wir investieren in E-Züge, wir investieren in die Elektrifizierung des Bahnverkehrs, wir investieren in E-Ladestruktur, und wir investieren in Wasserstoff und bauen eine Wasserstoffstrategie des Landes auf der Grundlage dessen auf, was wir mit den anderen norddeutschen Bundesländern verhandeln. Wir wollen beide Technologien voranbringen - nicht etwa, weil sie sich im Wettbewerb gegeneinander aufstellen sollen, sondern weil wir auf beide Technologielinien angewiesen sein werden, weil wir alle Sektoren von Emissionen freimachen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir sind jetzt an dem Punkt, an dem diese Technologien einsatzfähig werden. Deswegen ist es absolut richtig zu sagen: Wir wollen weg von den Fossilien. Dann ist es richtig, die Umstellung von fossilen

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

Heizungen auf neue Heizungsanlagen zu fördern. Dass an dieser Stelle angesetzt wird, ist ein Teil im Klimapaket des Bundes, der durchaus zu begrüßen ist. Hier brauchen wir als Land in Zukunft nicht mehr anzusetzen.

Wir sagen aber deutlich, dass es auch eine Ausstiegsperspektive geben muss. Es muss klar sein: Irgendwann ist mit solchen Technologien Schluss. Das muss festgelegt sein. Dann muss jetzt schon klar sein, dass wir für die Zukunft eine Ausweitung der Förderung von fossilen Energieformen und fossilen Energieträgern nicht mehr brauchen und auch nicht haben sollten. Das gilt auch gerade für die Förderung von Öl im Wattenmeer,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt CDU)

die derzeit zur Diskussion steht. Vollkommen klar ist, dass so etwas nach Recht und Gesetz im Rahmen des Bergrechts und des Nationalparkrechts entschieden wird. Wir wissen, dass das keine einfache Sache ist. In der Vergangenheit hat es viele Diskussionen gegeben. Sie wird es auch weiterhin gerade in der Bewertung der Lage im Nationalpark geben. Für mich ist allerdings klar: Wir müssen generell weg von dieser Förderung. Es muss auch klar sein, dass wir nicht alles, was in unseren Böden vorhanden ist, jetzt fördern sollten, weil klar ist: Auch die zukünftigen Generationen werden weiterhin fossile Energieträger brauchen.

Ja, wir wollen davon weg, und ja, wir wollen emissionsfrei werden. Das heißt aber nicht, dass gar nichts mehr davon gebraucht wird. Insofern ist es richtig, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass zukünftige Generationen noch Bodenschätze haben, mit denen sie gestalten und die Ziele erreichen können, die sie sich selbst setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt CDU)

Es ist jetzt an der Zeit, den Hebel umzulegen. Wir haben eindeutig klargemacht, wo es hingehen muss. Wir setzen Maßstäbe und hoffen, dass wir bei diesen Maßstäben, die wir setzen, vom Bund am Ende nicht sogar noch ausgebremst werden. Eines ist klar: Mit den derzeit vorgelegten Vorschlägen gerade zur Windenergie, den Abstandsregeln, die auf den Weg gebracht werden, werden wir möglicherweise, wenn es uns nicht gelingt - das wollen wir natürlich -, unsere eigenen Maßgaben durchzusetzen und umzusetzen, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wieder eingeschränkt. Das darf uns in Deutschland nicht passieren. Damit verfehlen wir unsere Ziele.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hölck?

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Natürlich. Sehr gern.

**Thomas Hölck [SPD]:** Herr Minister, ist Ihnen bewusst, dass wir einen Berichts Antrag gestellt haben, dass die Landesregierung über den Antrag von Winterschall Dea zur Ausweitung der Ölförderung berichten möge?

- Das habe ich getan. Ich habe das auch ausgeführt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat etwas dazu gesagt!)

Mir ist klar: Das wird nach Recht und Gesetz bewertet. Mir ist auch klar, dass sich im Rahmen des Bergrechts und des Nationalparkrechts einige rechtliche Fragen insbesondere mit Blick auf die Bestandssicherung dieser Plattform und der Frage, ob eine weitere Förderung in einem weiteren Erlaubnisfeld davon gedeckt ist, stellen.

(Thomas Hölck [SPD]: Darf ich eine weitere Frage stellen?)

- Bitte.

**Thomas Hölck [SPD]:** Ist Ihnen bewusst, dass wir nach der Haltung der Landesregierung zu diesem Antrag gefragt haben? Werden Sie uns dazu noch berichten oder nur Ihre persönliche Meinung mitteilen?

- Auch das habe ich eben schon getan. Die Landesregierung wird diesen Antrag nach Recht und Gesetz behandeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU  
und FDP)

Ich als Energiewendeminister habe sehr deutlich öffentlich gesagt, dass ich es nicht für richtig halte, weiterhin auf die Förderung und den Ausbau der Förderung des Öls im Wattenmeer zu setzen, weil wir weg müssen von der Förderung der fossilen Energieträger. Das wissen die Betroffenen vor Ort. Als ich zu Besuch in Heide war, war keine Rede davon, dass dieses Öl tatsächlich zusätzlich gebraucht wird. Das ist nicht notwendig, auch wenn es wirtschaftlich interessant sein kann.

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Zeit ist schon wieder weit fortgeschritten. Für mich ist wichtig, dass wir bei diesem Klimapakete deutlich machen: Wir dürfen bei den Fortschritten, die wir in diesem Land machen und die zur Erreichung der Klimaziele wichtig sind, nicht ausgebremst werden. Das ist ein ganz wichtiges Anliegen. Ich freue mich, dass wir den nächsten Schritt gehen und - wie viele Kommunen auch - jetzt entscheiden, dass wir alle Gesetzesvorhaben, die wir gemeinsam beschließen wollen, einem Klimacheck unterziehen. Das ist absolut richtig. Überall muss abgeklopft werden, ob wir unnötige oder falsche Akzente setzen, insbesondere wenn es darum geht, dass Förderung von Ölheizungen auf Bundesebene noch immer existiert und auch von diesem Klimapakete nicht abgeschafft wird. Das müssen wir ändern. An dieser Stelle müssen wir ansetzen. Wir als Landesregierung gehen als Beispiel voran. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Mildstedt sowie Schülerinnen und Schüler der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit erneut verdoppelt. Das heißt, dass allen Fraktionen 10 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Thomas Hölck.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Albrecht, Sie haben am Thema vorbeigeredet. Sie sind nicht auf das eingegangen, was wir in unserem Berichtsantrag von Ihnen abgefordert haben. Sie stellen sich hier hin und sagen, dass nach Recht und Gesetz entschieden werde. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dafür brauchen wir Ihre Ausführungen nicht.

(Beifall SPD)

Den Antrag auf horizontale Ausweitung des Ölfördergebietes im Wattenmeer lehnen wir ab. In dem Antrag geht es darum, bekannte Reserven im südlichen Bereich der nachgewiesenen Lagerstätte zu erschließen. Genau dieser Bereich liegt offenbar knapp außerhalb der Fläche, für die bis 2041 eine Förderkonzession besteht. Diese Konzession hat die Regierung Carstensen 2012 voreilig verlängert, und sie genießt Bestandsschutz.

(Wortmeldung Lukas Kilian [CDU])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie - -

**Thomas Hölck [SPD]:**

Nein. - Das schließt für mich eine Erweiterung aus. Das gilt, und damit ist dann auch mal gut mit der Erdölförderung im Wattenmeer.

Der Antrag von Wintershall Dea auf Schrägbohrungen passt einfach nicht mehr in die Zeit.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf der einen Seite reden wir alle von der Energiewende und vom Klimaschutz, auf der anderen Seite schaffen Sie es im ersten Halbjahr gerade einmal, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass zwei Windenergieanlagen an Land gebaut werden. Gleichzeitig wollen wir die Erdölförderung im Wattenmeer ausweiten. Das passt doch einfach nicht zusammen.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus Sicht der Energiewende ist das ein völlig falsches Signal, denn wer die Klimaschutzziele 2050 erreichen will, muss auf fossile Energieträger verzichten.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Dass es Ihnen von den Grünen schwerfällt, weiß ich. Hören Sie gut zu. - Aus der Sicht der Umwelt ist das das falsche Signal, denn das Wattenmeer ist ein besonders schützenswerter Raum. Es widerspricht - das ist viel schlimmer - dem Vorsorgegrundsatz, den Schutz des Nationalparks nicht weiteren Risiken auszusetzen.

(Beifall SPD - Wortmeldung Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])



**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Marlies Fritzen?

**Thomas Hölck [SPD]:**

Ja, gern.

**Marlies Fritzen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich weiß nicht, ob Sie damals schon dabei waren. Als diese vorfristige Verlängerung der Erdölförderung auf der Mittelplate durch die Regierung Carstensen bis 2041 verlängert wurde, haben wir als grüne Fraktion einen Misstrauensantrag gegen den Minister gestellt, der das damals zu verantworten hatte, womit wir sehr deutlich gemacht haben, dass wir an dieser Stelle inhaltlich die gleiche Position haben wie mittlerweile die gesamte SPD-Fraktion. Damals war nicht die gesamte SPD-Fraktion der Meinung, dass diese Ölförderung sobald als möglich beendet werden soll.

Weiter möchte ich Sie fragen, ob Sie gerade den Ausführungen des Ministers nicht auch - wie, ich glaube, alle hier im Haus - entnommen haben, dass er genau das Argument, das Sie gerade wiederholt oder auch für sich in Anspruch genommen haben, genannt hat, nämlich dass wir in der Zeit der Energiewende weg vom Öl und nicht hin zum Öl müssen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das habe ich sehr wohl vernommen. Ich war 2012 nicht Mitglied des Landtages, aber ich war 2014, 2015 und 2016 Mitglied des Landtages. Da haben wir gemeinsam über die Mittelplate diskutiert. Da waren wir uns einig, dass die Erdölförderung beendet werden muss. Aber die Kondition besteht bis 2041. Man weiß: Wenn jetzt die Erweiterung für die Erdölförderung erfolgt und wenn diese genehmigt wird, dann sind das Reserven, die über 2041 hinausgehen. Deshalb sage ich: Politisch wollen wir das nicht. Darin sind wir uns einig.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fritzen?

**Thomas Hölck [SPD]:**

Gern.

**Marlies Fritzen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Dann erlauben Sie mir,

dass ich Sie darauf hinweise, dass wir uns im Koalitionsvertrag, der zwischen CDU, Grünen und FDP geschlossen wurde, sehr deutlich dazu verhalten haben und gesagt haben: Die Mittelplate hat Bestandsschutz. Sie haben es schon erwähnt: Auch wir leben in einem Rechtsstaat. Darüber hinaus lehnen wir weitere Förderung ab - politisch.

- Politisch. Und was tun Sie jetzt politisch dafür, dass die Ausweitung nicht stattfindet?

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, ich glaube, Sie sollen die Frage beantworten und nicht eine Gegenfrage stellen.

(Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Marlies Fritzen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich kann mich gern noch einmal melden. Ich glaube, dazu ist alles gesagt. Vielleicht kann ich das nachher noch einmal aufklären. Vielen Dank, wir wollen hier ja keinen Dialog führen.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Kollegin, der Minister sagt, es müsse nach Recht und Gesetz genehmigt oder zumindest entschieden werden. Ob das genehmigt wird, ist ja eine zweite Frage. Das ist selbstverständlich. Die Frage ist aber: Was kann man als Ministerium alles einbringen, um eine Genehmigung zu verhindern? Diese Frage muss gestellt werden.

(Zurufe Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Jetzt rede ich. Die Frage muss gestellt werden, ob der Umweltminister alles tut, um das zu verhindern, oder ob er sagt: Wir lassen das laufen, und es wird einfach entschieden. Das ist ein Unterschied. Insofern ist die Frage, ob der Umweltminister sich hier persönlich durchsetzt, oder ob er einfach dem Koalitionsfrieden nachgibt und es wird einfach so entschieden, und wir müssen dann mit der Entscheidung leben.

Ich glaube, es ist eine falsche Herangehensweise, einfach darauf zu verweisen, dass etwas entschieden wird. Man kann sich als Verwaltung und als Ministerium einbringen.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Thomas Hölck)

- Die Frage ist doch, ob der Minister alles in seiner Macht Stehende tut, um das zu verhindern, oder ob er das einfach laufen lässt.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wir sehen bei der Grundrente, was Sie alles getan haben. 1,5 Millionen Menschen werden gut davon haben, und Sie kritisieren das immer noch.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen, die gestellt worden sind. Wir haben hier ja eine Flut an Anträgen zu beraten.

(Zurufe)

Da ist zum einen dieser hirnarme Antrag der AfD. Da fragt man sich: Wie kann man so etwas aufschreiben? Kein Thema der letzten Monate politisiert aktuell so viele jungen Menschen wie die Klimafrage. Die vielen jungen Menschen gehen für ihre Zukunft auf die Straße. Das ist ihr gutes Recht, und das ist auch gut so.

(Beifall SPD)

Dabei eint uns die Tatsache, dass der menschengemachte Klimawandel wissenschaftlicher Konsens und eben keine Meinungsfrage ist. Klimapolitische Maßnahmen sind keine Bauchentscheidungen, sondern Notwendigkeiten zur Vermeidung von unumkehrbaren Folgen des Klimawandels.

(Beifall SPD, Heiner Rickers [CDU] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist schon verstörend, wenn die AfD Erkenntnisse der weltweiten Wissenschaft einfach ausblendet und ignoriert. Es passt aber zu einer Partei, die menschenfeindlich ist und die deutsche Geschichte umdeuten will. Das passt zu Ihnen.

(Beifall SPD - Zurufe AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Minister Albrecht hat gerade von den Problemen im Wärmebereich und von dem notwendigen Austausch von Ölheizungen gesprochen. Wir brauchen mehr Dynamik in der Wärmewende, wenn wir die Klimaziele 2050 erreichen wollen. Wir haben in dem Klimaschutz- und Energiewendegesetz gemeinsam beschlossen, dass 2025 rund 22 % der Wärme aus erneuerbarer Energie erzeugt werden sollen. Wir sind seit Jahren bei einem Anteil von 13 % und kommen nicht voran. Seit Jahren dümpeln wir bei 13 % herum, und es geht nicht weiter.

Deshalb wollen wir ein landeseigenes Förderprogramm, um mit dem zu erwartenden Bundesprogramm mehr Dynamik entfalten zu können. Dabei

muss natürlich Doppelförderung ausgeschlossen werden, und es muss sichergestellt werden, dass ein Umstieg auf erneuerbare Energien erfolgt. Aber wir können nicht in diesem Schneckentempo weitermachen.

Schaut man sich das Programm aus Berlin an, dann sieht man, in Berlin wurde ein Programm in Höhe von 6 Millionen € zum Austausch von Ölheizungen in einem Doppelhaushalt aufgelegt. Dadurch kann man 1.200 Heizungen austauschen. Es gibt in der Stadt aber 66.000 Heizungen. Das zeigt, wie viele Anreize wir benötigen, um hier zu Verbesserungen zu kommen. Deshalb schlagen wir vor, das Bundesprogramm mit einem eigenen Landesprogramm zu ergänzen.

(Beifall SPD)

Kommen wir nun zu dem Antrag von Jamaika „CO<sub>2</sub>-Ausstoß bremsen: Klimabilanz bei den Folgenabschätzungen von Gesetzen, Verordnungen und Förderungen aufnehmen“.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut vorgelesen!)

Was für ein Hohn. Wie kann man nur einen solchen Antrag formulieren. Eine Nachhaltigkeitsprüfung als Mittel der Folgenabschätzung anzuwenden, ist doch nichts Neues. Sie haben diese Möglichkeit im Januar dieses Jahres abgeschafft. 2013 haben wir im alten Tarifreue- und Vergabegesetz klar definiert, dass bei öffentlichen Vergaben neben sozialen Aspekten Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeffizienz dazugehören und dass das Ziel des Gesetzes sein muss, das auch umzusetzen, und dass das im ganzen Land entsprechend auszuschreiben war und ist. Das haben Sie abgeschafft. In § 17 des alten, guten Tarifreue- und Vergabegesetzes stand:

„Öffentliche Auftraggeber sind verpflichtet, bei der Vergabe von Aufträgen Kriterien des Umweltschutzes und der Energieeffizienz zu berücksichtigen.“

Das haben Sie abgeschafft.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Jetzt kommen Sie mit einem zahnlosen Tiger daher, der nichts bewirken wird. Sie hatten die Möglichkeit, verbindliche Vorgaben in diesem Bereich für rund 14 Milliarden € Auftragsvolumen in diesem Land vorzugeben. Das haben Sie abgeschafft. Deshalb ist dieser Antrag der Gipfel der Scheinheiligkeit.

(Beifall SPD)

(Thomas Hölck)

Sie haben mit der Abschaffung des Tariftreuegesetzes nicht nur dem Klimaschutz geschadet, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Seien Sie mutig und leiten Sie wirksame Maßnahmen ein. Stimmen Sie unserem Antrag zu, eine Stabsstelle in der Staatskanzlei einzurichten. Wir wollen die Koordination und die Lenkung des Klimaschutzes zur Chefsache machen; denn dann kommen wir im Klimaschutz voran, und dann kann der Klimaschutz auch in diesem Land endlich effizient vorangebracht werden. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Selbst wenn Deutschland seine CO<sub>2</sub>-Emissionen komplett auf null absenken würde, wir also in ein postindustrielles Zeitalter eintreten würden, und wenn man argumentationshalber einmal unterstellt, dass der weltweite Klimawandel wirklich durch Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verlangsamt werden könnte, läge Deutschlands Beitrag bei gerade einmal 0,00653 °C, um den sich die Atmosphäre dann eben nicht erwärmen würde.

Sämtliche sogenannte Klimaschutzpolitik zielt auf weniger als ein Tausendstel Grad Celsius ab; das ist Ihr eigenes Modell, das ist Ihre Gedankenwelt. Und für dieses Tausendstel Grad Celsius wollen Sie in den kommen 30 Jahren über 1 Billion € ausgeben, wie das Fraunhofer Institut neulich errechnete.

Mit 2,2 % Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen kann Deutschland nur äußerst wenig zur vermeintlichen Verbesserung des Weltklimas beitragen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Trotzdem möchten uns alle Parteien, insbesondere Sie, Herr Dr. Stegner, durchweg zu Handlungen zwingen, die unseren Bestand als Industrienation gefährden. Das muss man einmal festhalten. Dem 1,5-Grad-Ziel unser gesamtes wirtschaftliches Handeln unterzuordnen, ist ein extrem teurer Irrweg mit wirtschafts- und sozialpolitischem Sprengpotential.

(Beifall AfD)

Im Kern der ganzen Diskussion steht nämlich schon längst nicht mehr allein die Angst um das Weltklima. Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Weltrettungspolitik werden links-grüne Umverteilungsphantasien in großem Umfang legitimiert. Nur mit einer 180-Grad-Kehrtwende ließe sich der Weltuntergang noch verhindern; beim Klima, beim Abfall, beim Plastikstrohhalm. Kein Thema ist zu klein, kein Thema zu abstrus, als dass es nicht für apokalyptische Endzeitszenarien herhalten muss.

Das hatte der „Spiegel“ schon im August 1986 auf seinem Titelblatt geschrieben. Das können Sie alles im Internet nachlesen. Im Jahre 1986 war der Kölner Dom halb abgesoffen. Da hieß es 1986, in 30 oder 40 Jahren werde ganz Schleswig-Holstein geflutet sein, stehe Köln unter Wasser und Großbritannien werde zum Archipel zerfallen. Das war damals schon Klimaalarmismus und ist es heute ganz genauso.

(Beifall AfD)

Herr Minister Albrecht, Sie machen dabei mit. Sie machen den Menschen Angst: Schleswig-Holstein säuft ab, wir brauchen Klimaschutzdeiche.

Der Meeresspiegel steigt seit Tausenden von Jahren an. Vor 9.500 Jahren war die Doggerbank, die heute tief unten in der Nordsee liegt, 35 m unter Normalnull, bewaldet. Die Fischer finden dort Menschenknochen und Baumkurren. Der Meeresspiegel steigt stetig. Es gibt sogar eine Studie der NASA aus dem Jahre 2015, wonach die Eis- und Schneemasse in der Antarktis wieder zunimmt. Was sagen Sie denn dazu, Herr Minister? - Dazu können Sie ja gleich noch etwas sagen.

Da reihen Sie sich hier in den bundesweiten Überbietungswettbewerb ein. Sie legen einen von Klimahysterie getriebenen Antrag vor, einen nach dem anderen.

(Zurufe SPD und Christopher Vogt [FDP])

Deutschland unterwirft sich ohne Not einem regelrechten Klimaabsolutismus. Und die SPD möchte technisch einwandfrei laufende Ölheizungen aus den Kellern der Republik reißen und selbstverständlich für den ganzen Humbug auch noch eine Stabsstelle schaffen.

Ich sagte es gestern schon: Am Ende stehen bei den Genossen immer neue Planstellen, immer mehr Bürokratie.

Auch Ihr Antrag, die Förderung von Rohöl in der Nordsee gleich ganz zu verbieten, ist echte Realsa-

(Jörg Nobis)

tire, Herr Dr. Stegner. Das ist richtige Satire, die Sie hier bieten.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zum wichtigsten politischen Thema zu machen oder aufzubauen, ist angesichts der globalen wirtschaftlichen Probleme geradezu töricht. Die Konjunktur schwächt sich derzeit ab, und wir erschweren der Industrie in unserem Land mit hohen Energiepreisen die Produktionsbedingungen. So sägen wir uns dann den Ast ab, auf dem wir sitzen: weniger Arbeitsplätze, weniger Steuereinnahmen, weniger Wohlstand. Das sind dann die Folgen Ihrer Politik, Herr Dr. Stegner.

Die Bundesratstagung letzten Freitag hat gezeigt, mit welcher heißen Nadel das Klimaschutzpaket der Bundesregierung gestrickt wurde. Die vielen Einsprüche der Länder, ja, auch die Ihrer eigenen Landesregierungen, zeigen doch erhebliche Zweifel und Bedenken.

Herr Günther - er ist weggegangen -, hören Sie doch auf Ihren Kollegen Herrn Kretschmer aus Sachsen, der die Schaffung eines weiteren nationalen Zertifikatesystems als Inländerdiskriminierung bezeichnet. Es muss doch wirklich zu denken geben, wenn sogar der Bundesrat die Bundesregierung ermahnt, Energie - jetzt kommt es - sozialverträglich zu halten.

Der Bundesrat war dann auch deutlich - ich zitiere -: Der gewählte Regelungsweg des Bundesgesetzes ist weder transparent noch sozial gerecht.

Ui! Wie kommt das denn, Herr Dr. Stegner?

Für uns gibt es daher nur einen Weg: Wir müssen bei diesem ganzen Irrsinn endlich die Notbremse ziehen. Wir müssen zu einer faktenbasierten Klima- und Energiepolitik zurückkehren.

Erstens. Das von der GroKo flickgeschusterte Klimaschutzgesetz darf nicht verabschiedet werden.

Zweitens. Alle Abkommen und Gesetze, die sich dem Klimaschutz verschrieben haben, müssen aufgehoben werden, allen voran das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Es ist gescheitert; nehmen Sie das endlich zur Kenntnis.

(Beifall AfD)

Und ja, dazu gehört drittens vor allem auch der Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Meine Damen und Herren, weltweit entstehen gerade 1.400 Kohlekraftwerke. Aber am deutschen Klimaalarmismus soll das Weltklima genesen oder wie, Herr Dr. Stegner? Das ist Klimanationalismus auf Kosten der deutschen Verbraucher und Steuerzahler. Da machen wir nicht mit.

(Wortmaldung Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter Nobis, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Petersdotter?

**Jörg Nobis [AfD]:**

Immer gern.

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank. - Sie haben gerade gesagt, wir müssten über Fakten sprechen. Was macht für Sie einen Fakt aus, wenn es nicht der breite Konsens einer Naturwissenschaft ist, in der über 98 % der einhelligen Auffassung sind, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, den man bekämpfen muss? Was macht für Sie einen Fakt aus?

- Niemand in der Wissenschaft kann Ihnen sagen - - Wir bestreiten ja nicht den Klimawandel; das Klima hat sich immer schon gewandelt. Die Frage ist doch: Wie groß ist der anthropogene Anteil am Klimawandel, und wie setzt er sich zusammen? Ist es wirklich nur das CO<sub>2</sub>, oder sind es auch andere Sachen? Ist es vielleicht die Abholzung der Regenwälder? Wie hoch ist dieser anthropogene Anteil? Wenn Sie hier 1 Billion € ausgeben wollen, dann muss das doch Sinn und Verstand haben. 1 Billion € in 30 Jahren! Aber doch nicht für ein Eintausendstel Grad, das wir vielleicht bei 2,2 % Anteil der Deutschen an der CO<sub>2</sub>-Emission beisteuern. Wir machen bei diesem Klamauk nicht mit.

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das ist der Konsens!)

Die AfD ist anscheinend wirklich in diesen wirren Zeiten der einzig vernünftige Gegenpol.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich beantrage deshalb die Überweisung unseres Antrages in den zuständigen Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Umwelt- und Agrarausschuss. - Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Heiner Rickers.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Nobis, ich muss hier einmal mit einigen Dingen aufräumen. Wenn Sie schon der Wissenschaft nicht glauben, dann nutzen Sie wenigstens Ihren Verstand und lassen Sie mich einmal anhand einiger Beispiele und Erfahrungswerte schildern, warum das, was Sie hier behaupten, garantiert nicht stimmen kann.

Wenn Sie im letzten Jahr erlebt haben, dass wir seit Beginn der Temperaturaufzeichnung vor 100 Jahren in Deutschland Hitzerekorde hatten, die dazu geführt haben, dass sogar Aminosäuren in den Bäumen, die dort über 200 Jahre gewachsen sind, denaturiert sind, also die Rinde gesprengt ist, die Bäume relativ schnell absterben, dann ist das doch ein Zeichen, dass wir fünf vor zwölf oder vielleicht auch schon 12 Uhr haben und uns alle Mühe geben müssen, nachhaltiger zu leben, damit das Morgen nicht komplett danebenläuft.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Da ist das Klima elementar. Wenn sich alle einig sind, dass das Pariser Klimaschutzabkommen - 1,5 Grad bis 2100 und nicht mehr Temperaturerhöhung auf dieser Erde - eingehalten werden soll, dann sind wir gut beraten, uns alle erdenkliche Mühe zu geben, dieses Klimaziel einzuhalten, und das allein schon aus Eigeninteresse; denn sonst wird es kein lebenswertes Leben mehr auf dem Planeten geben.

Ich will noch eines sagen: Vor über 100 Jahren, Anfang 1900 - das soll gar nicht bewertend sein, sondern das ist nur eine Feststellung - hatten wir 1 Milliarde Menschen hier auf diesem Planeten. Als ich vor über 50 Jahren geboren wurde, hatten wir schon über 3 Milliarden Menschen auf dieser Erde, und heute haben wir 7,8 Milliarden Menschen auf dieser Erde. Es ist doch klar, da brauchen Sie kein Wissenschaftler zu sein, dass 7,8 Milliarden Menschen mehr Anspruch an den Planeten haben als 1 Milliarde. Das führt zu Belastungen, die, wenn wir nicht aufpassen und nachhaltiger werden, am Ende dieses System kippen und den Planeten zugrunde richten.

(Wortmeldung Jörg Nobis [AfD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nobis?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Auf jeden Fall.

**Jörg Nobis [AfD]:** Vielen Dank. - Herr Rickers, ist Ihnen bewusst, dass Sie eben Wetter und Klima verwechselt haben, dass das der statistische Durchschnitt des Wettergeschehens der letzten 30 Jahre ist und wir vielleicht erst seit 150 Jahren überhaupt Wetteraufzeichnungen haben?

- Ja, das ist mir bewusst. Ich habe es auch nur als ein Beispiel unter vielen genannt, als ein Beispiel, das Sie auch hätten wahrnehmen können. Sie erinnern sich sicherlich auch an die zwei wetterbedingten Dürresommer; wir haben die 30-jährige Periode noch nicht abgeschlossen. Die liegt in der Zukunft. Wir haben noch 28 Jahre vor uns. Oder nehmen Sie das Jahr davor. Dann haben wir noch 27 Jahre vor uns. Diese Beispiele können Sie wirklich vor Ort spüren. Wenn Sie Ihr Wasserversorger anruft oder anschreibt und sagt: „Bitte gehen Sie auch in Schleswig-Holstein sparsam mit dem Wasser um, weil wir schon den zweiten Dürresommer erleben“, dann ist das ein Alarmzeichen. Das können Sie negieren. Das ist aber so, und wir nehmen das zur Kenntnis und wollen etwas dagegen unternehmen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Ja.

**Jörg Nobis [AfD]:** Vielen Dank. - Glauben Sie denn, dass dieser erhebliche Einsatz von Steuermitteln - immerhin laut Fraunhofer Institut in den nächsten 30 Jahren über 1.000 Milliarden € - gerechtfertigt ist, und glauben Sie, dass das einen Effekt haben wird, dass wir dann hier keine Dürresommer mehr haben, dass wir das Klima retten können? Glauben Sie das persönlich?

- Ja, das glaube ich. Deshalb werde ich versuchen, in meiner Rede darauf einzugehen, und hoffe, in der

(Heiner Rickers)

Rede Ihre Frage ein Stück weit beantworten zu können.

Wir sind uns also einig. Wir haben ein enormes Klimaproblem. Das werden wir nicht wieder einfangen können. Wir haben doch nicht umsonst auf die jungen Leute, die freitags hier vor der Tür standen und immer noch stehen, gehört. Was war deren vornehmliches Interesse und die Forderung an die Politik? Das 1,5-Grad-Ziel aus dem Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten. Das haben die uns auf die Fahne geschrieben. Wie wir das am Ende gestalten, können die uns heute auch nicht sagen. Aber das ist das Ziel, und dieses Ziel haben wir gemeinsam akzeptiert. Das wollen wir gemeinsam umsetzen - und nicht nur das.

Ich bin verwundert über Ihre Blauäugigkeit, wie wir hier zukünftig Probleme lösen können. Wir wollen aus Deutschland, aus Europa, auch mit unserem Klimaschutzkonzept und -paket, das wir in der Bundesrepublik vorstellen und verabschieden werden, versuchen, Beispielcharakter für die ganze Welt mit erfolgreichen Projekten der nachhaltigen Wärme, Mobilität und Energieversorgung allgemein zu kreieren, umzusetzen und am Ende auch noch wirtschaftlich machbar und effizient auf den Markt zu bringen. Sollte uns das gelingen - dafür gibt es auch heute schon gute Beispiele -, dann haben wir einen großen Anteil daran, dass wir die Welt nachhaltiger, auch was das Klima, die Klimaveränderung angeht, mitgestalten können.

Ich will noch auf eines hinweisen: Sie haben auch das nicht bedacht. Es gibt Szenarien, die sogenannten Kipppunkte, die der Gesellschaft wirklich Schaden zufügen würden, Kipppunkte im Zusammenhang mit einer Klimaveränderung auf dieser Welt. Stellen Sie sich vor, das Polareis, egal ob in der Arktis oder Antarktis, wird so weit schmelzen, dass der Effekt der weißen Fläche, die Strahlung zu absorbieren, zukünftig nicht mehr gegeben ist, sondern die dunkle Fläche diese Wärme noch aufnimmt. Dann gibt es ein riesiges Problem, weil sich die Erwärmung potenziert und wir nicht mehr dagegen ansteuern können. Wenn sich Permafrostböden im nördlichen Bereich unserer Hemisphäre tatsächlich auflösen und alles das, was an Klimagas über zum Teil Millionen Jahre gespeichert wurde, in die Atmosphäre gelangt, wird auch da ein Kippmoment eintreten und die Entwicklung so weit beschleunigen, dass wir dem nicht mehr entgegenwirken können. Wenn der Golfstrom zum Versiegen kommt oder der Monsunstrom in Indien nicht mehr funktioniert und die dort keinen Regen mehr abbekommen, werden wir die Probleme weltweit nicht

mehr in den Griff bekommen. Da sind wir gut beraten, uns aus Deutschland mit unserem Ingenieurwissen, mit Innovation, mit Forschung und Technik mit Lösungen zu beteiligen.

Da will ich einmal ein Lob aussprechen, nicht nur für die Rede des Ministers, sondern auch für das, was wir bisher in Schleswig-Holstein geleistet haben. Wir haben Großes geleistet und Voraussetzungen geschaffen, Beispielcharakter für die ganze Welt vorzugeben, was Technologie und Fortschritt auch im Bereich des Klimaschutzes angeht, hier umzusetzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Einzelnen will ich das Klimapakete gar nicht aufmachen. Aber ich will es ausdrücklich loben, weil es das beinhaltet, was am Ende auch politisch den Einfluss ausmacht. Es muss Lenkungswirkung entfalten. Wenn Sie ein Ziel verfolgen, können Sie Lenkungswirkung nur dadurch entfalten, dass Sie entweder starre Grenzen aufzeigen, also das Gesetz auch in Härte Leitplanken aufzeigt und das dann umgesetzt wird, oder indem Sie Anreize schaffen. Genau das ist doch der Ansatz des Klimapaketes, CO<sub>2</sub>-Bepreisung einführen - das ist doch phänomenal, es ist das erste Mal, dass wir so ein Beispiel machen -, andere Dinge, die klimaneutral laufen, wie Elektromobilität oder Wasserstoff, bezuschussen, ein Stück weit das EEG so modernisieren, dass wir zukünftig in Schleswig-Holstein auch den Abspaltstrom nutzen können, und, und, und. Insofern sind wir da auf einem sehr guten Weg.

Lassen Sie mich vielleicht zwei Sätze zu den anderen Anträgen sagen. Zum Heizöl, aber auch zur Ölförderung im Wattenmeer im Nationalpark wird mein Kollege Lukas Kilian sprechen. Aus umweltpolitischer Sicht - ich bin der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion - habe ich mich natürlich dazu geäußert. Nationalpark ist Nationalpark. Da gibt es Rechte und Gesetz.

Dea fördert ihr Öl hier sauberer als auf allen anderen Plattformen auf dieser Welt. Insofern herzlichen Glückwunsch an die Dea dort. Die machen alles richtig. Aber es ist der Nationalpark, und da wird nach Recht und Gesetz entschieden. Herr Minister, da haben Sie Recht. Das ist nicht unbedingt in unserer Hand. Wir können es politisch bewerten. Das tun wir. Aus umweltpolitischer Sicht würde ich sagen: Lieber das Öl aufsparen. Das werden wir noch einmal brauchen. Lasst uns erst einmal auf Erneuerbare Energien setzen. - Aber aus wirtschaftspoliti-

**(Heiner Rickers)**

scher Sicht wird es dazu vielleicht eine gegenläufige Meinung meines Kollegen Lukas Kilian geben.

Ich habe alles gesagt. Wir sind gut beraten, die Klimapolitik aktiv anzugehen. Die CDU wird Sie alle dabei unterstützen. Wir haben die Probleme erkannt. Es ist fünf vor zwölf bis 12 Uhr. Ich fordere sie alle auf, diesem Weg zu folgen. Schleswig-Holstein geht mit gutem Beispiel voran. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Um drei Minuten vor zwölf hat das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Interessant: drei Minuten vor zwölf. Viele sagen, es ist fünf vor zwölf. Ich glaube, es ist sehr viel später. Es ist auch später als drei Minuten vor zwölf, wenn wir über das Thema Klima und Klimawandel reden. Ich bin froh, dass - außer den Abgeordneten der AfD - in diesem Haus niemand mehr daran zweifelt, dass es höchste Zeit ist, etwas zu tun.

Meine Damen und Herren, die Reparatur des Klimawandels wird uns um ein Vielfaches teurer kommen als alles das, was wir jetzt an möglicher Vorsorge betreiben. Insofern: Die Zahlen, die Sie hier genannt haben, Herr Nobis, sind da, das ist teuer, das ist auch eine riesige Herausforderung an uns als Gesellschaft. Aber es ist trotzdem so, dass alles Nichtstun und Wegschauen unendlich viel teurer wird beziehungsweise zum Teil auch nicht mehr finanziell reparabel ist.

Diese Situation wird immer schwieriger - Sie haben es mit den Kippunkten genannt -, wenn irgendwann der Kippunkt da ist, sodass wir es nicht mehr retten können. Deshalb halten wir an den Pariser Klimazielen fest, denn: Eine Unumkehrbarkeit ist das, wovor wir wirklich Angst haben und Angst haben müssen.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Meine Herren von der AfD, auch wenn ich mir vorgenommen habe, dazu nicht Stellung zu nehmen, möchte ich trotzdem einen Punkt aufgreifen, weil er häufig von Menschen jenseits Ihrer Partei genannt wird: „Wir sind doch viel zu klein als Land. Das nützt doch gar nichts, wenn wir hier in Deutschland, wenn wir hier in Europa die Ziele einhalten, wenn die Big Player, die vermeintlich größeren Ver-

braucher in der Welt, sich nicht daran halten, weil sie mehr Bevölkerung haben.“

Dazu möchte ich drei Dinge sagen. Erstens sind diese vermeintlich größeren Länder, zum Beispiel China oder andere, sehr wohl auch auf dem Weg, sich zu entkarbonisieren. Es ist nicht mehr so, dass Europa überall der Vorreiter ist, sondern andere Länder sind auch auf dem Weg.

Zweitens haben wir eine Vorbildfunktion. Es ist so etwas wie eine Graswurzelbewegung, das eine Land fängt an, das andere Land kommt mit, von Europa in andere Länder.

Drittens, meine Damen und Herren, geht es auch um technologischen Fortschritt. Wir müssen mithalten, wir müssen mitentwickeln, wir müssen die Vorreiterinnen und Vorreiter bei klimafreundlichen Techniken sein. Das nützt uns und dann auch der gesamten Welt und dient der Rettung des Weltklimas. Deshalb: Ja, unser Beitrag kann dabei helfen, das Klima zu retten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Heiner Rickers [CDU] - Jörg Nobis [AfD] steht am Mikrofon)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen den Klimaschutz so ernst nehmen, dass wir ihn in allen Entscheidungen berücksichtigen müssen. Was würde es nützen - -

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nobis?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Jörg Nobis [AfD]:** Vielen Dank, Frau von Kalben. - Habe ich das richtig verstanden? Sie möchten die deutsche Regelungswut, das ist etwas eigenes Deutsches, auf andere Länder überstülpen? Sie sollen das dann auch machen? Ich habe das in meiner Rede Klimanationalismus genannt. Möchten Sie das für andere Länder auch? Wir haben in Deutschland ein schönes Pfandflaschensystem. Selbst Frankreich hat da nicht mitgemacht, obwohl es gut funktioniert. Also nicht einmal unser Nachbar, auch ein Industriestaat, macht das Pfandflaschensystem mit. Wollen wir allen Ländern unser System überstülpen, oder wie habe ich das zu verstehen?

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

**(Eka von Kalben)**

- Ich habe grundsätzlich eine andere politische Wortwahl als Sie. Ich würde weder von Bürokratiemonstern, noch vom Überstülpen, noch von Klimanationalismus sprechen. Das sind nicht meine Dinge, mit denen ich Politik mache. Wenn wir moderne Technologien entwickeln, können diese sehr wohl auch in anderen Ländern genutzt und auch von anderen Ländern gekauft werden. Auf diese Art und Weise können wir sehr viel Gutes tun für den Klimaschutz in der Welt.

Meine Damen und Herren, was würde es nützen? - Ich war bei dem Punkt, dass ich gesagt habe, es sei wichtig, das in alle Entscheidungen zu unseren Gesetzen und Verordnungen einfließen zu lassen - und ja, auch bei unseren Fördermöglichkeiten.

Es ist ein gutes Zeichen, dass Jamaika gesagt hat, wir wollen unsere Entscheidung unter Maßgabe von Klimaschutz fällen. Das ist eine weitreichende Entscheidung und kein Feigenblatt. Es ist etwas, das wir sehr ernst nehmen. Wir sind sehr dankbar, dass wir dafür in Jamaika eine Mehrheit gefunden haben, weil es tatsächlich Auswirkungen auf unser Handeln haben wird. Deshalb stellen wir diesen Antrag. Und das werden zum Teil schwierige Auseinandersetzungen sein.

Bei den Gesetzen wird man sich Gedanken machen müssen: Nützt das, oder schadet das? Es nützt nichts, wenn auf der einen Seite von der Bundesregierung ein Klimapäckchen gebaut wird oder wir Klimaschutzmaßnahmen in der Landesregierung beschließen und wir gleichzeitig über andere Gesetze und Verordnungen befinden, die dem schaden. Es muss im Grunde ein Gesamtpaket vorhanden sein. Man muss insgesamt schauen, ob das, was wir tun, etwas ist, was dem Klima nutzt oder nicht. Dieser Antrag, der aussagt, dass es für uns ein Schwerpunkt, eine Priorität ist, ist etwas sehr Hilfreiches und im Grunde genommen etwas, was die Opposition unterstützen sollte,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

denn Klimaschutz ist nicht nur eine Frage des Klimaschutzministeriums oder der Energiewende, sondern Klimaschutz ist durchaus eine Querschnittsaufgabe. Das ist etwas, was den Verkehrssektor betrifft, was im Gesundheitssektor eine Rolle spielen kann, das ist eine Frage der Digitalisierung, der Energiepolitik und auch der Bildungspolitik. Wir machen im nächsten Jahr das Jahr zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, weil wir es als Querschnittsaufgabe betreiben.

Liebe SPD, Sie sehen es offensichtlich auch als Querschnittsaufgabe, weil Sie die Stabsstelle beantragen. Aus unserer Sicht ist das Thema Klimaschutz beim Klimaschutzminister sehr gut angesiedelt, und er wird es auch weiter sehr gut querschnittlich betreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, Querschnitt ist auch das Thema, wenn es darum geht, dass Klimaschutz auf allen Ebenen vorankommen muss, global, europäisch, auf Bundesebene und auch auf kommunaler Ebene. Deshalb freue ich mich auch, dass sich viele Kommunen in Schleswig-Holstein mit Klimaschutzziele, mit Klimaschutzmanagement und mit Aktionsplänen auf den Weg gemacht haben. Es muss global gedacht und lokal gehandelt werden. Wir müssen auf allen politischen Ebenen an einem Strang ziehen, und zwar möglichst viele auf einer Seite. Sonst schaffen wir es nicht.

Der Landesrechnungshof mahnt uns, wir sollten da noch mehr tun, und wir Grüne sind ebenfalls dieser Ansicht. Die Kommunen sind entscheidende Player. Wir sehen es auch in den Vereinigten Staaten, in denen ein völlig außer Rand und Band geratener Präsident das Land tief spaltet, gleichzeitig aber 250 Städte erklären: Wir sind weiter dabei, „We are still in!“ - von Anchorage in Alaska über Dallas in Texas bis Miami in Florida, und nicht zu vergessen unsere Partnerstadt San Francisco.

Meine Damen und Herren, wir beraten hier vier Vorlagen auf einmal. Daher ist es nicht ganz einfach, auf alles einzugehen, obwohl uns der Minister zusätzliche Redezeit gegönnt hat. Daher nur ein paar Sätze zum Öl.

Zum einen das Öl unterm Wattenmeer. Das sollte möglichst bleiben, wo es ist. Nationalpark und Ölförderung vertragen sich nicht. Wie das entstanden ist, und wie unsere Haltung dazu war, dazu hat Frau Fritzen schon einiges gesagt, und auch dazu, dass wir im Koalitionsvertrag dazu klare Verabredungen haben, die im Grunde genommen die bestehende Rechtslage widerspiegeln.

„Die Ölförderung im Nationalpark steht im Widerspruch zu den Nationalparkzielen, genießt allerdings Bestandsschutz hinsichtlich der Bohr- und Förderinsel ‚Mittelplate‘“.

So ist der Fakt, und daran können wir auch nicht rütteln. Wir könnten Verschärfungen erreichen, wenn wir das Bundesbergbaurecht ändern würden. Das haben wir als Grüne in den vergangenen Jahren



**(Eka von Kalben)**

vermehrt versucht, haben dort aber keine Partner gefunden, weder auf der einen noch auf der anderen Seite des Parlaments. Wenn Sie jetzt sagen, ich würde immer nur auf den Bund verweisen und dass Sie das im Bund nicht durchsetzen könnten, liebe SPD, erinnere ich Sie daran, dass es eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen Wirtschaftsminister Meyer und Umweltminister Habeck in der letzten Legislatur zum Thema „Mittelplate“ und zur Ausweitung der Ölbohrungen gab. Wo war denn an der Stelle die SPD? Das ist nicht der Bund, und das ist auch noch nicht so lange her.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Hört, hört!)

Ich möchte es bei dem Thema dabei lassen, unsere Position ist dazu völlig eindeutig. Ich gehe davon aus, dass der Minister alles tun wird, was sich im rechtlichen Rahmen bewegt, um die aus unserer Sicht richtige Entscheidung fällen zu können.

Meine Damen und Herren, der Klimawandel kommt auf uns zu, und wir versuchen, ihm gemeinschaftlich zu begegnen. Das eine ist, dass wir dabei unterschiedliche Schwerpunkte haben. Was die Geschwindigkeit angeht - wir sind eher für möglichst schnell. Was die Frage des sozialen Ausgleichs und die Sorge der Arbeitsplätze angeht, was die Sorge um die Wirtschaft oder die Forderung betrifft, dass wir technologieoffen sind: Wir alle haben hier im Haus unterschiedliche Nuancen, unterschiedliche Schwerpunkte zum Thema Klimawandel. Aber, was mich wirklich freut, wir sehen: Die Wege sind unterschiedlich, aber im Ziel sind wir uns einig. Das ist angesichts dessen, was wir zurzeit in der Bundesrepublik erleben - gerade in den Ländern östlich von uns in Deutschland - so wahnsinnig wichtig, dass wir immer wieder Kompromisse finden, um gemeinsam voranzukommen. Sonst sehe ich wirklich schwarz für dieses Land. Deshalb bitte ich, dass wir an der Stelle nicht wanken und gemeinsam das wichtige Thema Klimaschutz in Angriff nehmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

(Beifall FDP - Dennys Bornhöft [FDP]: Er braucht das! - Heiterkeit)

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten über eine ganze Bandbreite an Anträgen. Sie decken beinahe alle Facetten der Energie- und Klimapolitik ab. Wir reden von der Energieproduktion, den richtigen Rahmenbedingungen für gute Klimapolitik und Technologieoffenheit. Die Rollen hier im Haus sind klar verteilt - das hat man bei meinen Vorrednern schon gemerkt -: Die SPD deckt ein bisschen den beleidigten dogmatischen Teil ab, die AfD den reaktionären, und wir von Jamaika kümmern uns um den pragmatischen Teil. Das ist doch wunderbar!

(Beifall FDP, CDU und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich könnte jetzt eigentlich Schluss machen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Bravo!)

Diesen Gefallen tue ich Ihnen aber nicht, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit FDP)

Die Energiewende muss den Wärmesektor erreichen. Das ist klar, das wollen auch wir. Wir fordern dazu die Einführung einer echten CO<sub>2</sub>-Bepreisung, und zwar über alle Sektoren, also auch Verkehr, Industrie und Energieerzeugung; damit waren wir im Bundesrat schon erfolgreich. In Kombination mit technologieoffenen Rahmenbedingungen werden sich nach und nach CO<sub>2</sub>-ärmere Technologien durchsetzen, ganz ohne Steuersparmodelle, Antragschaos oder Subventionsdschungel. Eine sektorübergreifende CO<sub>2</sub>-Bepreisung wäre wirklich die pragmatischste Lösung.

(Beifall FDP)

Nun hat sich die SPD in der Bundesregierung für ein, so möchte ich es bezeichnen, vermurkstes CO<sub>2</sub>-Festpreismodell mit widersinnigen Sektorenzielen eingesetzt. Hier im Landtag fordern Sie nun ein Landesprogramm zur Umrüstung von Ölheizungen, also ein klassisches Subventionsprogramm, wie es früher üblich war. Ich kann mir vorstellen, wie es in der Fraktionssitzung lief. Herr Hölck hat gesagt: Mensch Leute, die 90er-Jahre sind wieder da. Wir brauchen die alte Subventionspolitik zurück! Macht mal bitte etwas!

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

- Es sollte Sie nicht wundern, dass wir das ablehnen, Herr Hölck.

(**Oliver Kumbartzky**)

Sie selbst schreiben in Ihrem Antrag, dass derzeit noch 18 % der Haushalte in Schleswig-Holstein Ölheizungen haben. Das ist ein hoher Anteil. Dabei geht es vorwiegend um ältere Wohngebäude im ländlichen Raum, dort, wo es keine Alternative zur Ölheizung gab oder gibt, weil beispielsweise kein Anschluss an das Fernwärmenetz oder das Gasnetz vorhanden ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch solche Regionen haben.

Wir brauchen eine echte CO<sub>2</sub>-Bepreisung und technologieoffene Rahmenbedingungen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Außerdem, Herr Dr. Stegner, ist ein Subventionsprogramm aus Landesmitteln schlicht nicht leistbar. Sie sind einen Finanzierungsvorschlag schuldig geblieben; dazu kam wieder einmal gar nichts. Aber das kennen wir von Ihnen. Es hätte mich überrascht, wenn dazu von Ihnen etwas gekommen wäre. Insofern sind Sie sehr verlässlich, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir stehen für eine seriöse Politik - im Gegensatz zu Ihnen. Sie verschließen die Augen vor der Realität. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall FDP und CDU)

Ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar für Ihren Berichtsantrag unter dem Titel „Keine weitere Ölförderung im Wattenmeer“. Dazu ist vom Minister eigentlich alles gesagt worden, nämlich das, was man bei dem Stand des Verfahrens halt sagen kann. Das Bergamt ist zuständig. Es wird über den Antrag von Wintershall Dea nach Recht und Gesetz entscheiden. Die Naturschutzbelange werden selbstverständlich berücksichtigt.

Was mir noch wichtig ist und was wir nicht unter den Tisch fallen lassen dürfen, ist der Hinweis auf die Tatsache, dass auf der Bohr- und Förderinsel Mittelplate seit Förderbeginn nachweisbar störungsfrei gearbeitet wird und dass die Umweltstandards - es sind übrigens sehr hohe Umweltstandards - zuverlässig eingehalten werden. Wir müssen die Entscheidung des Bergamtes abwarten. Ich halte nicht viel davon, jetzt einen Antrag zu stellen, in dem schon in der Überschrift das zum Ausdruck kommt, was Sie anstreben, nämlich keine weitere Ölförderung. Für einen Berichtsantrag eine solche Überschrift zu wählen, finde ich kritisch. Von Ihrer Aussage, dass Sie die Ölförderung nicht mehr wollen, halte ich nicht viel.

Natürlich ist auch mir der Schutz des Nationalparks wichtig. Die Ölförderung an der Mittelplate hat aber eben auch hohe wirtschaftliche Bedeutung; das dürfen Sie nicht vergessen.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Bedeutung erstreckt sich nicht nur auf die Förderinsel selbst, sondern auch auf die Raffinerie in Heide und den Chemiepark in Brunsbüttel, wo das Öl weiterverarbeitet wird, übrigens zu Dingen des täglichen Bedarfs. Zudem macht uns das Mittelplate-Öl unabhängiger von Importen aus Staaten, in denen Umweltschutz und Menschenrechte leider keinen so hohen Stellenwert wie bei uns haben. Das ist auch ein sehr wichtiger Aspekt.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie sind wirklich witzig: Jetzt wollen Sie wieder ein Subventionsprogramm auflegen. Das Geld ist irgendwie da - ja, weil die Mittelplate einen Erdölförderzins generiert. Diesen preisen Sie in Ihre Vorhaben immer gern mit ein. Wenn Sie konsequent wären, müssten Sie diese Mittel streichen; denn Sie wollen ja gar keine Ölförderung mehr.

(Beifall FDP)

Ich will nur am Rand bemerken, dass Erdöl auch in Schlüsseltechnologien der Energiewende genutzt wird, beispielsweise in Dämmmaterialien, in Kunststoffbauteilen für Elektroautos, in Photovoltaikmodulen. Ja, sogar für die Herstellung von Kabeln und beim Bau von Windkraftanlagen ist Öl vonnöten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Kommen wir nun zu dem Antrag der AfD! Ein Problem einfach nur deshalb zu ignorieren, weil man sich vor der Arbeit an der Lösung scheut - das ist das Motto der sogenannten Alternative. Sie von der AfD haben heute wieder einmal bewiesen, wohin die Reise mit Ihnen geht, nämlich nirgendwohin. Mit dem vorliegenden Antrag offenbaren Sie Ihre reaktionäre Haltung. Sie wollen eine 180-Grad-Wende in der Klima- und Energiepolitik. Sie wollen den Einsatz für die Prävention des Klimawandels aufgeben. Sie, meine Damen und Herren - - „Meine Damen und Herren“? - Witzig!

(Heiterkeit FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie, meine Herren von der AfD, leugnen sogar direkt, dass Prognosen der zukünftigen Klimaentwicklung grundsätzlich möglich seien. Mit Ihrem

**(Oliver Kumbartzky)**

Antrag kann man wirklich nur eines machen: Man kann ihn nur ablehnen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde eine solche Haltung verantwortungslos gegenüber den zukünftigen Generationen.

Meine Damen und Herren, ideologischer Aktionismus und reaktionäre Blindheit helfen uns nicht weiter. Wir Jamaikaner bleiben pragmatisch in der Klimapolitik.

Die Koalition bittet mit ihrem Antrag die Landesregierung, alle für den Klimaschutz relevanten Regelungsentwürfe des Landes auf ihre Vereinbarkeit mit den Klimaschutzziele des Landes zu überprüfen. Das ist ein richtiges Signal in diesen Zeiten. Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, die für den Klimaschutz relevant sind, müssen natürlich etwas bringen; sie dürfen nicht nur Symbolkraft haben. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Zu dem Ergänzungsantrag mit der Stabsstelle hat mein Kollegin Eka von Kalben alles gesagt. Wir denken, wir sind da sehr, sehr gut aufgehoben. Stimmen Sie gern unserem Antrag zu! Die anderen Anträge lehnen wir ab. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir heute wieder einmal über Anträge zur Klima- und Energiepolitik diskutieren, dann fällt ein Antrag besonders auf, und damit komme ich gleich zu dem Antrag der AfD. Die entschiedene Ablehnung der AfD hinsichtlich der bisherigen Energie- und Klimapolitik ist durchaus bemerkenswert. Damit verhält sich die AfD nicht nur komplett entgegengesetzt zur bisherigen breiten politischen Auffassung; vielmehr ist ihre Sicht auf die Klima- und Energiepolitik rückwärtsgewandt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zugegeben, die Gestaltung und das Tempo in Bezug auf die Energie- und Klimapolitik wird parteipolitisch unterschiedlich gesehen und vorangebracht. Aber immerhin wird sie vorangebracht. Das eint alle anderen hier im Landtag vertretenden Par-

teien. Der Umgang der AfD mit anerkannten Fakten ist, sie einfach zu leugnen. In der Überschrift fordert sie die Rückkehr zu einer faktenbasierten Klima- und Energiepolitik. Zu welchen Fakten will die AfD denn zurückkehren? - Im Antrag kein Wort darüber!

Es gibt wissenschaftlich nichts Vergleichbares zu den Berichten des Weltklimarates. Diese erkennt die AfD jedoch nicht an; denn diese Fakten sind unbequem und passen nicht in ihr politisches Bild. Stattdessen streut sie mit ihrem Antiklimaschutzantrag den Menschen Sand in die Augen. Sie unterstreicht ihre ablehnenden Forderungen damit; es sei extrem teuer, in der Wirkung zweifelhaft und ineffektiv, schade der Wirtschaft und den Menschen hier im Land.

Ich sage: Diese Art der Politik ist gefährlich; denn sie ist verantwortungslos und rücksichtslos.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher gilt es, dem wirklich entschieden entgegenzutreten. Das heißt hier ganz konkret, den Antrag der AfD abzulehnen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu den anderen Anträgen. Die Verbanung von alten Ölheizungen ist ein Schritt, um den CO<sub>2</sub>-Austausch zu senken; denn damit wird für saubere Alternativen Platz gemacht. Welche das sind, lässt der Antrag offen. Zugegeben, der Ansatz ist richtig und nachvollziehbar. Es wird vermutlich auch so kommen; denn dieser Punkt ist Teil des Klimapakets des Bundes.

Für uns ist dabei wichtig, dass wir über realistische Alternativen reden. Denn nicht jede Ölheizung kann problemlos durch alternative Energieträger wie Erdwärme, Solar oder Fernwärme ersetzt werden. Wo dies möglich und machbar ist, soll es entsprechend angestrebt werden. Es muss aber auch die Möglichkeit für Ausnahmen geben. Dann ist da natürlich die Frage nach den Kosten. Eine energetische Sanierung, der Austausch einer Ölheizung und der Einbau einer alternativen Heizung sind nicht zum Nulltarif zu bekommen. Ist eine Förderfähigkeit vorgesehen, in welcher Höhe und bei welchen Maßnahmen? Gibt es andere Möglichkeiten wie günstige Darlehen oder Steuervorteile? - All diese Dinge befinden sich bereits im Zuge des Klimapakets in der Diskussion.

Ich halte den vorliegenden Antrag in der Sache zwar für richtig, aber bevor wir ein Landespro-

**(Flemming Meyer)**

gramm fordern, sollten wir abwarten, was der Bund zu bieten hat. Daher schlagen wir Ausschussüberweisung vor, damit wir es inhaltlich vertieft diskutieren können.

(Beifall SSW)

Alle Jahre wieder haben wir die Diskussion über die Ölbohrung im Wattenmeer, nun wieder, weil das Unternehmen Wintershall Dea neue Pläne vorgelegt hat. Nach Auffassung des SSW hat die Aufsuchung und Förderung von Öl im Nationalpark nichts zu suchen. Richtig ist aber auch: Die Mittelplate hat hier einen Bestandsschutz. Das haben wir zu akzeptieren, bis der Vertrag ausgelaufen ist. Danach muss aber endgültig Schluss sein! Wie gesagt: Mit den Zielen unseres Nationalparks oder des Weltnaturerbes hat die Förderung von Öl im Wattenmeer nichts zu tun. Von daher ist jede weitere Tätigkeit über den bisherigen Umfang abzulehnen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist: Der Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts. Daher ist es nachvollziehbar und sinnvoll, dass auch die jeweiligen Ministerien ihre eigenen Klimaziele formulieren und festlegen. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, ist eine CO<sub>2</sub>-Folgenabschätzung bei Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien unabdingbar. Nur so ist es möglich, sich ein Bild von Ausmaß und zu erwartender Wirkung auf das Klima zu machen. Die einzelnen Häuser mögen diese Aufgabe durchaus leisten können. Was ist aber mit Gesetzentwürfen, die von den Fraktionen eingereicht werden? - Hier meine ich, dass es für die Fraktionen kaum leistbar ist, eine detaillierte CO<sub>2</sub>-Folgenabschätzung zu liefern. Die Fraktionen bleiben in den Anträgen daher auch unberührt. Sollte diesem Ziel also heute zugestimmt werden, würde es mich nicht wundern, wenn künftig der weit überwiegende Teil der Regelungsentwürfe über die Fraktionen eingespielt würde. Somit könnte man die Folgeabschätzung geschickt umgehen, es wäre aber kaum etwas gewonnen. Daher halte ich auch bei diesem Antrag eine Ausschussüberweisung für dringend angebracht. - Jo tak.

(Beifall SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter Meyer, zu welchen Anträgen haben Sie Ausschussüberweisung beantragt?

(Flemming Meyer [SSW]: Zu den Drucksachen 19/1623 und 19/1802!)

- Gut. - Für die CDU-Fraktion nimmt der Abgeordnete Lukas Kilian die Restredezeit in Anspruch.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wir führen eine Vielzahl an Klimadebatten, wir führen sie viel zu spät, zum Teil viel zu lang und schaffen das eine oder andere nicht, das wir schon längst auf den Weg gebracht haben sollten.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei dieser ganzen Thematik dürfen wir uns aber auch nicht darin verlieren, in Deutschland alles abzulehnen und zu hoffen, die Welt funktioniere nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“

(Beifall CDU und FDP)

Entscheidend ist, was die Fraktionsvorsitzende der Grünen eben gesagt hat: Wir müssen in Deutschland Vorreiter bei klimafreundlichen Techniken sein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zur Ehrlichkeit gehört: Wir haben eine Ölbohrinsel im Wattenmeer, die in einem hochsensiblen Naturschutzgebiet seit über 30 Jahren störungsfrei Erdöl fördert.

(Zuruf: Noch!)

Es gibt dort keinen einzigen Störfall, das ist hervorragende Arbeit, die dort gemacht wird. Die Betreiberfirma stellt nun den Antrag, weitere Bohrungen vorzunehmen, einen weiteren Zipfel zu erreichen, um dort mehr Öl zu fördern. Das Erste, was die SPD-Fraktion nun macht, ist, einen Berichtsantrag einzureichen unter der Überschrift: Keine Erdölförderung mehr im Wattenmeer!

(Sandra Redmann [SPD]: Keine weitere!)

- Keine weitere, das stimmt. Ich frage Sie ganz ehrlich, Herr Hölck: Ist Ihnen bewusst, dass die Aspirin-tablette, die man nach Ihrer Rede brauchte, zu 35 % aus Erdöl besteht? Woher soll das kommen? Die Klamotten, die wir tragen: 80 % Baumwolle, 18 % Polyamid, 2 % Elasthan. Das sind 20 % Erdölanteil. In einem Fernseher sind es im Durchschnitt 2,4 l. Den Kollegen Hans-Jörn Arp habe ich dabei erwischt, wie er heute eine Nylonkrawatte trägt: 0,5 l Erdöl sind darin.

(Lukas Kilian)

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: In einer Krawatte?  
- Heiterkeit Hans Hinrich Neve [CDU])

Wir dürfen nicht so tun, als ob wir gar nicht auf Erdöl angewiesen wären. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir in Schleswig-Holstein Power-to-X-Techniken vorantreiben und Wasserstoff- und Elektromobilität massiv nach vorne denken. Wir sagen: Erdöl ist zu wichtig, um es zu verbrennen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir dürfen uns aber auch nicht hinstellen und so tun, als ob wir diesen Rohstoff gar nicht mehr brauchen. Herr Dr. Stegner, Sie waren vor Kurzem auf Jobsuche. Da haben Sie in einem Bewerbungsgespräch mit der „Passauer Neuen Presse“ angegeben, Sie wurden wortwörtlich zitiert:

„Saudi-Arabien ist eine der blutrünstigsten Diktaturen, die es ... gibt.“

(Dennys Bornhöft [FDP]: Stimmt!)

Halten Sie es dann für sinnvoll, dass wir das Erdöl, das wir jeden Tag in unseren Geräten nutzen - das Handy, das vor Ihnen liegt, enthält 99 g Erdöl -, aus Regionen importieren, die derart mit Menschenrechten umgehen? Oder sollten wir uns vielleicht in Deutschland auch einmal Gedanken machen, wie wir die gesamte Verbrauchs- und Produktionskette ehrlich betrachten?

(Beifall CDU, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Lukas Kilian [CDU]:**

Gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Sie haben mich so freundlich angesprochen, da möchte ich Ihnen antworten: Über das Erste, das Sie angesprochen haben, kann man durchaus nachdenken. Meine Bemerkung in der „Passauer Neuen Presse“ galt übrigens den Forderungen aus Ihrer Partei, wir sollten die Waffenexporte nach Saudi-Arabien wieder aufnehmen. Mit diesen Forderungen aus der CDU habe ich mich beschäftigt. Sie sind sich wahrscheinlich einig mit mir, dass es besser wäre, keine Waffen nach Saudi-Arabien zu exportieren. Das entnehme ich einmal Ihrem zustimmenden Hinweis zu meiner Bewer-

tung. Über das andere sollte man in der Tat nachdenken.

- Es ist sehr nett, dass Sie das einräumen. Ich frage Sie dann: Wird die Position aus der Rede des Kollegen Hölck, man müsse tatsächlich über die Thematik nachdenken, zurückgezogen? Es kann ja nicht sein, dass man bei Waffenexporten von einer blutrünstigen Diktatur spricht und beim Erdöl sagt: Na ja, das brauchen wir trotzdem.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Auch wenn es nun diskussionsartig wird, gestatte ich Ihnen, darauf zu antworten.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Das ist sehr freundlich von Ihnen, Frau Präsidentin. - Ich wollte damit nur sagen: Ich glaube nicht, dass die Alternative ausschließlich Wattenmeer oder Saudi-Arabien heißt. So habe ich die Rede des Kollegen Hölck nicht verstanden.

(Christopher Vogt [FDP]: Oder Russland!)

- Na ja, wir können natürlich auch alle Regionen der Welt einstufen. Allein mit Norwegen wird es vermutlich nicht gehen, insofern werden wir schon über Wirtschaftsbeziehungen reden müssen. Ich wollte nur sagen: Die Verengung Wattenmeer oder Saudi-Arabien sehe ich nicht.

Der Waffenexport nach Saudi-Arabien erfolgt aber sehr direkt. Den kann und muss Deutschland stoppen. Es wäre insofern schön, Herr Kilian, wenn Sie Ihre ganze Kraft, die Sie in jugendlicher Art und Weise in die CDU einbringen, dafür nutzen, dass Ihre Kollegen in Berlin das auch so sehen, wie Sie es hier gerade eingeräumt haben.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Vielen Dank, dass Sie mir jugendliche Kraft zusprechen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Charmanter Lügner! - Zuruf Sandra Redmann [SPD] - Heiterkeit)

Ich sage überhaupt nicht, dass wir einzig und allein vor der Alternative stehen: Erdöl aus Saudi-Arabien oder Erdöl aus dem Wattenmeer. Aber über 50 % des Erdöls, das wir in Deutschland verbrauchen, stammt im Moment von der Mittelplate.

Wir verabschieden hier einstimmig im Landtag, dass wir Fracking ablehnen. Fracking dient auch dem Fördern von Öl. Das lehnen wir ab, da sind wir

**(Lukas Kilian)**

alle einer Meinung. Wir müssen aber diese Debatten und die Klimadebatten ehrlich führen und uns ganz genau anschauen: Wo können wir vielleicht etwas gut? Nur, weil es vielleicht gerade politisch modern ist, sich hinzustellen und ein Unternehmen, das 30 Jahre dort störungsfrei arbeitet, anzupatzen, ist auch keine verantwortungsvolle Politik.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Wir sollten ein Gesamtkonzept haben. Ich freue mich, dass Sie mit mir gemeinsam darüber nachdenken wollen, das ist doch schon einmal schön. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion nutzt der Abgeordnete Volker Schnurrbusch die restliche Redezeit.

(Christopher Vogt [FDP]: Mensch, Schnurri!)

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

„Macht den Wirtschaftsflügel stark“, sage ich nur. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich hätte nie gedacht, dass ich mich einmal über eine Äußerung von Ihnen freuen würde; das kommt ja nicht so oft vor. Sie haben eben selbst zugegeben - das finde ich toll -, dass wir auch in Zukunft auf fossile Brennstoffe angewiesen sein werden, egal, wie wir die Energie- wende jemals hinbekommen. Das ist richtig und realistisch, und Realismus tut uns allen gut, über Parteilinien hinweg.

Wir fördern in der Mittelplate - Herr Kilian hat es eben erwähnt - seit über 30 Jahren Erdöl, 1,1 Millionen t pro Jahr. Das ist eine ganze Menge. Das ist mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Gesamtproduktion, und es ist übrigens auch deutlich mehr, als wir aus Saudi-Arabien beziehen; auch das ist ein ganz wichtiger Faktor.

Das Fördergebiet genießt Bestandsschutz, denn es wurde genehmigt, bevor der Nationalpark im Jahr 1985 entstanden ist. Die Berechtigung wurde um 30 Jahre verlängert, auch das haben wir schon gehört. Das war eine richtige Entscheidung, wenn wir die wirtschaftliche Bedeutung für unser Bundesland, speziell für die Westküste, berücksichtigen. Die Förderung im Wattenmeer ist von Beginn an bis heute betriebssicher, ohne jeden Schaden für die Umwelt verlaufen.

Daher verbietet sich aus unserer Sicht jeder Alar- mismus, und es spricht nichts gegen eine Erweiterung der Förderung durch eine neue, horizontale Bohrung. Wie gesagt, wir reden über eine Bohrung oder Erweiterung der Förderung in einer Tiefe von 2.000 bis 3.000 m. Wir müssen ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Die Leute, die von einem Verbot der weiteren Förderung sprechen, vermitteln den Eindruck, dass da irgendwie die Umwelt geschädigt werde. Wir reden über hohe Tiefen, hohe Betriebssicherheit und eine hohe Verantwortlichkeit von Wintershall Dea, die sie in den letzten 30 Jahren unter Beweis gestellt hat.

(Beifall AfD)

Deswegen fand ich es sehr unglücklich - Herr Minister, jetzt bin ich wieder bei der Kritik, tut mir leid, Sie haben im Umweltausschuss ja ihre persönliche Meinung zum Besten gegeben -, dass Sie nichts davon halten, dass die Bohrpläne erweitert werden. Sie haben sich auf das Nationalparkgesetz bezogen. Es ist klar, dass das schwer miteinander vereinbar ist. Aber wir haben die Bestandsgarantie, und wir haben eine hohe Sicherheit.

Letztlich - auch das ist gesagt worden, und darauf kommt es an - sind nicht wir am Zuge, sondern die Entscheidung liegt beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie. Dort ist zum Glück ein politisch neutrales Genehmigungsverfahren anhängig, das wissenschaftliche Standards zu berücksichtigen hat.

Die Mittelplate ist das förderstärkste Erdölfeld in Deutschland. Ebenso unstrittig ist, dass Erdöl und Erdgas auch in den kommenden Jahrzehnten benötigt werden, wenn wir unsere Industrie und unseren Wohlstand erhalten wollen. Der Kampf gegen fossile Brennstoffe ist unsinnig. Damit sägen wir an dem Ast, auf dem wir alle sitzen, übrigens auch die Kritiker. Deutschland braucht einen vernünftigen Energiemix, und dazu gehören zwingend Gas aus Russland, Öl aus Norwegen, aus Großbritannien und aus unserer eigenen Mittelplate. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Kilian, Sie haben eben über

(Thomas Hölck)

den Einsatz von Erdöl bei Kleidung gesprochen. Da habe ich mich gefragt, was Sie machen, wenn Erdöl alle ist: Kommen Sie hier im Fell an, oder sind Sie quasi nackt?

(Zurufe)

- Das ist auf keinen Fall das Fell vom Wolf, den wollen wir ja schützen.

(Lukas Kilian [CDU]: Ich würde Ihnen meine Klamotten geben!)

Auch Ihnen sollte klar sein, dass die Erdölreserven endlich sind und wir uns heute auf den Weg machen müssen, für Ersatzausgangsstoffe für die Industrie zu sorgen. Man muss Technologieforschung betreiben, um synthetisches Erdöl für die Massenproduktion herstellen zu können.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hanfanbau!)

Wir müssen darüber nachdenken, wie man eine Industriewende hinbekommt, weil die Ausgangsstoffe irgendwann nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Die Raffinerie in Heide produziert jetzt noch Diesel und Heizöl für Ölheizungen, die wir eigentlich nicht mehr haben wollen, die wir 2026 verbieten wollen. Das heißt, dort wird es eine Umstellung geben. Deshalb kann man nicht mehr den Hype aufmachen, dass wir Erdöl für die nächsten Jahrzehnte so einsetzen wie in der Vergangenheit, weil es klimapolitisch nicht sinnvoll ist, weil es auch industriepolitisch nicht sinnvoll ist.

Der Kollege Kumbartzky wollte mich wohl nicht richtig verstehen - es gibt die Konzession bis 2041, und solange dort Öl vorhanden ist und gefördert wird, kann man das nicht verbieten. Wir wollen aber nicht, dass 2041, neun Jahre vor Erreichen der Klimaschutzziele, noch weiter Öl gefördert wird. Deshalb sind wir dagegen. - Danke schön.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

**Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal kurz gemeldet, weil es mir als jüngstem Abgeordneten fast surreal vorkommt, dass wir in diesem Haus im Jahr 2019 darüber diskutieren, ob es einen menschengemachten Klimawandel gibt oder nicht. Das kann

keine Debatte mehr sein, das darf keine Debatte mehr sein.

(Beifall CDU)

Mir ist wichtig, noch einmal zwei Dinge anzusprechen. Erstens. Heute wurde nicht nur der menschengemachte Klimawandel von den Kollegen der AfD infrage gestellt, sondern auch die Sinnhaftigkeit des Küstenschutzes. Herr Nobis, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie vorhin über die Klimadeiche hergezogen und die Frage gestellt, ob wir noch in Klimadeiche investieren sollen. Das muss man als einen Angriff auf die Lebenssicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land verstehen. Das kann tatsächlich nicht sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Zweitens. Jetzt rede ich als wirtschaftspolitischer Sprecher: Sich hinzustellen und zu behaupten, die Energiewende und das Ziel einer möglichst emissionsfreien Industrie in Deutschland stünden unserer Industriekraft entgegen, ist so etwas von gestrig und rückwärtsgewandt. Auch damit gefährdet man die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland und des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Das kann nicht sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Landesregierung orientiert sich seit Jahren an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unserer Industrie, damit wir auch in Zukunft Steuereinnahmen im Land haben, damit wir auch in Zukunft als Standort Deutschland noch das haben, was uns ausmacht, die Technologieführerschaft, die Innovationsfähigkeit, damit wir weiter exportieren können, womit wir Geld machen und Arbeitsplätze schaffen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Mit Solar- und Windenergie?)

Das dürfen wir nicht infrage stellen, das muss der Kern unserer wirtschaftspolitischen Arbeit im Land sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Kollege Hölck, am Ende noch eine Anmerkung zu Ihnen, zur Frage der Vergleichbarkeit der Klimafolgenabschätzung mit dem Vergaberecht. Ich finde, das passt nicht zusammen. Sie können gern kritisieren, dass wir das Vergaberecht angepasst haben, dazu haben Sie jedes Recht. Sich deswegen allerdings kritisch über die Klimafolgenabschätzung bei Kabinettsbeschlüssen zu äußern, macht keinen Sinn. Es

**(Joschka Knuth)**

ist ein richtiger und wichtiger Schritt, dass wir über die Vergabe hinaus bei allem, was wir als Landesregierung in Zukunft machen, eine Klimafolgenabschätzung vornehmen. Das ist ein richtig wichtiger, richtig guter und richtig starker Schritt, über den ich sehr froh bin. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg eine kleine Anmerkung zum Geblubber der AfD, was die Frage der Regelungswut bei uns anbelangt. Wir leben zum Glück in einem gut organisierten, demokratischen Staat, aber bei der Düngeverordnung muss ich feststellen: Alle Länder um uns herum - Polen, Dänemark, Frankreich oder Holland - haben das in den letzten 30 Jahren umgesetzt, und bei uns ist das auf der Strecke geblieben. Also verbreiten Sie da bitte nicht immer solch eine Mär!

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Zur SPD und zu den Fragen rund um das Erdöl aus dem Nationalpark! Wir als Grüne haben uns bereits in der letzten Regierung - um uns noch einmal ganz klar zu positionieren - dafür eingesetzt, dass wir den maximal möglichen Förderzins erheben. Daran muss man erinnern. Wir hatten da einen Wirtschaftsminister, der gut mit dem Fuß auf den Boden stampfen konnte. Minister Habeck hat damals durchgesetzt, dass es nicht zu Explorationsbohrungen für weitere Ölfelder gekommen ist.

(Zurufe SPD)

Sie kennen alle das unsägliche Bergrecht.

(Zurufe SPD)

Wenn ich dann daran denke, dass wir als Grüne auf Bundesebene gegen zwei Große Koalitionen, in denen Sie drin waren, ankämpfen mussten und nicht durchsetzen konnten, dass das Bergrecht endlich reformiert wird, ist klar, wo Sie wirklich nacharbeiten sollten.

Ich komme jetzt noch einmal zu Ihrem Ölheizungsantrag; der wird auch dadurch, wie Sie ihn jetzt neu aufgelegt haben, nicht besser. Klar: Es ist eine riesige Herausforderung, die Ziele zu erreichen und einen Anteil von 22 % bei den Erneuerbaren Energi-

en im Jahr 2025 im Bereich der Wärme zu schaffen. Das zeigt, wie lange wir hier im Grunde einen falschen Rahmen hatten. Dänemark - vergleichbar in der Struktur - hat bereits einen Anteil von über 60 % erneuerbaren Energien in dem Bereich. Weitere Förderung von Ölheizungen zu fordern, geht einfach in die falsche Richtung.

Wir müssen umsteuern, was den regulatorischen Rahmen anbelangt: CO<sub>2</sub>-Steuer, dann wieder Klimageld für die Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen neben KfW-Förderungen steuerliche Entlastung. Wir brauchen - da müssen Ihre Anträge wirklich einmal differenzierter werden; Flemming Meyer hat darauf hingewiesen - gerade durch kommunale Mitwirkung im ländlichen Raum zum Beispiel Hybridlösungen, um nur ein Stichwort zum Umsetzen zu nennen.

Die Herausforderungen sind riesig. Das ist uns bekannt, aber da kann man nicht einfach sagen: Wir fördern wieder Erdöl bei einem Anteil von 18 % Erdölheizungen. Wir haben auch noch fossile Energieträger im Bereich Gas; über 50 % der Wärme hängt davon ab. Von daher brauchen Haushalte und Wirtschaft klare Signale. Das klare Signal heißt: Wir müssen da aussteigen. Wir brauchen Daten, ab wann jenseits von Hybridheizungen und nicht fossilen Power-to-X-Ölen nicht mehr fossil geheizt werden sollte. Dafür muss eine Verlässlichkeit her. Damit sollten Sie sich mit auf den Weg machen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Knuth, Sie haben eben direkt angesprochen, wir wären gegen Küstenschutzmaßnahmen. Das sind wir natürlich nicht. Ich habe in meiner Rede klargemacht, dass wir nicht bereit sind, in den nächsten 30 Jahren über 1.000 Milliarden € dafür auszugeben, vermeintlich das Klima zu schützen, welches wir hier in Deutschland nicht schützen können.

Wenn Sie unseren Antrag richtig gelesen hätten - was Sie nicht haben -, hätten Sie festgestellt, dass darin steht, dass wir bereit sind, 10 % der Summe, die Sie ausgeben wollen, zu nehmen und in einen Anpassungsfonds zu stecken, sodass wir uns auf die Ereignisse, die vielleicht auf uns zukommen, vorbe-



(Jörg Nobis)

reiten können. Dazu gehört selbstverständlich auch der Küstenschutz. Dazu gehören selbstverständlich auch die Klimaschutzdeiche, wie Sie sie nennen. Wir müssen Deicherhöhungen machen; wir müssen auf das vorbereiten, was da kommt. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, aber wir müssen kein Geld in die Hand nehmen, um den Klimawandel vermeintlich aufzuhalten. Wir machen nicht mit bei diesem ganzen System. Dass alles nur vom CO<sub>2</sub> abhängt, glauben wir in der Tat nicht.

Dann gehen wir noch einmal kurz auf Ihren Antrag ein - den wirklichen Antrag -, den Sie als pragmatisch gefeiert haben. Wenn ich mir das so angucke, steht da nur drin: Wir müssen eigentlich alles, und zwar sollen sämtliche „Regelungsentwürfe ... wie Gesetze, Verordnungen, Vergabe- und Förderrichtlinien“ einer Folgeabschätzung in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Reduktion unterworfen werden. Das heißt nichts anderes, als dass alles, was wir irgendwann zukünftig machen, dem Klimadiktat unterworfen wird. Wir werden zukünftig immer gucken: Ist es CO<sub>2</sub>-neutral? Schadet es, tut es gut, oder wo geht die Reise hin?

Das ist wirklich kein Pragmatismus, das ist der erste Schritt hin zu einer Wirtschaftspolitik, in der alles - jede einzelne Entscheidung - zukünftig von vornherein einem Klimadiktat unterstellt wird.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! Genau das planen wir!)

Das hat mit Pragmatismus nichts zu tun.

Zu Ihrem Antrag mit den Ölheizungen gebe ich nur zu bedenken: Ich bin einer derjenigen, die davon noch profitieren würden. Ich habe in meinem Haus eine ganz alte Ölheizung aus den 90er-Jahren. Das heißt: Sie wollen mir doch bestimmt nichts Gutes tun, wenn Sie dem jetzt zustimmen. Ich würde mich freuen, dann kann ich mir eine neue Heizung auf Steuerzahlerkosten kaufen, aber an Ihrer Stelle würde ich mir das noch einmal überlegen.

(Zuruf FDP: Oder das Öl abdrehen! - Weitere Zurufe - Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eine schöne Debatte geworden, trotz der wahnsinnig irren Anträge, die teilweise auf dem Tisch liegen.

(Sandra Redmann [SPD]: Genau, ihre Anträge!)

- Teilweise irre Anträge. Die sind schon entsprechend kommentiert worden. Ich muss aber auf den Kollegen Knuth eingehen. Sie werden es mir nachsehen; ich bin auch ein Fan der Wirtschaftspolitik und muss da doch einiges klarstellen.

Sie behaupten, dass die Abkehr von fossilen Brennstoffen der Königsweg ist. Für Ihre Partei ist das ja auch bekannt. Dass grüne Energiepolitik die Wirtschaft bereichert, ist nun einmal nachweislich nicht der Fall.

Ich bin deutlich älter als Sie und habe mitbekommen, wie diese tollen Ideen nacheinander weg alle gescheitert sind. Biogas wurde propagiert, dann hieß es plötzlich: Nein, Biogas ist schlecht, weil durch Mais Monokultur entsteht. - Bioethanol wurde propagiert, dann wurde wieder gesagt: Nein, das ist schlecht, weil dann in Brasilien Monokulturen entstehen, die haben Zuckerrohr angepflanzt statt toller Bäume. - Dann ging es um das Palmöl in Indonesien. - Das sind alles grüne Ideen gewesen, die nicht durchdacht worden sind. Das ist heute wieder genau dasselbe.

Sie haben uns schon vor x Jahren versprochen, dass Deutschland von den regenerativen Energien profitieren würde. Die Solarenergiebranche ist im Eimer, die ist bankrott;

(Zuruf)

die ist nach China gewandert. Frau von Kalben, erzählen Sie doch nicht solche Geschichten! Wir haben hier nichts mehr.

(Sandra Redmann [SPD]: Wir haben hier gar nichts mehr! - Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Windenergie ist doch gestoppt worden. Da ist doch auch nichts mehr; da passiert doch nichts mehr.

Ich bin dem Minister - der ist jetzt leider nicht mehr da - wirklich dankbar, dass er sagt: Wir brauchen eben alles. - Darüber, dass wir in Schleswig-Holstein alle Energieformen brauchen, sollten wir uns hier im Haus - überwiegend unter Fachleuten, sage ich jetzt einmal - einig sein.

(Wortmeldung Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Bevor ich Ihre Wortmeldung gern zulasse - -

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das entscheide immer noch ich.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Schleswig-Holstein ist nun einmal nicht das typische Industrieland. Ich komme aus einem Industrieland; ich komme aus Leverkusen. Da kann ich Ihnen sagen, wie das funktioniert.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber Leverkusen ist kein Land! - Heiterkeit - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Aber vom Wirtschaftlichen her!)

- Ja, es ist aber von der wirtschaftlichen Bedeutung her wahrscheinlich so groß wie Schleswig-Holstein.

(Zurufe)

Wir müssen eines klar sagen: Wir sind ein landwirtschaftlich geprägtes Land. Wir haben einen Überschuss an Windenergie. Es ist gut, dass wir den nutzen. Wir reden morgen über Wasserstoff; da bin ich gern dabei. Wir sind hier aber nicht das typische Industrieland. Wir können nicht so tun, als würde uns die Energiewende hier massig neue Arbeitsplätze in der Industrie bescheren.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, zum einen ist der Herr Minister die ganze Zeit anwesend.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Zum anderen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Knuth?

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Ja, sehr gerne.

**Joschka Knuth** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Schnurrbusch. - Sie haben gerade gesagt, Deutschland würde von der Erneuerbare-Energien-Wirtschaft nicht profitieren. Stellen Sie also auch infrage, dass wir von den über 300.000 Arbeitsplätzen im Sektor der Erneuerbaren Energien mit 17 Milliarden € Wertschöpfung für Deutschland profitieren?

- Das stelle ich überhaupt nicht infrage. Ich habe nur gesagt, dass die großen Hoffnungen, die uns immer gemacht worden sind, nicht eingetreten sind.

Wir hören hier bei jeder zweiten Sitzung, dass Herr Hölck sagt, wie viele Arbeitsplätze in der Windenergie in Schleswig-Holstein gefährdet sind. Damit hat er auch recht. Herr Hölck, Sie haben da recht; endlich kann ich Ihnen einmal recht geben. So ist es ja auch.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

- Das ist auch nicht schön? - Okay.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Wie man es macht!)

Es ist nicht tragfähig, Herr Knuth. Das will ich damit sagen. Es gibt immer eine tolle Idee. Dann wird etwas gemacht. Dann wird es subventioniert - das darf man auch nicht vergessen; diese Branchen sind noch stark subventioniert worden -, und nach ein paar Jahren geht es irgendwie nach unten. Das ist nicht tragfähig. Herr Kilian hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass wir immer noch von Öl und auch von Gas abhängig sind und sein werden.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Knuth?

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr gerne.

**Joschka Knuth** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich freue mich, dass wir uns schon einmal darin einig sind, dass wir von der Erneuerbare-Energien-Wirtschaft im Land und im Bund profitieren. - Was die Windenergie angeht: Meinen Sie nicht auch, dass eine Ursache für den Rückgang der Arbeitsplätze ist, dass wir eine fehlgeleitete Wirtschaftspolitik und Erneuerbare-Energien-Wirtschaftspolitik auf der Bundesebene haben?

- Da würde ich nicht mitgehen. Da liegen wir ein bisschen auseinander. Das hat mit der Politik nicht so viel zu tun, denn die Politik nimmt die Sorgen der Bürger ernst. Wenn Sie einmal in unser Wahlprogramm gucken - das werden Sie wahrscheinlich nicht machen -, stellen Sie fest, dass wir gesagt haben: Wir sind durchaus für Windenergie, aber wir müssen den Bürger mitnehmen. - Wenn die Bürger dann massenweise auf die Straßen gehen und sagen: „Wir wollen das nicht so nah an unseren Häusern dran haben“, muss die Politik reagieren. Das hat sie getan; das finden wir richtig.

(Beifall AfD)

(Volker Schnurrbusch)

Ich habe noch 40 Sekunden. Dann darf ich den Herrn Minister noch ganz kurz kommentieren. Sie hatten eben gesagt, Herr Minister, dass Sie es für nicht gegeben oder unsinnig halten, alle Bodenschätze, die man zur Verfügung hat, zu nutzen. Ich halte eine solche Aussage für absurd. Ich habe auch der Presse gegenüber schon darauf hingewiesen, dass Norwegen genau das tut. Norwegen ist ein Energiewendeland - wie Sie wissen. Dort gibt es tolle hydroelektrische Energie, sie subventionieren die E-Mobilität, und trotzdem erschließen sie natürlich auch ihre Ölreserven - und zwar immer wieder neue. Davon profitiert das ganze Land. Norwegen ist deshalb eines der reichsten Länder der Welt, weil sie dort Öl fördern und die Einnahmen daraus vernünftig an die Bürgerinnen und Bürger verteilen. Das ist also kein Widerspruch.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Sandra Redmann.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, ich bin ein wenig überrascht. Ich hatte eigentlich gehofft, dass wir hier alle gemeinsam, egal welche Fraktion - bis auf die AfD -, uns ganz klar dazu äußern, dass wir hoffen, dass dem Antrag von Wintershall Dea auf Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer nicht stattgegeben wird.

(Beifall Kerstin Metzner [SPD])

Ich dachte, das eint uns hier im Haus alle.

Ich habe auch angenommen, dass das bei der Diskussion zum Volksbegehren zum Schutz von Wasser der Punkt ist, der für uns im Vordergrund steht. Das war meine Annahme.

Ich stelle jetzt hier nach dieser Diskussion fest

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- ich lasse keine Zwischenfragen zu -, dass CDU und FDP sich hier heute für eine weitere - und man muss einen Antrag richtig lesen -, also zusätzliche Ölförderung

(Christopher Vogt [FDP]: Nee!)

- doch, so heißt es hier bei uns im Antrag; immer richtig lesen! - im Nationalpark Wattenmeer aussprechen.

(Wortmeldung Lukas Kilian [CDU])

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu. - Das ist die Aussage - das ist ja protokolliert worden -, die heute ganz klar geäußert wurde.

Ich stelle weiter fest, dass der Umweltminister im Umwelt- und Agrarausschuss eine andere Bewertung vorgenommen hat. Ich hoffe zutiefst, dass ich den Minister da nicht falsch verstanden habe. Das war mein Eindruck.

Ob Sie sich nun uneins sind, FDP, CDU und Grüne, ist mir völlig egal. Ich finde es nur erstaunlich, dass wir in einer Zeit, in der wir über Fridays for Future und das Volksbegehren zum Schutz von Wasser sprechen, im Schleswig-Holsteinischen Landtag tatsächlich so eine Bewertung von zwei Fraktionen zum Thema weitere Ölförderung im Wattenmeer haben. Es geht um das Wattenmeer!

Zu der AfD kann ich nur eins feststellen: Sie hat heute hier erklärt, Sie sei gegen den Küstenschutz in Schleswig-Holstein. Insofern war das hier heute eine sehr aufschlussreiche Debatte. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Vielen Dank, liebe Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal zu Frau Redmann. Der Förderantrag, der vorliegt, wird zunächst einmal juristisch geprüft, beantwortet und danach genehmigt oder nicht genehmigt - nicht politisch. Das kurz dazu.

Ansonsten hatte ich mich kurz aufgrund des Redebeitrages von Herrn Nobis zu Wort gemeldet. „CO<sub>2</sub>, da machen wir nicht mit“, sagen Sie. Sie wissen sicherlich aber auch, das CO<sub>2</sub> nur eins von den Molekülen ist, die klimaaktiv wirken können. Mich würde interessieren: Machen Sie beim Methan mit, machen Sie beim Methan nicht mit? Machen Sie bei Di-Stickoxid mit oder nicht mit - bei Ihnen vielleicht besser bekannt als Lachgas; das könnten Sie auch einmal häufiger nutzen -, oder wie ist es mit Fluorwasserstoffen? Diese sind deutlich klimaschädlicher, teilweise ist ein Fluorwasserstoff 1000-fach aktiver als CO<sub>2</sub>.

Sie sagen aber zum Thema Klimaschutz - Entschuldigung, Deichschutz; das ist bei Ihnen natürlich kein Klimaschutz -, Sie sähen, dass es da Folgen gebe, die auf uns zukämen und mit denen Sie um-

**(Dennys Bornhöft)**

gehen wollten. Sie sagen also selber: Wir müssen mit den Folgen, die auf uns zukommen, umgehen! - Das bedeutet, Sie sehen die Welle, die auf Sie zurollt, fragen sich aber nicht oder haben keine Ahnung, woher diese Welle kommt. Ich glaube nicht, dass das etwas mit Pragmatismus zu tun hat - wie Sie das selber gesagt haben -, sondern das ist Fatalismus. Sie agieren politisch wie die Lemminge, die von der Klippe springen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Wir kommen erstens zur Abstimmung zum Antrag zu a), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1623 (neu). Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1623 (neu) dem Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist somit abgelehnt.

Dann lasse ich nun in der Sache abstimmen. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1623 (neu) gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW und mit den Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und der AfD-Fraktion abgelehnt.

Zweitens kommen wir zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1789. Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Drittens kommen wir zur Abstimmung zu c), Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1792. Es ist beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 19/1792 dem Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Jörg Nobis [AfD]: In den Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Umwelt- und Agrarausschuss!)

- Es ist beantragt worden, die Drucksache 19/1792 dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem

Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Es ist nunmehr beantragt, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? -

(Heiterkeit und Zurufe)

Soll ich das noch einmal machen? - Ja, gut: Es ist nunmehr beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1792 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Abgeordneten des SSW, der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und der AfD-Fraktion abgelehnt.

Viertens, die Abstimmung zu d), Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1802, und Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1821. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1802 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1821 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist somit abgelehnt.

Ich lasse nun in der Sache abstimmen. Zunächst stimmen wir über den Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1821, ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Alternativantrag, Drucksache 19/1821, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW mit den Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein sowie der AfD-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1802, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag in der Drucksache 19/1802 mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und der AfD-Fraktion angenommen.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Bevor wir in die Mittagspause starten, möchte ich darauf hinweisen, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer sich darauf geeinigt haben, die Tagesordnungspunkte 30 und 47 in die Dezember-Tagung zu verschieben.

Ich unterbreche die Sitzung und wünsche allen eine schöne Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:59 bis 15:03 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Nachmittagsitzung. Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Grüne Damen und Herren aus Schleswig-Holstein. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie auch unseren ehemaligen Kollegen und meinen Amtsvorgänger, Herrn Martin Kayenburg. - Herzlich willkommen, Herr Kayenburg!

(Beifall)

Einen besonders herzlichen Gruß auch an die Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

**Gemeinsam für ein starkes und geschütztes jüdisches Leben in Schleswig-Holstein einsetzen**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/1798 (neu)

**Jüdisches Leben und jüdische Kultur in Schleswig-Holstein schützen und bewahren**

Alternativantrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/1820

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

**Tobias von der Heide [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Vertreter der jüdischen Landes-

verbände! Ich freue mich sehr, dass Sie zu dieser Debatte in den Landtag gekommen sind.

Am vergangenen Wochenende haben wir am 9. November an die Reichspogromnacht erinnert, einer der dunkelsten Tage der deutschen Geschichte. Der 9. November 1938 ist auch ein Teil der schleswig-holsteinischen Geschichte. Damals gegen 3:00 Uhr morgens versammelten sich hier in Kiel auf dem damaligen Adolf-Hitler-Platz, dem heutigen Rathausplatz, SA- und SS-Männer und Parteimitglieder. Wer noch in Uniform war, erhielt im Rathaus zur Tarnung Bürojacken. Dann ging es auf Lastwagen mit Benzinkanistern zur Synagoge in der Goethestraße, Ecke Humboldtstraße. Im Inneren wurden Tische und Stühle zertrümmert und Scheiben eingeschlagen. Dann wurde mit Benzin und Sprengstoff Feuer gelegt. Erst nach der Detonation wurde der Feuerwehr gestattet, den Brand zu bekämpfen. Im Brandbericht der Feuerwehr stand dann wider besseren Wissens, mutmaßliche Entstehungsursache der Brände seien unbekannte Ursachen.

Ähnliches trug sich auch in Lübeck, Bad Segeberg, Elmshorn, Rendsburg, Flensburg, Friedrichstadt, Kappeln und Satrup zu. Die Ereignisse in dieser Nacht bilden - wie wir alle wissen - die Grundlage einer darauf aufbauenden Geschichte an nicht zu übertreffender Grausamkeit gegen die Menschlichkeit. Es ist oft am 9. November in Reden zu hören, dass wir sagen: Nie wieder! Nie wieder Antisemitismus! Nie wieder Rassismus! Nie wieder Gewalt gegen Juden und jüdische Einrichtungen! Nie wieder!

Gerade deshalb rütteln uns - zumindest mich - die Ereignisse in Halle so wach, denn es werden wieder Waffen gegen jüdische Einrichtungen in Deutschland erhoben. Wir solidarisieren uns deshalb mit unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, und wir stemmen uns gegen Extremismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt AfD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich bin nach dem Tag des Anschlags selbst in beiden jüdischen Gemeinden gewesen. Als ich an der Tür einer Gemeinde geklingelt habe, war man sich unsicher, ob man mir öffnen sollte. Ein Gemeindeglied sagte zu mir: Wir leben in unsicheren Zeiten. Auch bei uns in Schleswig-Holstein sind die jüdischen Gemeinden verunsichert, und unser Innenminister und unsere Kultusministerin arbeiten eng

**(Tobias von der Heide)**

zusammen, damit wir sicherstellen, dass Menschen jüdischen Glaubens sich bei uns in Schleswig-Holstein sicher fühlen und offen ihren Glauben ausleben können. Dafür wollen wir uns einsetzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt AfD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wir wollen deshalb, und das ist auch Teil des Antrags, den wir hier diskutieren, die Sicherheitsmaßnahmen an den Einrichtungen noch einmal überprüfen. Ich glaube, wir können heute schon versprechen, dass wir das notwendige Geld in die Hand nehmen werden, um dieses Ziel zu erreichen, dass Sicherheit für die jüdischen Gemeinden bei uns in Schleswig-Holstein bestehen wird.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Antisemitismus, und ich glaube, wir haben sehr viele Beispiele, wo Menschen sich schon heute engagieren. Wir haben am 9. November erlebt, dass Stolpersteine gereinigt wurden. Wir haben in Bad Segeberg eine sehr große Demonstration gegen Antisemitismus und gegen Rassismus mit 1.500 Menschen als sehr deutliches Signal gehabt. Die Kirche hat ihren Reformationstag unter das Thema Versöhnung gestellt und dort auch jüdische Gemeinden eingeladen. Ich glaube, es waren sehr viele Menschen. Ehrlicherweise nehmen an solchen Veranstaltungen oft auch die - in Anführungszeichen - Bekehrten teil. Wir müssen auch überlegen: Wie erreichen wir die, die sich nicht immer für dieses Thema interessieren? Aber ich glaube, wir haben heute in Schleswig-Holstein ein großes öffentliches Engagement zu diesem Thema.

Ich finde, dass wir hier im Landtag, aber auch die Landesregierung selbst, nicht untätig waren. Wir haben in dieser Legislaturperiode, aber auch davor, viele Maßnahmen ergriffen. Wir haben einen neuen Staatsvertrag mit den jüdischen Landesverbänden vereinbart. Wir haben Investitionsmittel aufgestockt. Ich habe vorhin von 1938 berichtet. Ich finde, es ist ein so wichtiges Signal, dass wir eine neue jüdische Synagoge in Kiel bekommen werden und damit einen Ort, der sichtbar ist und der - ich hoffe - ein Ort der jüdischen Begegnung hier in der Landeshauptstadt wird. Das ist ein sehr wichtiges Signal, das wir an dieser Stelle setzen.

(Beifall CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt AfD)

An diesen Punkten wollen wir weitermachen. Wir freuen uns auch, dass der Landesbeauftragte für politische Bildung Antisemitismus immer wieder in Veranstaltungen thematisiert. Ich wünsche mir, dass das in der Zukunft noch mehr der Fall sein wird.

Ich freue mich auch sehr darüber, dass wir die Fachanforderungen zu dieser Frage noch einmal überprüfen werden, um gucken zu können: Was können wir auch im Schulunterricht zu diesem Thema leisten? Ich freue mich auch, dass wir uns vorgenommen haben, einen Beauftragten für das jüdische Leben und gegen Antisemitismus hier in Schleswig-Holstein einzurichten. Es wird ein zentraler Ansprechpartner, den wir gut an dieser Stelle brauchen können. Ich glaube, das ist eine sehr kluge Maßnahme. Andere Bundesländer haben dies auch, und ich freue mich sehr darüber, dass diese Initiativen gestartet sind.

Zum Abschluss möchte ich sagen: Nie wieder! - Danke sehr.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Es läuft etwas falsch in Deutschland. Fast immer, wenn sich Politik und Gesellschaft öffentlich mit dem Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland befassen, ist der unmittelbare Anlass ein schlimmes Ereignis, diesmal der Terroranschlag von Halle.

Das letzte Jahr um diese Zeit war eine rühmliche Ausnahme; da gab es den Staatsvertrag mit den jüdischen Gemeinden. Dafür kann ich von dieser Stelle aus die Landesregierung einmal ausdrücklich loben.

Antisemitismus ist immer abscheulich, aber nirgendwo auf der Welt so sehr wie im Land der Schoah. Hätte jemand 1949 bei der Erarbeitung des Grundgesetzes eine jüdische Einwanderung nach Deutschland als Möglichkeit erwogen, wäre das wohl als grausamer Zynismus verstanden worden.

Und doch ist im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion eine Einwanderungswelle sowjetischer Juden nicht nach Israel und nicht in die USA, sondern nach Deutschland gegangen. Rund 220.000 Juden haben in diesen Jahren den Weg nach Deutschland gefun-

(Martin Habersaat)

den. Nicht alle waren religiös engagiert. Aber diese Einwanderung hat die Existenz vieler bestehender jüdischer Gemeinden gesichert und die Voraussetzungen für das Entstehen neuer Gemeinden geschaffen.

Und heute? - Nicht nur wegen Halle, sondern auch wegen der zunehmenden Straflosigkeit, mit der antisemitische Äußerungen an Boden gewinnen, sagen viele Juden, sie würden sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlen. Mit anderen Worten: Deutschland ist dabei, aufs Spiel zu setzen, was in den Nachkriegsjahrzehnten mühsam aufgebaut worden ist.

Deshalb ist es gut, dass der Landtag heute mit sehr breiter Mehrheit ein Signal an unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aussendet. Und es ist auch gut, dass Sie dort oben auf der Tribüne heute hier sind.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass es ein Allheilmittel gegen Antisemitismus geben könne. Politische Bildung spielt sicher eine zentrale Rolle, aber sie wird nicht jeden Einzelnen daran hindern, die Juden oder wahlweise jede andere gesellschaftliche Gruppe für seine persönlichen Probleme oder für das, was er als gesellschaftliche Missstände ansieht, verantwortlich zu machen.

Was man aber tun kann, ist, die Verbreitung menschenfeindlicher Propaganda so weit wie möglich zu behindern. Es ist kein Zufall, dass die Massenmörder des Jugendlagers von Oslo und der Moscheen in Christchurch ebenso wie der Attentäter von Halle Internetkameras mit sich führten und Erklärungen ins Netz stellten. Deshalb verlangen wir von den Großunternehmen, die sehr viel Geld damit verdienen, dass sie Plattformen bereitstellen und soziale Medien anbieten, dass sie sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stärker als bisher stellen.

(Starker Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Es müssen Ressourcen dafür geschaffen werden, entsprechende Inhalte so schnell wie möglich zu identifizieren und zu löschen und gegebenenfalls auch die Accounts von Usern zu löschen, die solche Inhalte einstellen und verbreiten. Es muss klar sein: Bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit findet die Meinungs- und Redefreiheit ihr Ende.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist es nicht weit zur AfD. Deswegen noch ein Wort zu Ihrem Antrag. Es bleibt dabei, was viele Jüdinnen und Juden zur AfD erklärt haben: „Diese Alternative ist nicht koscher.“ Nicht einmal bei diesem Anlass konnte es sich die AfD verkneifen, einen Rundumschlag zu machen, bei dem der völkische und rechtsradikale Antisemitismus mit arabisch-islamistischem und linksradikalem Antisemitismus über einen Leisten geschlagen wird.

Ich kann nur sagen: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür. Sie dulden in Ihrer Partei Leute wie den sächsischen Landtagsabgeordneten Ulbrich, der ein versuchtes Tötungsdelikt an den Besuchern der Synagoge leugnete und nur von Sachbeschädigung wegen der beschädigten Synagogentür sprach.

Und der AfD-Bundestagsabgeordnete Brandner wusste nichts Besseres zu tun, als zu fragen, warum „Politiker mit Kerzen in Moscheen und Synagogen rumlungern“. Seine Quittung dafür hat er ja gestern bekommen. Er war in der Geschichte der Bundesrepublik der erste Ausschussvorsitzende, der vom Bundestag abgewählt wurde. Gut so!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und SSW)

Solange solche Politiker in Ihrer Partei Führungsaufgaben wahrnehmen und Mandatsträger sind, die Sie präsentieren, brauchen wir von Ihnen keinerlei Belehrungen über die Gefahren muslimischer Judenfeindlichkeit.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir als Parlament in Zukunft häufiger Gelegenheit haben werden, uns mit dem jüdischen Leben in Schleswig-Holstein zu befassen, ohne dass dieses Thema durch Verbrechen auf die Tagesordnung gesetzt würde. Die Einweihung einer neuen Synagoge in Kiel scheint mir eine gute Gelegenheit zu sein.

Ich freue mich, dass wir dem gemeinsamen Antrag mit großer Mehrheit zustimmen werden, und danke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Vor dem Hintergrund der Geschichte unseres

**(Eka von Kalben)**

Landes mit all dem Wissen im Gepäck stehen wir heute hier in Deutschland im Jahr 2019 und halten es für unerlässlich, uns für den Schutz jüdischen Lebens einzusetzen, halten es für nötig, uns unmissverständlich gegen Antisemitismus zu positionieren. Es ist schier unfassbar, dass dieses Zeichen in unserem Land überhaupt vonnöten ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Die grausame Tat von Halle hat viele Menschen wachgerüttelt, hat sie schockiert. Aber gleichzeitig hat sie auch bestätigt; denn Antisemitismus ist nicht, wie manche vielleicht glauben, 1945 in den Winterschlaf gegangen und nun plötzlich wieder aufgetaucht. Antisemitismus war immer und zunehmend die Lebensrealität der Betroffenen, nicht nur in Halle, sondern in ganz Deutschland, auch hier in Schleswig-Holstein. Er reicht von Beleidigungen über Ausgrenzung bis hin zu Gewalt.

Ich habe ein Beispiel. Seit etwa einem Jahr stehe ich in Kontakt mit einer Familie aus Schleswig-Holstein, mit der Familie Gottschalk, die während des Holocaust viele Mitglieder ihrer Familie verloren hat. Diese Familie hat sich gegen Antisemitismus engagiert. Aufgrund ihres Engagements bekam sie einen Brief, in dem Jüdinnen und Juden - ich zitiere - als „Köterrasse“ beschimpft wurden.

Frau Gottschalk hat Anzeige erstattet und recht bekommen. Das ist gut so. Jede antisemitische, jede rassistische und jede rechtsextremistische Tat muss rechtsstaatliche Konsequenzen haben und bestraft werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich glaube, wir sind uns einig: Für „Wehret den Anfängen“ ist es inzwischen in Deutschland zu spät.

Wir haben eine historische Verantwortung, und zwar unabhängig von unserem Geburtsdatum. Die grausame Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden während des Holocaust ist beispiellos. Deshalb kann Antisemitismus auch nicht allgemein unter Fremdenhass subsumiert werden.

Aber - auch das verdeutlicht die Tat von Halle - Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus gehen Hand in Hand. Sie versuchen, Menschen aus unserer Gesellschaft auszugrenzen. Sie sind eine Gefahr für Leib und Leben vieler Individuen und eine Bedrohung unserer demokratischen Gesellschaft im Gesamten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Genauso wie in den 30er-Jahren sind es auch jetzt wieder rechtspopulistische und antidemokratische Parteien, die Ängste und Hass im Land schüren, die einzelne Gruppen unserer Gesellschaft gegeneinander aufhetzen, deren Hetze zu Morddrohungen und Gewalttaten führt.

Genau deshalb ist der Antrag der AfD zu diesem Thema scheinheilig. Wenn Sie in dem Antrag extremistische und antisemitische Ansichten als Problem ansehen, dann verlassen Sie Ihre Partei, die genau diese Ansichten schürt und deckt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir fordern null Toleranz gegenüber Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus, und das erwarten wir auch von allen anderen demokratischen Parteien. Es ist gut, dass wir in vielen Fragen hier im Haus unterschiedlicher Auffassung sind und in unserer politischen Arbeit unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Das Ringen um gute Kompromisse bedeutet auch, Teil einer Demokratie zu sein. Aber an dieser Stelle müssen Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen. Wir dürfen nicht nachgeben, keinen Fußbreit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Deshalb - schönen Gruß nach Thüringen - darf es für eine demokratische Partei keine Option sein, mit einer antidemokratischen Partei Sondierungsgespräche aufzunehmen, geschweige denn zu koalieren. Allein der Gedanke daran ist paradox.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Ich bin froh, dass in dieser Frage alle Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus eng zusammenstehen, und möchte insbesondere unserem CDU-Ministerpräsidenten Daniel Günther in dieser Frage ganz herzlich für seine ausgesprochen klare Haltung danken. Anders wäre Jamaika auch nicht denkbar. - Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.



**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der antisemitische Terroranschlag von Halle hat uns alle fassungslos gemacht. Wir verurteilen diese verabscheuungswürdige Tat auf das Schärfste. Ich will ganz deutlich sagen: Es war kein Amoklauf, wie mehrfach berichtet wurde. Es war ganz klar ein Terroranschlag, weil es ein eindeutiges politisches, ein antisemitisches Motiv gab. Es gab in der Vergangenheit bereits ähnlich gelagerte Terroranschläge im Ausland, wenn man das überhaupt vergleichen kann, in Skandinavien, in Neuseeland - das wurde schon genannt -, auch in Nordamerika und Frankreich.

Am 9. Oktober mussten wir nun erleben, dass so etwas trotz aller Vorkehrungen auch in Deutschland traurige Realität wurde und wir eben nicht davon ausgehen können, dass wir von dieser neuen Dimension des Terrors in Zukunft in Deutschland verschont bleiben werden. Zwei junge Menschen wurden wahllos ermordet, und nur durch die Sicherung der Synagoge konnte ein Massaker unter den Mitgliedern und Gästen der jüdischen Gemeinde verhindert werden.

Auch in Schleswig-Holstein mussten wir es schon erleben, wenn man an die Synagoge in Lübeck denkt. Auch dort steht nicht ohne Grund seit vielen Jahren die Polizei vor der Tür. Auch wenn es schmerzt, dass Synagogen und andere jüdische Einrichtungen in Deutschland im Jahr 2019 immer noch geschützt werden müssen, ist für die Sicherung der Gebäude zu sorgen, damit das Risiko entsprechend minimiert werden kann. Es ist traurig, aber leider notwendig. Deshalb werden wir alles dafür tun.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist, glaube ich, auch heute das Signal. Wir sagen heute erneut ganz klar Ja zu einem aktiven jüdischen Leben in Schleswig-Holstein, das wir gewährleisten und unterstützen. Das beinhaltet nicht nur die Sicherung von Gebäuden oder andere Sicherheitsmaßnahmen. Das beinhaltet den Staatsvertrag von 2018 und die Schaffung einer neuen Beauftragtenstelle. Das können nur einzelne Bausteine sein, die aber alles andere als unbedeutend sind, um das deutlich zu sagen.

Das Wichtigste aus meiner Sicht aber ist: Wir müssen Antisemitismus in allen Bereichen der Gesellschaft konsequent entgegenzutreten und uns viel intensiver mit der Frage beschäftigen, wie und warum sich junge Menschen in unserem Land derart radi-

kalisieren können, dass sie solche Taten vorbereiten und ausführen. Dabei ist die Frage sehr wichtig, was wir gegen das gesellschaftliche Klima tun können, in dem immer offener und schamloser extremistische und antisemitische Gedanken geäußert werden und somit ein Klima geschaffen wird, in dem Anschläge von radikalisierten Menschen zunehmend wahrscheinlicher werden. Es geht dabei auch um die grundsätzliche Frage, wie wir in unserer Gesellschaft miteinander leben wollen, wie wir miteinander umgehen. Wie schaffen wir es, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und den weiter zunehmenden Hass, die Beleidigungen im Netz und die Hetze gegen Andersartigkeit wieder zurückzudrängen?

Besondere Sorge bereitet es mir, wenn diese Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft auftauchen, vor allem, wenn in dieser Mitte Antisemitismus stillschweigend geduldet wird. Damit fängt es ja an, und dadurch droht in breiten Schichten der Gesellschaft, dass es schleichend wieder salonfähig wird. Das ist eine Entwicklung, die mir große Sorge macht und mit der wir uns viel intensiver beschäftigen müssen.

Es gab nach dem Terroranschlag von Halle aus meiner Sicht wieder merkwürdige Diskussionen darüber - der Bundesinnenminister hat diese auch geführt -, dass der Täter ja ein Gamer gewesen sei und das wie ein Spiel aufgezogen hat. Wir kennen diese Diskussion nach Amokläufen, die in Deutschland stattgefunden haben. Aber, meine Damen und Herren, ich halte solche Diskussionen für völlig unsinnig, weil sie vom Kern des Problems ablenken.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Problem war und ist doch nicht, dass dieser Mensch ein Gamer ist, sondern dass er ein Nazi ist. Das ist doch das Problem.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wirklich schlimm fand ich die Äußerungen aus der AfD nach dem Terroranschlag. Die Scheinheiligkeit des geistigen Brandstifters Björn Höcke nach dem Anschlag war wirklich kaum zu ertragen. Genauso schlimm fand ich das Verhalten des Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner, der jetzt völlig zu Recht als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages abgewählt wurde - übrigens ein einmaliger Vorgang in der Parlamentsgeschichte Deutschlands. Aber das war ein völlig richtiger Vorgang; denn so ein Mensch darf in diesem Land eine solch wichtige Funktion, gerade im

**(Christopher Vogt)**

Rechtsausschuss, nicht ausüben. Da muss man das klare Signal senden, und ich würde mich schämen, mit solchen Menschen in einer Partei zu sein.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um es an diesem Tag noch einmal zu sagen: Wir sagen Ja zu jüdischem Leben in Schleswig-Holstein und unterstützen das, wie wir können. Es ist an uns, den staatstragenden Parteien und allen verantwortlichen Bürgern in diesem Land, klarer gegen Hetze aufzutreten, es nicht zuzulassen, dass sich das Fortschreiten der verbalen Entgleisungen irgendwie in die Gesellschaft, in die politische Debatte einschleicht und damit die Grenze des Sagbaren weiter verschoben wird. Wir müssen alle Vorbilder sein, Toleranz vorleben, Intoleranz konsequent begegnen, die politische Bildung und den Austausch in der Gesellschaft stärken, aber eben respektvoll und menschenwürdig. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Am 9. Oktober 2019 hat ein mutmaßlich rechtsradikaler Täter versucht, in die Synagoge einzudringen. Wäre es ihm gelungen, wäre es zu einem Blutbad gekommen; denn drinnen feierte die Gemeinde das Jom-Kippur-Fest. Nur den eigenen Sicherheitsvorkehrungen der Gemeinde ist es zu verdanken, dass das Gott sei Dank verhindert werden konnte. Dass der Täter anschließend wahllos zwei vollkommen unbeteiligte Passanten erschossen hat, zeigt seine ganze Menschenverachtung.

Wenige Tage vorher, am 4. Oktober, hat ein mutmaßlicher Syrer in Berlin den Zaun der neuen Synagoge überwunden und stürmte mit Messern bewaffnet und „Allahu akbar“ rufend auf einen Objektschützer zu, der ihn gestoppt hat.

Zweifelsfrei geschahen beide Anschläge aus ein und demselben Motiv: aus Judenhass. Aus demselben Grund spielen sich in Deutschland wieder Szenen ab, die lange unvorstellbar waren. Juden werden öffentlich unverhohlen beleidigt oder körperlich angegriffen. Jüdische Kinder werden an Schu-

len drangsaliiert. Eine Israelfahne wird unter Gegröle öffentlich verbrannt. Meine Damen und Herren, sicher sind wir uns darin einig, dass diese Zustände mehr nach sich ziehen müssen als nur Bestürzung.

(Beifall AfD)

Der ursprünglich von Jamaika eingebrachte Antrag wäre hierzu eine Gelegenheit gewesen. Leider geht er uns nicht tief genug. So sprechen Sie davon, dass in Bezug auf die Schutzmaßnahmen vor jüdischen Einrichtungen weiterhin ein regelmäßiger Austausch gepflegt werden soll, aber gerade vor dem Hintergrund, dass es in Halle und Berlin allein den gemeindeeigenen Schutzmaßnahmen zu verdanken war, dass nicht noch mehr Unheil geschehen ist, wird das nicht reichen.

Die Beratung der Innenminister über bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen vom 18. Oktober war da schon weiter. Die dort erzielten Ergebnisse sollten der Mindeststandard sein.

Sie sprechen von der Stärkung der Erinnerungskultur. Meine Damen und Herren, so unerlässlich das Gedenken an die Schoah ist, das deutsche Judentum ist nicht gleich Schoah, sondern viel mehr. Juden sind durch Jahrhunderte elementarer Teil unseres Geistes und unserer Kulturgeschichte. Auf Heine, Bartholdy und auch Albert Einstein möchte ich nicht verzichten. Beim Erinnern sollte es also immer auch um die gesamte deutsch-jüdische Historie gehen. Und noch mehr: Es gibt ja Gott sei Dank heute wieder ein reiches jüdisches Leben, und ich wünsche mir, dass das für alle sichtbar und präsender wird.

(Beifall AfD)

Um die Begegnung mit dem heutigen Judentum geht es auch in meinem nächsten Punkt. Der Austausch zwischen Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und Israel sollte unbedingt ausgebaut werden, und das müssen wir uns auch etwas kosten lassen, etwa ganz konkret für Schulpartnerschaften.

Austausch, das ist immer der erste Schritt zur Freundschaft, und ohne Austausch wird man sich eben fremd. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wer es mit der Bekämpfung von Antisemitismus wirklich ernst meint, darf sich nicht allein für den Schutz jüdischen Lebens hierzulande einsetzen, sondern muss auch dafür eintreten, dass sich Juden in Israel sicher fühlen können.

Das eine ist untrennbar mit dem anderen verbunden und zieht auch nach sich, dass wir es nicht mehr hinnehmen dürfen, wenn sich Repräsentanten der Bundesrepublik einer Doppelmoral hingeben, wenn

**(Dr. Frank Brodehl)**

sie zur Kranzniederlegung zum Grab von Jassir Arafat reisen, dem Mann, der für den Tod von Tausenden Juden und auch Palästinensern verantwortlich ist, oder wenn sie sich mit Herrn Laridschani treffen, der Israel einen „dunklen Flecken“ nennt, der unbedingt vertilgt werden müsse. Es ist ein Skandal, Staaten zu kondolieren, deren Staatsdoktrin die Vernichtung Israels ist.

(Beifall AfD)

Es ist ebenfalls ein Skandal, dass im Bundestag der Antrag der AfD, die Hisbollah zu verbieten, systematisch blockiert wird.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Was in jüdischen Mitbürgern angesichts derartiger Meldungen vor sich gehen muss, können wir uns kaum vorstellen. Aber was in denjenigen vor sich geht, die aus unterschiedlichen Gründen ohnehin antisemitistisches Gedankengut pflegen, ahnen wir.

Das Stichwort unterschiedliche Gründe bringt mich zu meinem letzten Punkt: Zwischen islamistischem, völkisch-rechtsradikalem und linksradikalem Antisemitismus muss künftig klarer unterschieden werden, wenn wirklich effizient vorgegangen werden soll. Dabei geht es nicht darum, Antisemitismus hin- oder herzuwenden, oder darum, irgendetwas aufzurechnen, sondern es geht darum, nicht die Symptome, sondern die Ursachen von Judenhass anzugehen.

Meine Damen und Herren, ich kenne nicht wenige Juden persönlich, viele davon mit Fluchthintergrund, etwa aus dem Iran oder Usbekistan. Sie alle betonen, dass sie sich in Deutschland noch sicher fühlen und dass sie Deutschland lieben. Dass sich dies ändern könnte, müssen wir um jeden Preis verhindern. Wir brauchen Schutz, Erinnerung, Austausch, wir brauchen aber auch das Vorbild der großen Politik, und wir brauchen den Mut, die Hintergründe von Judenfeindlichkeit zu benennen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur so kann der Sumpf von Antisemitismus endlich in all seinen Spielarten trockengelegt werden. - Vielen Dank.

(Beifall - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist unwürdig, was Sie machen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! So wie der Kern des SSW die Minderheitenpolitik ist, ist der Kern der AfD der Täuschungsversuch, vielleicht sogar der Selbstbetrug.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Herren, niemand glaubt Ihnen die Anteilnahme. Sie bekennen sich in erster Linie dann zum Judentum, wenn Sie gegen den Islam aufwiegeln können, wenn Sie ein „Wir“ und ein „Die“ schaffen wollen.

(Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD])

Sie arbeiten hier im Landtag so stark an Ihrem bürgerlichen Anstrich, reden mehrheitlich mit sanfter Stimme und leise. Ihr ausfallender Fraktionsvorsitzender ist davon natürlich ausgenommen. Aber, meine Herren, Ihr Rechtsextremismus liegt nicht in Ihrem Auftreten. Er liegt in Ihren Inhalten. Es widerstrebt mir, die Auswürfe Ihrer Partei zu wiederholen. In Ihrem Grundsatzprogramm fordern Sie, weniger an den Nationalsozialismus zu erinnern. Ihre hochrangigen Vertreter brechen in regelmäßigen Abständen Tabus.

Im dritten Punkt Ihres Antrags meinen Sie, die Wurzeln des Antisemitismus in verschiedenen Ideologien oder politischen Einstellungen zu finden, allerdings auch im völkisch-rechtsradikalen. Ich frage mich dann schon, ob Ihnen bisher entgangen ist, dass Ihre Partei einen mächtigen völkisch-nationalistischen Flügel hat. Ihre Landesmitglieder haben Frau von Sayn-Wittgenstein erneut zur Vorsitzenden gewählt, nachdem sie klipp und klar gesagt hat, sie wolle einen „Kampf für mein Volk, seine angestammte Kultur und seine Bräuche - kurz, für unsere Identität“ führen, was auch immer das sein soll, und für „das Recht auf Selbstbestimmung als deutsches Volk“ kämpfen. Man könnte Abhandlungen darüber schreiben, wie viel rechtsradikale Verschwörungstheorie da enthalten ist, aber ich habe Ihnen damit auch schon viel zu viel Zeit gewidmet.

Der Anschlag auf die Synagoge in Halle hat uns getroffen. Menschen sind willkürlich ausgewählt, schwer verletzt und getötet worden. Die „Deutsche Welle“ hat einen sehr einfühlsamen Artikel über die Opfer des Anschlags veröffentlicht: über Jana L., die als fröhlicher Mensch beschrieben wird, Schla-

**(Jette Waldinger-Thiering)**

gerfan, voller Lebensfreude, über Kevin S., glühender Fan des Fußball-Drittligisten Hallescher FC und erst 20 Jahre alt. Sie starben am 9. Oktober 2019.

Das Ehepaar Jens und Dagmar Z. überlebte die Schüsse des Täters schwer verletzt, als sie sich weigerten, ihm ihr Auto zu überlassen. Das Attentat in Halle war der Versuch eines Massenmordes. Er wurde nur verhindert, weil die Tür der Synagoge einem Sprengsatz standhielt.

Dieser Anschlag ist nun einen Monat her. Wir gedenken der Opfer, und wir sprechen den Angehörigen der Opfer unser Beileid aus. Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Um das zu tun, müssen wir darüber sprechen, welche Konsequenzen wir aus dieser Tat ziehen. Was die Berichterstattung zu dem Anschlag bitter vereint hat, war, dass die jüdischen Gemeinden sich nicht überrascht gezeigt hatten. Jüdische Menschen warnen seit Jahren davor, dass Antisemitismus wieder salonfähig geworden ist oder nie weg war. Sie sind Bedrohungen gewohnt, sie sind polizeiliche Schutzmaßnahmen gewohnt. Juden verlassen Deutschland aufgrund des wachsenden Antisemitismus. Wir müssen verstehen, dass wir schon längst da sind, wo wir nicht wieder hinwollten, dass es nicht reicht, bestürzt zu sein, sondern dass wir mit viel Anstrengung dagegen arbeiten müssen.

(Zuruf SPD - Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dass die Liberale Jüdische Gemeinde in Kiel nun endlich eine Synagoge gefunden hat, hat unsere Fraktion besonders gefreut, genau wie wir uns über die gerade von uns beschlossene Stelle für Bildungsarbeit gegen Antisemitismus gefreut haben. Dass es eine Beauftragung gegen Antisemitismus geben muss, sind wir uns alle einig.

Im Land müssen wir weiterhin den Dialog mit den jüdischen Gemeinden führen, damit wir Möglichkeiten finden, das jüdische Leben zu wahren und zu stärken. Im Großen wie im Kleinen ist das eine Aufgabe für uns alle. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

**Jan Marcus Rossa [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unerträglich, wenn Sie versuchen, Herr Brodehl, uns zu belehren, wie wir einen Antrag zu formulieren haben.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Sie vergessen, dass Ihre Partei, dass hochrangige Vertreter Ihrer Partei sich durch wirklich verachtenswerte antisemitistische Äußerungen hervorgetan haben - das letzte Mal aus Anlass der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Udo Lindenberg; Sie haben die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes als Judaslohn bezeichnet.

(Zurufe Jörg Nobis [AfD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Das ist antisemitisch in schlimmster Form, Herr Nobis. - Und ich habe hier das Wort und nicht Sie!

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sprachen von Hochöfen, in denen der Schulzug fährt. Auch das ist eine Anlehnung an die Judenverfolgung im Dritten Reich.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Jörg Nobis [AfD]: Das ist eine Lüge!)

Ich bin nicht bereit, Ihnen das durchgehen zu lassen, was Sie sich hier heute geleistet haben.

Ich bedauere es zutiefst, dass die jüdischen Vereinigungen hier keine Stimme haben. Sie von der AfD sind eine Zumutung für unsere jüdischen Mitbürger. Das sei Ihnen ganz deutlich gesagt!

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist eine Unverschämtheit, was Sie hier abliefern!)

- Sie brauchen nicht dazwischenzureden.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Eine Unverschämtheit!)

Ich erinnere Sie daran, dass Ihre gesamten Versuche, sich die Maske des Antisemitismus von der Stirn zu nehmen, nicht gelingen. Die jüdischen Verbände haben sehr deutlich gesagt, dass sie sich von Ihrer Partei distanzieren - ich zitiere -, weil bei Ihnen Judenhass und die Relativierung bis hin zur Leugnung der Schoah ein Zuhause haben. Das, bitte schön, müssen Sie sich in Ihr Stammbuch schreiben

**(Jan Marcus Rossa)**

lassen. Ich bin nicht bereit, das zu relativieren und Ihnen das durchgehen zu lassen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Schnurrbusch, es war Ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag, der von einem „Vogelschiss der Geschichte“ sprach. Auch das ist eine Missachtung und eine wirklich erbärmliche Haltung gegenüber den Juden, die hier in Deutschland ein so schweres Schicksal erlitten haben. Und Sie stellen sich hier hin, kritisieren uns und sagen, unser Antrag gehe nicht weit genug? Wir meinen es wenigstens ehrlich. Das stelle ich bei Ihnen infrage. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl von der AfD.

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, weil Sie mich gerade persönlich ansprachen. - Im Vorhinein zu dieser Debatte hätte ich mir nicht vorstellen können, dass einige Vertreter einiger Parteien selbst diesen Anlass nutzen würden, um Teile der AfD oder die AfD insgesamt zu bashen oder in Misskredit zu bringen.

(Widerspruch SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt sind Sie das Opfer?)

- Das hat überhaupt nichts mit „Opfer“ oder sonst was zu tun.

Herr Rossa, Sie haben gerade gesagt, dass die jüdischen Verbände dieses oder jenes gesagt hätten. Ich wiederhole an dieser Stelle: Auch ich bin im Gespräch mit vielen, vielen jüdischen Mitbürgern.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese jüdischen Mitbürger ermutigen mich ganz klar, das zu sagen, was ich hier erwähnt habe, zum Beispiel zu differenzieren.

Um noch zwei Behauptungen richtigzustellen: Es geht mir überhaupt nicht darum, jemanden zu belehren, wie er Anträge zu schreiben hat. Das habe ich mit keiner Silbe getan. Ich habe begründet, dass mir Ihr Antrag nicht tief genug ist. Deshalb haben wir einen eigenen Antrag vorgelegt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Selbstverständlich.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Brodehl, da Sie ja den Eindruck erwecken, als ob Sie das, was Sie sagen, wirklich ernst meinen, habe ich Sie in diesem Haus schon mehrfach aufgefordert beziehungsweise gefragt: Sind Sie bereit, sich sowohl von Ihrem Fraktionsvorsitzenden im Bund als auch von Äußerungen anderer in Ihrer Partei zu distanzieren und zu akzeptieren, dass Ihre Partei - AfD - Rechtsextremismus unterstützt?

- Ich glaube, da müssten wir über jeden einzelnen Fall sprechen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wieder die Relativierung! - Zuruf AfD: Ausreden lassen!)

Eine pauschale Distanzierung von sämtlichen Aussagen von irgendwem von der AfD wird es hier nicht geben.

Aber bleiben wir bei Personen wie Gedeon. Sie wissen, dass wir gegen ihn und andere Personen Ausschlussverfahren angestrengt haben. Ich bin mir ganz sicher, dass sie im positiven Sinne ausgehen werden, das heißt, dass diese Personen ausgeschlossen werden. Wir haben ein solches Verfahren schon gegen andere Personen angestrengt, auch hier in diesem Haus, auch in diesem Landesverband. Da bin ich ganz, ganz zuversichtlich.

(Unruhe FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Distanzierung?)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten Frau von Kalben?

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Ja, selbstverständlich.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte.

**(Präsident Klaus Schlie)**

**Eka von Kalben** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Ihnen das so zu allgemein war, dann frage ich Sie: Distanzieren Sie sich von den Äußerungen von Herrn Gauland und von Herrn Brandner im Bundestag?

**Dr. Frank Brodehl** [AfD]:

Ich fange mit Herrn Brandner an. Was hat er im Bundestag gesagt? Oder meinen Sie „der Brandner aus dem Bundestag“? Da muss ich noch einmal nachfragen.

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Sie dürfen antworten, und dann ist die Sache erledigt.

**Dr. Frank Brodehl** [AfD]:

Ich nehme an, dass Sie die Äußerung meinen, dass Politiker in Synagogen „herumlungern“ würden. - Um Himmels willen! Diese Wortwahl macht mich fassungslos. Das sage ich ganz klar.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann distanzieren Sie sich doch davon!)

Ich sage aber auch, dass es mich ebenso fassungslos macht, wenn Politiker am Abend des 9. Oktober ihre Solidarität - - Nein, ich finde es gut, wenn Politiker am Abend des 9. Oktober in die Synagogen gehen, um dort ihr Mitgefühl, ihre Solidarität zu versichern und ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen. Ich hätte mir gewünscht - auch ein Großteil der Bevölkerung -, dass Ähnliches etwa nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz passiert wäre.

(Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Das ist genau die Relativierung!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kilian?

**Dr. Frank Brodehl** [AfD]:

Selbstverständlich.

**Lukas Kilian** [CDU]: Herr Dr. Brodehl, gestatten Sie mir zuerst eine Zwischenbemerkung: Mir ist es relativ egal, ob Sie sich von irgendetwas distanzieren, weil Sie mit Ihrer AfD-Fraktion sich meines Erachtens seit Jah-

ren hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag bewusst so gerieren, als ob Sie mit irgendwelchen Auswüchsen innerhalb Ihrer Partei nichts zu tun hätten. Wenn diese konkret angesprochen werden, versuchen Sie, sich mit semantischen Mitteln irgendwie herauszuwinden. Sie hätten sich vor Jahren distanzieren können, indem Sie die Partei verlassen hätten.

Nun zu meiner Zwischenfrage: Warum sollen wir Ihnen irgendeines Ihrer Worte in der heutigen Debatte glauben? Ich stelle diese Frage vor folgendem Hintergrund: Sie sind hier vor Jahren angetreten, als Fraktion in den Landtag gewählt worden und haben behauptet, dass die AfD Schleswig-Holstein in keiner Weise Rechtsextreme oder rechtsextremes Gedankengut dulde. Gleichzeitig hatten Sie zu diesem Zeitpunkt in den eigenen Reihen ein Mitglied, das laut Presseberichterstattung - die Sache ging bis zum Landesparteigericht - den Holocaust geleugnet hat. Mitarbeiter der Fraktion haben dies eidesstattlich versichert.

Wie passen Ihre heutigen Worte damit zusammen, dass Sie ein solches Mitglied in Ihrer Landtagsfraktion, das heißt in Ihren Reihen, erst einmal behalten haben? Wie passt das mit Ihrer Versicherung zusammen, Sie hätten mit Rechtsextremen nichts zu tun? Ich wiederhole: Ein Mitglied Ihrer Fraktion soll gegenüber Fraktionsmitarbeitern den Holocaust geleugnet haben.

- Das kann ich Ihnen sehr eindeutig beantworten. Es ist eben nicht so, dass wir irgendetwas toleriert hätten oder dass wir abgewartet hätten. Wir haben vielmehr direkt, am selben Morgen - ich habe es selbst erst aus der Zeitung erfahren -, die Konsequenzen gezogen. Wir haben natürlich erst einmal das Gespräch gesucht und direkt, in der nächsten Fraktionssitzung, eine Entscheidung getroffen. Diese Sitzung konnte erst einberufen werden, nachdem Kollege Nobis aus Israel heimgekehrt war. Das Gegenteil dessen, was Sie gesagt haben, ist der Fall. Wir haben direkt, schnell und ohne überlegen zu müssen, gehandelt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Kilian?

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Ja.

**Lukas Kilian [CDU]:** Kommt es Ihnen nicht komisch vor, dass dieses ganze Haus Sie auf den Umstand hingewiesen hat, dass in Ihrer Partei Rechtsextreme sind, und Sie das offensichtlich aus der Zeitung erfahren?

- Wir müssten uns durchaus über die Begriffe „rechtsextrem“, „rechtsradikal“, „Rechtsextremismus“ unterhalten.

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieder einmal relativieren Sie!)

- Das hat überhaupt nichts mit Relativieren zu tun, sondern mit verschiedenen Worten, mit verschiedenen Begriffen, mit denen man eine Sache beschreiben kann.

Wenn Sie fragen, ob es mir komisch vorkommt, dann sage ich Ihnen, wie es mir soeben gegangen ist - ich sagte es bereits eingangs -: Ich war tatsächlich negativ überrascht, dass selbst dieser Anlass dazu benutzt wird, um die AfD pauschal zu verunglimpfen. Das hat mich überrascht.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil die AfD das Problem ist!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Haben Sie die Frage beantwortet? Wollen Sie weiterreden, oder?

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Das waren meine abschließenden Worte. - Vielen Dank.

**Präsident Klaus Schlie:**

Dann dürfen Sie sich setzen. - Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mich zum Schluss der Debatte, was die Abgeordneten angeht, gern an die Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden auf der Tribüne wenden. Diese Debatte sollte nicht den Eindruck erwecken, als ob wir über uns selbst redeten. Wir wollten über Antisemitismus reden. Die große Mehrheit dieses Hauses ist ehrlich dafür, Antisemi-

tismus mit allen Kräften, die wir haben, zu bekämpfen. Darum geht es.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es geht nicht um die Befindlichkeiten einer rechtsradikalen Partei. Es geht darum, dass wir das tun, was Eka von Kalben hier gesagt hat.

Es ist schlimm genug, dass wir im Jahr 2019 darüber reden müssen. Aber ich versichere noch einmal, dass die Demokraten in diesem Hause alles dafür tun, dass solche Dinge nie wieder Einfluss gewinnen können. Wir sind nicht nur erschrocken, wenn solche Gewalttaten stattfinden, sondern wir wollen schon im Vorwege alles dafür tun, dass sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen können. Wir wollen, dass hier kulturelles Leben blühen kann. Wir wollen, dass die Menschen die Religionsfreiheit, wie sie im Grundgesetz verankert ist, leben können; das gilt für alle Religionen. Wir stehen für Vielfalt und drücken das aus. Wir lassen hier nicht den Eindruck erwecken, als ob wir uns von einer kleinen Gruppe diktieren ließen, wie hier debattiert wird. Das darf nicht der Fall sein. Ich finde, dass wir hier miteinander mit großer Mehrheit eine sehr gute Entschließung auf den Weg bringen. Das und nicht das andere sollten Sie als den Willen unseres Hauses entgegennehmen.

(Lebhafter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte gegenüber den Vertretern der jüdischen Gemeinden ganz deutlich machen - ich glaube, dass ich da für weite Teile unseres Hauses spreche -, dass es uns ein Anliegen ist, heute deutlich zu machen, wie wichtig es uns ist, jüdisches Leben in Schleswig-Holstein, Deutschland, Europa und überall auf der Welt zu haben. Das ist uns ein wichtiges, ehrliches Anliegen. In der Tat hat die AfD dieses Anliegen nicht.

Es ist als Parlament unsere Aufgabe, dies in dieser Runde deutlich zu machen. Es ist auch ein Einstehen gegen Rechtsradikalismus, wenn wir der AfD die Maske aus dem Gesicht reißen.

Es ist richtig, was meine Kollegin Jette Waldinger-Thiering gesagt hat: Die AfD sitzt zwar hier und

**(Lars Harms)**

gibt sich bürgerlich. Im tiefsten Inneren aber verfolgt sie diese Ziele nicht.

Es reicht auch nicht, sich wie der Kollege Brodehl hier hinzustellen und zu sagen: Wir können ja einmal über Einzelfälle reden. - In Ihrer Partei, Herr Dr. Brodehl, gibt es zu viele dieser Einzelfälle. Es gibt zu viele Menschen bei Ihnen, die sich so äußern, dass man es nicht missverstehen kann. Es sind Antisemiten. Wenn in meiner Partei in leitenden Stellungen, in Landtagen als Fraktionsvorsitzende, im Bundestag als Fraktionsvorsitzender Leute solche Äußerungen von sich geben würden, würde ich nur eine Konsequenz ziehen, nämlich diese Partei verlassen. Ich bin unheimlich stolz darauf, dass ich mir beim SSW und alle anderen sich bei ihren Parteien keine Sorgen machen müssen, dass sie aus diesem Grund ihre Partei verlassen müssten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

**Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Wolodarski, sehr geehrte Frau Ladyshenski, sehr geehrte Frau Dr. Shames, sehr geehrter Herr Dr. Friedmann! Ich bin sehr froh, dass Sie heute hier bei uns in dieser Debatte im Landtag sind.

Meine Damen und Herren, viele Jahre haben manche von uns fälschlicherweise geglaubt und ein wenig gehofft, dass Antisemitismus nur ein Problem weniger verstörter Menschen sei. Dabei hatte uns schon die Philosophin Hannah Arendt mit auf den Weg gegeben:

„Vor dem Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher.“

Haben wir nicht richtig hingehört? Antisemitismus war immer da, aber seine hässliche Fratze zeigt sich leider unverhohlen in einer sich radikalisierenden Gesellschaft.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dazu vor einigen Tagen gesagt:

„Antisemitismus ist ... der Seismograf für den geistigen und moralischen Zustand einer Gesellschaft.“

Was aber hilft? Welche Strategien sind wirksam? - Aus meiner Sicht ist es an der Zeit, dass wir den Umgang mit unserer Geschichte zumindest um eine Perspektive erweitern. Ich finde, der Antrag der demokratischen Fraktionen in diesem Landtag weist den richtigen Weg. Es geht um starkes jüdisches Leben. Vor ein paar Jahren gab es eine Ausstellung „Jüdische Lebenswelten in Deutschland heute“. In diesem Zusammenhang hat eine Schülerin aus Erfurt gesagt:

„Über Juden wusste ich eigentlich nur aus dem Geschichtsunterricht ... Ich habe noch nie so darüber nachgedacht, wer sind diese Menschen und wie ist das eigentlich heute? In der Regel hat man nur diesen geschichtlichen Aspekt, und da hat man ... so ein bisschen das schlechte Gewissen.“

Ich glaube, dass diese Aussage das Gefühl einer ganzen Generation trifft. Sie zeigt uns: Wir brauchen in der Geschichtsdidaktik einen Perspektivwechsel. Wir müssen viel mehr über das jüdische Leben abseits von 1933 bis 1945 wissen und vermitteln.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD])

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ich glaube, ich bin da unverdächtig: Natürlich ist und bleibt die Shoah Teil der deutsch-jüdischen Geschichte. Jüdisches Leben in Deutschland ist aber eben so viel mehr. Unsere Geschichte ist viel älter. Jüdische Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller haben seit jeher unser Land geprägt und überragende Leistungen gebracht: Heinrich Heine, Albert Einstein, Max Liebermann und die von mir bereits genannte Hannah Arendt. Sie sind Teil unserer Gesellschaft.

Den Juden von Köln wurde erstmals im Jahr 321 nach Christus urkundlich gestattet, für die Verwaltung der römischen Provinz zu arbeiten. Im Jahre 2021 werden wir 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein feiern.

Was wir heute sind, sind wir auch wegen des jüdischen Teils in uns. Die öffentliche Wahrnehmung der deutsch-jüdischen Geschichte darf sich nicht nur auf Verfolgung und Vernichtung beschränken. Juden dürfen nicht ausschließlich als Opfer und Verfolgte dargestellt und wahrgenommen werden. Die deutsch-jüdische Geschichte etwa des 19. Jahrhunderts ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja!)



**(Ministerin Karin Prien)**

Die Geschichte endet auch nicht mit der Schoah. In den letzten Jahren hat sich in Deutschland zum Glück wieder eine aktive jüdische Gemeinde entwickelt. Hieran wollen wir anknüpfen. Das jüdische Leben und die jüdische Religion sind positive Aspekte unserer gemeinsamen Geschichte. Das muss auch an unseren Schulen eine größere Rolle spielen. Wir müssen im Unterricht über antisemitische und antiisraelische Mythen und Ressentiments sprechen und diese entlarven. Den Schulen kommt da eine zentrale Rolle zu. Deswegen ist es richtig, unsere Fachanforderungen - übrigens in vielen Fächern - daraufhin zu überprüfen, ob wir da in ausreichender Weise unterwegs sind. Das tun wir gerade und werden hierzu bis zum Jahresende zu einem Ergebnis kommen.

Dazu gehört auch, den Jugendaustausch mit Israel zu intensivieren. Wir brauchen eine Brücke zwischen den jungen Generationen. Ich wünsche mir, dass alle Parteien, die in Berlin Verantwortung tragen, das voranbringen: Das deutsch-israelische Jugendwerk muss endlich auf den Weg gebracht werden.

Unwissenheit führt oft zu Vorurteilen. Von dort ist der Weg zu Intoleranz und Hass und leider auch zu Gewalt nicht mehr weit. Wer in dieser Geschichte Biedermann und wer Brandstifter ist, mag jeder für sich bewerten. Schulische wie außerschulische Bildung sind sicherlich die beste Präventionsmaßnahme gegen Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Man kann nicht gegen Antisemitismus sein und an anderer Stellen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vertreten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [AfD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Natürlich ist Bildung nicht der einzige Weg und kann nicht der einzige Teil der Strategie sein. Es geht um konsequente Strafverfolgung und auch um die Verschärfung des Strafrechts, auch im Internet.

(Beifall SSW)

Es geht - das ist auch gesagt worden - um ausreichende Sicherheitsvorkehrungen. Es ist eigentlich eine Tragödie, dass wir uns darüber Gedanken machen müssen. Darüber sind wir uns alle im Klaren, aber wir müssen es trotzdem tun. Ich danke dem ganzen Kabinett und insbesondere Innenminister Grote. Wir werden die notwendigen Maßnahmen in den nächsten Tagen auf den Weg bringen. Das ist richtig so. Wir wollen, dass sie sich in diesem Land,

in Schleswig-Holstein, sicher fühlen, und werden den notwendigen Beitrag dazu leisten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Claus Schaffer [AfD])

Der Anschlag von Halle war eine Zäsur für Deutschland. Das ist bereits gesagt worden. Wir trauern um zwei willkürlich ausgewählte, unschuldige Menschen. Wir sind entsetzt über den Anschlag auf eine Synagoge, in der die Juden ihren höchsten Feiertag begingen. Wir sind aber auch empört über den Angriff auf unsere offene und freie Gesellschaft. Der Anschlag war auch ein Angriff auf die Religionsfreiheit und die Menschenwürde. Wenn wir uns fragen: „Was hilft?“, muss die ganz eindeutige Ansage sein: Jüdisches Leben gehört zu uns in Schleswig-Holstein. Wenn jüdische Schülerinnen und Schüler, deutsche Schülerinnen und Schüler und zugewanderte Schülerinnen und Schüler an das Judentum denken, sollen sie in Zukunft wieder an unsere großartige, wunderschön sanierte Synagoge in Lübeck denken.

Sie sollen an die neue Synagoge in Kiel denken, sie sollen an unser Jüdisches Museum in Rendsburg und vieles mehr denken, das unsere Kultur in Schleswig-Holstein bereichert.

Meine Damen und Herren, was aber auch hilft, ist die unmissverständliche Botschaft: Wer Synagogen angreift, greift uns alle an und wird unsere erbitterte Gegenwehr spüren. Das ist das Signal, das heute von diesem Landtag ausgeht.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1820, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die drei anwesenden Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU. Wer enthält sich? - Das ist die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1798 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die

**(Präsident Klaus Schlie)**

Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU sowie die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind die drei anwesenden Abgeordneten der Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag Drucksache 19/1798 (neu) angenommen. Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 A auf:

**Keine Zeit beim zweigleisigen Ausbau der Marschbahn verlieren - Erreichbarkeit der Insel für die Pendlerinnen und Pendler langfristig sichern**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1815

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

(Das Licht im Plenarsaal geht aus)

- Ich hoffe, dass das Licht bald wieder angeht. - Ich eröffne die Aussprache. Wenn es hier richtig mitgeteilt ist, hat jetzt für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

(Hauke Göttsch [CDU]: Jetzt geht das Licht auch wieder an! - Unruhe)

**Kay Richert [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber für mich ist es immer ein bisschen komisch, wenn wir nach so einer emotionalen und grundsätzlichen Debatte wieder zu den eher profan anmutenden Regelungen des Alltäglichen zurückkehren. Nichtsdestotrotz müssen wir uns natürlich mit dem befassen, was die Zukunft der Infrastruktur unseres Landes anbelangt, und da sind wir jetzt wieder angekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wege und Schienen sind ein technisches Thema, das ist eher etwas für den Kopf als für das Herz. Da geht es um Zahlen und Maße, um juristische Spitzfindigkeiten und technische Details. Dabei ist Mobilität eigentlich ein emotionales Thema, denn Wege und Schienen verbinden uns. Auf Wegen und Schienen kommen wir zur Arbeit, damit erwirtschaften wir unseren Wohlstand. Auf Wegen und Schienen kommen wir zu unserer Familie, zu unseren Liebsten. Wege und Schienen geben uns die Freiheit, über den Tellerand zu schauen, uns zu entwickeln, Neues kennenzulernen und dabei unseren Horizont zu erweitern.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Lukas Kilian [CDU])

Wir wollen mobil sein, denn Mobilität verbindet die Gesellschaft.

Unsere Aufgabe, die Aufgabe von Politik und Verwaltung ist es, die Mobilität so sicher und komfortabel wie möglich zu gestalten, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die uns dafür gewählt haben. Das Planungsrecht in Deutschland wird dieser Aufgabe nur sehr eingeschränkt gerecht. Anstatt für schnelle Lösungen ist das deutsche Planungsrecht für ewig lange Verfahren berühmt, an die sich ewig lange Gerichtsverfahren anschließen. Das Planungsrecht muss unbedingt verbessert werden.

(Beifall FDP und CDU)

Vor etwas über einem Jahr, am 6. September 2018, haben wir deshalb genau an dieser Stelle darüber diskutiert, dass wir für den zweigleisigen Ausbau der Marschbahn zwischen Klanxbüll und Niebüll die Legalplanung haben wollen. Wir wollen Gas geben, wir wollen Taten sehen; nur durch schöne Worte allein geht es nämlich nicht voran.

Ich habe mich sehr über den Referentenentwurf gefreut, den wir daraufhin aus dem Bundesverkehrsministerium bekommen haben, in dem der zweigleisige Ausbau zwischen Niebüll und Klanxbüll enthalten war.

Bei der Befassung im Wirtschaftsausschuss am 12. September 2019 haben die Abgeordneten der SPD als Einzige nicht für die beschleunigte Planung per Maßnahmengesetz gestimmt. Da hatte ich schon so eine Ahnung, dass das Instrument Legalplanung oder Maßnahmengesetz nicht richtig verstanden worden sind. Jetzt lese ich Statements von SPD-Bundespolitikern wie: „An der Struktur und Schnelligkeit des Planungsverfahrens selbst ändert sich wenig“, oder eine Planung per Gesetz bringe keine Beschleunigung. Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll; das ist schlicht falsch.

Wer die Wirksamkeit von Legalplanungen besichtigen will, muss einmal nach Dänemark gucken.

(Lars Harms [SSW]: So ist es! Das ist immer gut!)

Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten den Abgeordneten Flemming Meyer: Da muss man nach Dänemark gucken.

Beispiel Öresundbrücke: Beschluss 1991, Baubeginn 1995, Fertigstellung 1999, sechs Monate früher als geplant und im Budget - und das bei einem gigantischen Ingenieurbauwerk inklusive Landan-

**(Kay Richert)**

bindung, Eisenbahntrasse, zusätzlichem Tunnel und künstlicher Insel.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Dänen lügen nicht!)

Es geht natürlich auch kleiner, Beispiel Autobahn Klipfleff - Sonderburg: 26 km Länge, Baubeginn 2010, Fertigstellung 2011, sieben Monate früher als geplant und ebenfalls im Budget. Übrigens beides unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Unternehmen; daran kann es also nicht gelegen haben.

Stellen Sie sich einmal vor, wie schnell wir die 14 km zwischen Niebüll und Klanxbüll fertig kriegen würden!

(Lars Harms [SSW]: Oder die A 20! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Gott sei Dank hat das einmal ein anderer gesagt! - Heiterkeit und Beifall)

Sie sehen, die Planung per Planungsgesetz ändert sehr wohl etwas an der Schnelligkeit. Wir sind es den Bahnreisenden, den Pendlerinnen und Pendlern schuldig, hier nicht lockerzulassen. Ich hoffe und bitte darum, dass wir hier und heute ein einstimmiges Signal senden, dass wir weiter die Legalplanung wollen.

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Interessant ist auch die Aussage, die Marschbahn sei aus ökologischen und verkehrlichen Gründen nicht wichtig genug. Da bleibt mir die Spucke weg.

(Zurufe)

Liebe Bundesumweltministerin, die Marschbahn ist deutschlandweit bekannt, und zwar nicht für ihre Pünktlichkeit und gute Qualität. Wenn Sie schon den Umweltnutzen des Bahnverkehrs nicht sehen wollen, den verkehrlichen Nutzen wenigstens können Sie aus dem Bundesverkehrswegeplan ablesen, da steht es drin.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mich einmal umgesehen, allen Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag sind doch der Ausbau des nachhaltigen und umweltfreundlichen Verkehrs, die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs im Land und Fortschritte bei wichtigen Verkehrsprojekten wichtig. Es ist unser aller Ziel, die Mobilität schnellstmöglich so sicher und komfortabel wie möglich zu machen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes schuldig, die uns dafür gewählt haben, dass wir das voranbringen. Dieses Ziel ist leider in Gefahr.

Die Ministerin, die ihr Veto eingelegt hat, hat gesagt, das Planungsgesetz für unsere Marschbahn sei nun nicht mehr Sache ihres Hauses, das sei jetzt Sache des Bundestags. Lassen Sie uns von hier aus ein möglichst starkes Signal an die Bundestagskollegen senden. Wir wollen weiter die Legalplanung. Unterstützen Sie uns bitte!

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Die Marschbahn ist und bleibt ein zentrales Verkehrsprojekt für uns, und zum Glück steht sie seit November 2018 auch im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrsweplans. Wer wie ich beim letzten Bahngipfel in Niebüll war, der spürte, wie stark die Probleme auf der Marschbahn die Menschen belasten, und seit Amtsantritt dieser Landesregierung hat sich die Situation sogar noch verschlechtert.

Unsere Aufgabe ist es, hier so schnell wie möglich und so klug wie möglich Lösungen für die vielen Pendlerinnen und Pendler und die Touristen zu finden. So hat es auch mich gewurmt, was wir an Meldungen letzte Woche aus Berlin erhalten haben.

Der Antrag der Koalition formuliert die Hoffnung, dass der zweigleisige Marschbahnausbau wieder in die Projektliste des Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetzes aufgenommen wird. Wir werden diesem Antrag zustimmen, da die Projektaufnahme zu einem Beschleunigungseffekt führen könnte.

(Beifall Thomas Hölck [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aber jeder, der mit dem Finger auf uns zeigt, sollte sehen, wie viele Finger auf ihn selbst zeigen, wenn ich mich auf die Pressemitteilungen der letzten Tage beziehe. Ich frage mich schon, wer bei einer Kabinettsbefassung in Berlin alles beteiligt war: das Wirtschaftsministerium, das Justizministerium, das Innenministerium, das Finanzministerium, ja, auch das Umweltministerium und federführend das Verkehrsministerium.

(Kerstin Metzner [SPD]: Ja!)

Wenn das Umweltministerium, welches diese Streichungen empfohlen hat, nun so vollkommen

(Kai Vogel)

falsch läge, hätten doch die anderen Ministerien, insbesondere das federführende Verkehrsministerium, dagegen interveniert. Herr Buchholz, Sie wissen doch selbst, wie Ressortabstimmungen laufen.

(Zurufe Lars Harms [SSW] und Minister Dr. Bernd Buchholz)

Es entscheidet nicht das eine Ressort alleine, sondern man stimmt sich untereinander ab. Selbst bei einem Vetorecht tritt man danach zusammen und kann überstimmt werden. Verkehrsminister Buchholz möchte uns vormachen, dass das Umweltministerium dasjenige gewesen sei, das das Gesetz weggeschoben und verhindert hat. Wenn Ihnen das unklar sein sollte, tut uns das leid, denn Gesetze werden ausnahmslos nicht von der Exekutive, sondern von der Legislative, das heißt von unserem Parlament oder dem Bundestag, beschlossen und nicht von Ihnen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wer sich das Gesetz genau ansieht, weiß, dass es tatsächlich von Anfang an unwahrscheinlich war, dass die Marschbahn im Vergleich zu anderen Schienenprojekten aufgenommen wird. Die Zulassung durch das Maßnahmengesetz ist nur in Einzelfällen möglich und an Bedingungen geknüpft, wie zum Beispiel an den Nutzen für den Klimaschutz, wie im Klimaschutzpaket beschlossen. Der geldliche Nutzen aus den vermiedenen Abgasemissionen liegt bei der Marschbahn bei um und bei 30.000 € während alle andere Projekte, die dort aufgeführt sind, einen Umweltnutzen im dreistelligen Millionenbereich haben. Das ist schon ein Unterschied.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Es soll des Weiteren um weitere hoch politisierte, politisch umstrittene Projekte gehen, die einer rein administrativen Behandlung zu entwachsen drohen. Wenige Verkehrsinfrastrukturprojekte sind so wenig umstritten wie der Marschbahnausbau.

Doch was ist nun mit denen, die den Erfolg vorher vollmundig verkündet haben? CDU-Staatssekretär Ferlemann schlägt sich mal wieder in die Büsche, wenn es unangenehm wird. Der glaubt wohl selbst nicht an den Erfolg oder ist nun wirklich ohne jeden Einfluss. Was ist mit der einzigen direkt gewählten Abgeordneten aus Nordfriesland, die sogar stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss ist und heute auch noch in einem Sylter Blatt zitiert wird, wo sie sich dazu äußert, dass man angeblich aus dem vordringlichen Bedarf herausgeflogen sei? Da muss ich ganz ehrlich sagen: Da muss einmal einer genauer recherchieren.

(Beifall SPD)

Jetzt zu unserem politischen Wunderwerkzeug und Ankündigungsminister Buchholz: keine kluge Aussage, bis auf das Argument, das müsse da wieder rein und alle anderen seien schuld. Herr Buchholz, hätten Sie im Ansatz so viel zu sagen, wie Sie uns immer weismachen wollen, hätten Sie in den letzten zweieinhalb Jahren Zeit gehabt, die Marschbahn in Berlin in den wirklich wichtigen Köpfen so zu positionieren, dass das Projekt käme.

(Zuruf Minister Dr. Bernd Buchholz)

Dann hätten Sie die Planung bei der Marschbahn weiter vorantreiben können. Weder bei der Bahn noch in irgendeinem der Bundesministerien scheint es irgendjemanden nachhaltig interessiert zu haben, was unser Ankündigungsminister zu sagen hatte - leider absolute Fehlanzeige.

(Beifall SPD - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter Vogel?

**Kai Vogel [SPD]:**

Ich lasse keine Frage zu.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Sie lassen keine Frage zu.

(Zuruf)

**Kai Vogel [SPD]:**

Der Bundestag muss nun final über die Projektliste des Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetzentwurfs entscheiden. Das Gesetz bedarf übrigens nicht der Zustimmung des Bundesrates, liebe Koalition, wie wir feststellen, wenn wir genauer auf Ihren Antrag schauen.

Wir wollen einen beschleunigten Ausbau der Marschbahn garantiert wissen. Deshalb erwarten wir endlich Verbesserungen und Durchsetzungsvormögen des Ministers in Sachen Marschbahn.

Herr Günther - nun ist er leider nicht hier -, auch Ministerpräsidenten können Einfluss auf wichtige Infrastrukturprojekte nehmen. Denken wir zum Beispiel an die Vereinbarung zur Festen Fehmarnbelt-Querung mit der 2+0-Lösung, die zusätzlichen ICE-Züge oder die zusätzlichen Regionalisierungsmittel in Höhe von fast 400 Millionen € - Ach nein, das war ja Ministerpräsident Albig!

(Kai Vogel)

Sie sind in der Landesregierung, um Probleme zu lösen, und bei der Marschbahn haben Sie wirklich kläglich versagt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Lukas Kilian.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Vogel, das war an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Wenn wir uns das Thema Marschbahn und die Diskussionen über das Thema Marschbahn in diesem Landtag anschauen, hat uns bislang eigentlich eine gewisse Einigkeit ausgezeichnet, dass wir dieses Problem, das nicht erst seit der Regierungsübernahme besteht, sondern seit Jahren die Pendlerinnen und Pendler dort jeden Tag erheblich belastet, angehen, und zwar bestmöglich, auf allen Kanälen. Wir haben einstimmige Beschlüsse dieses Landtags.

Wir haben es durch unseren Ministerpräsidenten und durch unseren Verkehrsminister geschafft, als einzige Eisenbahnstrecke im Referentenentwurf zum Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz - cooler Name - aufzutauchen. Im Referentenentwurf waren sechs Projekte aufgelistet: fünf Wasserstraßen und eine Bahnstrecke. Und Sie stellen sich hier hin und sagen, dass Schleswig-Holstein keinen Einfluss ausgeübt hat und den Leuten in Berlin nicht klargemacht hat, dass das eine wichtige Bahnstrecke ist? Das war die einzige, die im Referentenentwurf stand. Das passiert doch nicht aus Versehen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Das passiert, weil ganz deutlich wichtige Lobbyarbeit für die Pendlerinnen und Pendler gemacht wurde - auch von der SPD, hätte ich gedacht.

Jetzt stellen Sie sich hier hin und verteidigen eine dermaßen schwachmatische Begründung von Frau Schulze und erklären, dass der Energienutzen mit 30.000 € berechnet wird und deswegen die Marschbahn möglicherweise ökologisch nicht ganz so wichtig sei, was den Ausbau angehe. Frau Schulze hat durch einen Sprecher in ihrem Ministerium begründen lassen, weshalb die Marschbahn rausgeflogen ist. Dort heißt es - ich zitiere wortwörtlich aus der Presse -:

„Der klima- und verkehrspolitische Nutzen ... müsse sehr hoch sein ... Der Nutzen ... sei aber nach dieser fachlichen Prüfung ‚mit den übrigen im Gesetzentwurf enthaltenen Schienenverkehrsprojekten nicht vergleichbar‘.“

Man erinnere sich: Es gab gar kein anderes Schienenverkehrsprojekt in dem ursprünglichen Gesetzentwurf. Man hat aber nachträglich eine Vielzahl von Schienenverkehrsprojekten da reingeschrieben. Überraschenderweise - das kritisieren wir auch, und wir trauen uns auch, unsere eigene Partei und unsere Schwesterpartei zu kritisieren - steht an erster Stelle die Eisenbahnstrecke München-Mühldorf-Freilassing.

Wenn Sie nun Freund der großen Zahlen sind und uns ausrechnen können, dass der Nutzen auf der Marschbahnstrecke 30.000 € Klimawert sei, wären Sie auch in der Lage, einmal in den Bundesverkehrswegeplan zu schauen, mit welchem Bedarf diese Strecke - München-Mühldorf-Freilassing - dort ausgewiesen ist: Kein Bedarf, steht da. Kein Bedarf!

Da stellt sich Ihre Ministerin hin, die offensichtlich mit den Fakten überhaupt nichts zu tun haben will, und sagt: Die anderen Projekte sind wichtiger als das, was bei der Marschbahn passiert. - Und Sie stellen sich hier hin und sagen: Das ganze Kabinett ist blöd. - Ja, das ganze Kabinett ist blöd. Das ist eine fatale Entscheidung für Schleswig-Holstein. Aber es war das Umweltministerium, welches das rausgestrichen hat. Wenn sich jetzt die SPD-Landtagsfraktion hinstellt und noch begründet, weshalb es eigentlich ganz in Ordnung sei, was da rausgestrichen wurde, frage ich mich wirklich: Wer wählt die überhaupt noch?

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das kann doch nicht wahr sein! Wir haben unzählige Probleme auf der Marschbahn. Wir haben eine Insel - die Insel Sylt -, die nur per Bahn oder Fähre angeschlossen ist. Wir haben jeden Tag dramatische Situationen. Wir haben Menschen, die gerade auf die Bahn angewiesen sind. Das ist nicht der SUV-fahrende Porscheurlauber, der auf Sylt Spaßurlaub machen will, sondern das sind Pendlerinnen und Pendler, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf die Zuverlässigkeit angewiesen sind.

Wir haben ein gemeinsames Signal aus diesem Haus gesendet und klargemacht: Die Marschbahn muss ausgebaut werden, die Marschbahn ist uns furchtbar wichtig. - Sich jetzt hier hinzustellen und

**(Lukas Kilian)**

weil die Parteifreundin diesen Entwurf abgeändert und ein Veto eingelegt hat, zu erklären, was der Nutzen dieser Entscheidung war, ist wirklich absurd. Überdenken Sie Ihre Entscheidung!

- Herr Dr. Stegner, verlassen Sie nicht das Haus, sondern reden Sie mit!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich hole mir nur Wasser, wenn ich darf!)

- Na ja, holen Sie sich gern Wasser, aber vergessen Sie auf dem Weg nicht, mit Ihren Parteifreunden, Ihrer Regierungsspitze zu sprechen! Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD. Es stünde uns allen gut zu Gesicht, wenn auch die SPD-Umweltministerin dieses Projekt wieder wichtig fände.

Aber Sie haben vollkommen recht mit Ihrem kleinen staatspolitischen Vortrag an den Juristen Bernd Buchholz: Die Bundesregierung ist Exekutive, die Legislative hat jetzt zu entscheiden. Ich hoffe, dass Ihre Bundestagsfraktion nicht mit ähnlich schwachmatischen Argumenten kommt und sich nicht mit einem Barwert von 30.000 € über den Tisch ziehen lässt, was das Thema München-Mühldorf-Freilassing angeht, sondern dieses Projekt wieder in den Gesetzentwurf aufnimmt, weil wir das für die Pendlerinnen und Pendler in Schleswig-Holstein brauchen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Senioren und Seniorinnen von der Volkshochschule Rendsburg.

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zum Kollegen Vogel. Herr Kollege Vogel, seit Jahrzehnten fordern wir gemeinschaftlich in diesem Haus die Elektrifizierung der Marschbahn unter anderem aus ökologischen Gründen.

(Kai Vogel [SPD]: Das ist etwas anderes!)

Sie wissen, wir haben die rote Laterne. Nur 29 % unserer Strecken sind elektrifiziert. Das Perfide ist,

jetzt die Begründung zu hören. Wir bekommen den Ausbau der Infrastruktur nicht, weil es nicht ökologisch sei. - Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Lassen Sie mich auch Folgendes sagen: Jahrzehntlang wurde die Infrastruktur vernachlässigt. Die Bahn in Deutschland, aber gerade auch die Marschbahn - wenn wir ehrlich sind - gleicht einem Scherbenhaufen. Wir wollen im Zeitalter des Klimawandels vom ÖPNV überzeugen. Wir wollen Menschen vom Auto auf die Bahn bringen. Wir erleben aber, dass wir Menschen von der Bahn verlieren, weil Sie schlicht und ergreifend die Faxen dicke haben, weil im Jahr 2019 ein hundert Jahre altes, gut ausgestattetes Infrastruktursystem nicht mehr verlässlich funktioniert, nicht mehr pünktlich funktioniert.

Das ist ein Punkt, zu dem auch wir Grüne sagen: Das muss sich in Deutschland ändern. Wenn wir den Klimawandel beherrschen wollen, müssen wir auch in der Mobilität auf ökologische Alternativen zurückgreifen können.

Bei der Befassung mit diesem Gesetz sage ich aber auch - glauben Sie mir das -: Wir wollen einen schnellen Ausbau - wir haben uns in diesem Haus sehr klar dazu bekannt -, aber der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Ich lese in dem Gesetzentwurf Begründungen von Herrn Scheuer, die nach meiner Auffassung gegen das verstoßen, was wir gemeinsam in der Aarhus Konvention von 1998 beschlossen haben, nämlich zu dem „Schutz des Rechts ... gegenwärtiger und künftiger Generationen auf ein Leben in einer ihrer Gesundheit und Wohlbefinden zuträglichen Umwelt beizutragen“.

Wenn wir diese Rechte übergesetzlich in einer Legalplanung beschneiden - Herr Scheuer verkürzt in dem Gesetzentwurf Fristen -, ist das für Umweltverbände und Menschen, die sich vor dieser Legalplanung schützen wollen, eine Last. Diese Fristverkürzung ist eine Last. Ich sage auch: So schnell ich ausbauen möchte, so wenig möchte ich die alten Konflikte, von denen wir vor Stuttgart 21 gedacht haben, wir hätten sie in dieser Gesellschaft eigentlich überwunden, wiederaufkommen lassen, nämlich dass wir nicht darauf achten, dass Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe stattfindet, dass Öffentlichkeitsbeteiligung für Umwelt- und Naturschutz in unserem Land eine Errungenschaft ist, die wir gemeinsam befürworten.

**(Dr. Andreas Tietze)**

Ich habe in der Begründung auch gelesen, dass nur 0,04 % der Verfahren an Verwaltungsgerichten Verbandsklageverfahren aus Umweltschutzgründen sind. 0,04 % in Deutschland. Allerdings: Wenn geklagt wird, dann sind die Kläger gut, dann gewinnen sie. Das sehen wir an der A 20. Das heißt, wenn sie das Klagerecht wahrnehmen, sind sie in der Lage,

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Alles zu blockieren!)

Fehlplanungen und Planfeststellungen, die im Vorfeld falsch gelaufen sind, aufzudecken. Deshalb sage ich bei allem, was ich aus Berlin lese und was ich durch Herrn Minister Scheuer höre: Durch die Hintertür die Axt an das Verbandsklagerecht zu legen und Verbände von hinten durch die kalte Küche auszuschließen, wird es mit Grün nicht geben - um das auch einmal zu sagen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Sandra Redmann [SPD]: Wie bitte?)

Deshalb wollen wir klar und deutlich sagen: Warum wir für den Ausbau der Marschbahn sind, ist ganz klar. Das ist eine Notsituation, das ist Daseinsvorsorge. Die einzige verlässliche Verkehrsinfrastruktur auf dieser Insel ist die Bahn. Deshalb sind wir für diese Legalplanung. Wir schauen uns diesen Prozess aber genau an. Herr Scheuer ist in der Tendenz wie ein Elefant im Porzellanladen und zerstört Vertrauen. An dieser Stelle machen wir auch im Bund nicht mit.

Ein schlechtes Gesetz, das diese Rechte aushebelt, wird vor dem EuGH scheitern. Das hat Herr Scheuer bei der Maut schon erlebt. Deshalb sagen wir: Eine Planungsvereinfachung kann gute Pläne nicht ersetzen, und schlechte Planverfahren von hinten durch die kalte Küche wird es mit uns nicht geben. Wir werden den Prozess konstruktiv begleiten.

Für uns ist völlig klar: Die Marschbahn muss beschleunigt werden, aber nicht gegen die Prinzipien des Klagerechts der Verbände, nicht gegen die Prinzipien eines guten Natur- und Umweltschutzes in Deutschland. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennis Bornhöft [FDP])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Ich wollte eigentlich mit dem Satz beginnen: Da ist die Bundesumweltministerin von der SPD auch der eigenen Partei in den Rücken gefallen. - Aber nach den Ausführungen des ansonsten sehr geschätzten Kollegen Vogel nehme ich diesen Satz zurück, denn offenbar ist die Umweltministerin nicht der SPD, sondern dem gesamten Bundesland Schleswig-Holstein in den Rücken gefallen.

Zunächst sah der Referentenentwurf des Bundesverkehrsministeriums bekanntlich vor, den Ausbau der Marschbahnstrecke als beschleunigtes Verkehrsprojekt in das neue Maßnahmengesetz aufzunehmen. Nun aber kommt, auf Betreiben von Frau Schulze, die abrupte Wende - ein fatales Signal für Sylt-Bewohner, für die Berufspendler und unsere Urlaubsgäste.

In der Tat stellen sich mehrere Fragen. Welche konkreten Gründe haben das Umweltministerium im Bund dazu veranlasst, zulasten der Marschbahn zu entscheiden? Die bisher angeführten Gründe können es wohl kaum sein, denn die sind wahrlich zu dünn. Warum erfüllt der Ausbau der Marschbahn nach Ansicht von Frau Schulze nicht jene verfassungsrechtlichen Anforderungen, die an beschleunigte Verkehrsprojekte der Legalplanung zu stellen sind? Welche verkehrspolitischen Prioritäten verfolgt die Bundesregierung überhaupt, wenn einerseits die Zahl der zu beschleunigenden Verkehrsprojekte von sechs auf zwölf erhöht, andererseits aber der Marschbahnausbau davon ausgenommen wird?

Weiter fragen wir uns, welchen Stellenwert die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein auf Bundesebene überhaupt noch besitzt, wenn unser Bundesland bereits bei einem derart problembeladenen Thema wie der Verkehrsanbindung nach Sylt von der Bundesregierung im Stich gelassen wird. Wir fühlen uns von dieser Bundesregierung im wahrsten Sinne des Wortes abgehängt.

(Beifall AfD)

Von Beginn an stand schließlich fest, dass die Zahl der zu fördernden Projekte begrenzt und die Begehrlichkeiten auf Landesebene dafür umso größer sein würden. Dass die Marschbahn jetzt nicht zum Zuge kommen soll, obwohl die Zahl der Projekte zuvor sogar erhöht worden ist, ist ein Unding.

Mit dem aktuellen Veto der Bundesumweltministerin ist absehbar, dass die Marschbahn auch im wei-

(Volker Schnurrbusch)

teren Verlauf dieser Legislaturperiode zu unserer ständigen Begleiterin wird, denn ein Ende der Probleme ist nicht in Sicht. Weiter werden Monat für Monat Tausende von Zugreisenden, besonders Pendler, auf dem Weg nach Sylt von Verspätungen, Zugausfällen und einer maroden Infrastruktur daran gehindert werden, pünktlich an ihr Ziel zu gelangen. Die Ursachen sind bekannt: mangelhafte Wartung von Zug- und Gleisanlagen, fehlendes Personal, besonders bei den Lokführern. Die Eingleisigkeit des Bahnverkehrs und gleichzeitig hohe Zugdichte sind nach wie vor unverändert Hauptursachen des Problems. Bereits kleine Verspätungen reichen aus, um die Pünktlichkeit für den ganzen Tag zu Fall zu bringen, denn alle Trassen sind belegt, und es gibt keine Möglichkeit, Verspätungen aufzuholen.

Die angekündigten Investitionsmaßnahmen der Deutschen Bahn auf der Marschbahnstrecke mit geplanter Grundsanierung bis zum Jahr 2022 können deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, dass der laufende Betrieb auf dieser wichtigen Anbindung nach wie vor gravierende Mängel aufweist. Schon oft wurde in der Vergangenheit vonseiten der Bahn zwar eine Stabilisierung des Zugverkehrs beschworen, aber hier war regelmäßig der Wunsch der Vater des Gedankens. Vor diesem Hintergrund ist der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke nach Sylt trotz der gegenwärtigen Rückschläge mit Nachdruck voranzutreiben.

Der Bund ist am Zug. Wir unterstützen daher den vorliegenden Dringlichkeitsantrag zur Wiederaufnahme des Marschbahnausbaus in das Maßnahmenbeschleunigungsgesetz, denn - darüber sind wir uns fast alle einig - Svenja Schulze darf in dieser Frage nicht das letzte Wort behalten.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Fraktionsvorsitzende Lars Harms.

(Zurufe)

- Doch nicht. Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank für das Wort! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Jugendorganisation des SSW hat auf unserem letzten Parteitag Bullshit-Bingo gespielt. Hat ein Redner oder eine Rednerin einen erwarteten Satz gesagt,

wurde der abgestrichen. Ich könnte das am Beispiel der Marschbahn-Debatte durchaus wiederholen. Wir haben alle Argumente und alle Fakten über Pendlerzahlen, Strafzahlungen und Verspätungen auf der Strecke der Marschbahn schon mehr als einmal gehört. Tausende Pendler sind darüber schon in Rente gegangen. So manches Schulkind, das sich die Füße in Klanxbüll festgefroren hatte, weil der Zug nicht kam, studiert mittlerweile schon.

Eine der ertragsreichsten Strecken der Deutschen Bahn ist trotz vielem Lob und vieler Kritik weder zweigleisig ausgebaut noch elektrifiziert. Stattdessen wird die Situation langsam, aber sicher zu einem echten wirtschaftlichen Hemmschuh für die Region Nordfriesland. Autozug und Pendlerverkehr sowie Tagesausflügler und Urlauber, alles muss durch diesen Flaschenhals, und seit Neuestem sogar mit zwei konkurrierenden Anbietern.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter, einen Moment bitte. - Es ist sehr laut. Wenn Sie Gespräche führen müssen, dann tun Sie das bitte draußen. Ansonsten würde ich Sie bitten, dem Abgeordneten Meyer zuzuhören.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Durch das Beschleunigungsgesetz sollte jetzt endlich der nötige Rückenwind kommen, doch das scheint jetzt vom Tisch. Ausgerechnet das Umweltministerium findet den klima- und verkehrspolitischen Nutzen des Ausbaus nicht ausreichend für das Beschleunigungsgesetz. Der Nutzen einer zweigleisigen Marschbahn ist angeblich zu gering. Das muss man erst einmal hinbekommen, nämlich ein umweltfreundliches Projekt mit dem Argument des mangelnden Umweltnutzens zu kippen.

Ich hoffe sehr, dass der Antrag der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten noch eine Wende bringt. Bei aller Aufregung um die hoffentlich korrigierbare Entscheidung der Berliner Fachleute wird allerdings vergessen, dass auch der beschleunigte Ausbau die Probleme erst in einigen Jahren beheben wird. Was bis dahin bleibt: dreckige Wagen, Züge ohne Barrierefreiheit, kaputte Toiletten und so weiter. Diese Missstände hätte die Deutsche Bahn schon lange beheben können. Tut sie aber nicht. Auch der Einsatz von mehr Lokomotivführern und mehr Werkstattpersonal ist kaum spürbar. Es kommt weiterhin immer wieder zu Verspätungen und verpassten Anschlusszügen.



**(Flemming Meyer)**

Damit sind wir dann wieder beim Bullshit-Bingo, also dabei, dass wir immer wieder Appelle an die Deutsche Bahn richten. Dort stellt man die Ohren auf Durchzug, wenn wir hier in Kiel etwas von ihnen wollen oder berechnete Forderungen stellen. Sogar Strafzahlungen bringen nur kleine Erfolge.

Schon vor zwei Jahren hatte nach dem Ausfall von 90 alten Wagen Minister Buchholz gezetert, ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Wir sind eine Industrienation, die technisch so weit vorne sein sollte, dass ein schienengebundener Personennahverkehr zwischen Westerland und Niebüll stabil laufen kann. Alles andere kann nicht sein, das darf nicht sein, das muss sich ändern.“

Tut es aber nicht. Die Pendlerinnen und Pendler, die viele Stunden vor und nach der Arbeit in verspäteten Zügen verbringen, haben keine Geduld mehr. Sie glauben langsam nicht mehr an eine Verbesserung. Warum man überhaupt als Urlauber auf Sylt mit einer Ausdehnung von etwas mehr als 30 km ein Auto benötigt und damit einen Autozug, ist vielen schon ein Rätsel. Einige Betroffene haben in einem millionenfach geklickten Video ein Katapult ins Spiel gebracht. Das war natürlich nur ein Spaß. Wir sollten aber tatsächlich mal in andere Richtungen denken.

Das betrifft zum Beispiel die Fähre zwischen List und Rømø. Diese Verbindung entlastet die Schienenverbindung durchaus - so gut, dass inzwischen sogar zwei Fähren eingesetzt werden sollen. Die Reederei scheint also gut daran zu verdienen. Allerdings ist die Kapazität der Fähren begrenzt und der Umweg nicht unerheblich. Außerdem sind Umbuchungen und Stornierungen nicht so einfach wie bei der Deutschen Bahn. Eine App existiert beispielsweise noch nicht. Hier wäre es wünschenswert, wenn der Verkehrsminister über die Grenze hinweg denken würde und die Fähren in ein Gesamtkonzept einbeziehen würde. Warum gibt es keine Schnellbusanbindung an die Fähren oder reduzierte Fahrtickets für Pendler? Ich denke, es wäre schon lohnend, darüber nachzudenken.

Eine andere Strategie wäre die bessere Nutzung der Autozüge. Diese fahren manchmal nur halbleer hin und her.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Warum gibt es keine Konzepte, diese Kapazitäten für die Pendler zu nutzen? Warum gibt es keine Busse auf dem Autozug, mit denen jeweils über 50 Menschen hin und her kommen könnten? Wollen wir wirklich messbare Erfolge erzielen, müssen wir aus dieser Dauerschleife der Bitten und Appelle herauskommen, und das möglichst schnell. - Jo tak.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Marschbahn ist ein sehr prominentes Beispiel dafür, was passiert, wenn man eine Trasse - einen Gleiskörper - jahrzehntelang vernachlässigt. Herr Kollege Vogel, jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen: Buchholz hätte das in den zweieinhalb Jahren ruhig mal regeln können. Der könnte ja mal endlich Durchsetzungsvermögen zeigen. Da frage ich mich: Wer hat denn in den letzten 30 Jahren hier regiert? Hatten wir in den letzten 30 Jahren nicht die Möglichkeit, Durchsetzungsvermögen zu zeigen? - Dann sagen Sie noch: Seit Antritt dieser Landesregierung habe sich das verschlechtert. In dieser Aussage ist wirklich gewaltige Chuzpe. Ich sage Ihnen: Dieser Minister da hat viele Dinge gemacht, vor denen die anderen Minister, die seine Vorgänger waren, einfach Angst hatten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Er hat den Druck erhöht, sodass 160 Millionen € für ein Sofortprogramm gekommen sind. Er hat Maluszahlungen verhängt, an die Sie noch nicht einmal zu denken gewagt haben.

(Zurufe)

Dadurch sind die Pendler entschädigt worden. Dadurch sind wir in Planungsvorleistung gegangen.

Ich denke, dieses Spiel „Wir haben, und ihr habt nicht“ ermüdet auch außerhalb der politischen Blase, in der Sie sich anscheinend ausschließlich aufhalten. Den Spieß umzudrehen und zu sagen: Bitte, bitte, regelt das doch in zweieinhalb Jahren, was wir in 30 Jahren nicht hingekriegt haben, das ist schon ganz schön gewagt.

**(Kay Richert)**

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Festzuhalten bleibt: Nach dem Regierungsantritt dieser neuen Landesregierung bewegt sich tatsächlich etwas. Das ist spürbar, und das merken auch alle außer Ihnen, und es ist auch gut so, dass das so bleibt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Christopher Vogt, gemeldet.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Die FDP kapert das Thema!)

**Christopher Vogt [FDP]:**

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Planungsrecht in Deutschland ist wirklich eine Katastrophe.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Wir erleben immer wieder, dass gesagt wird: Dieses Verhinderungsrecht kommt aus der EU, die Wasserrahmenrichtlinie und so weiter, all das kommt aus Brüssel. Wir leben neben Dänemark. Ich bin ein Freund des SSW. Ich finde es manchmal etwas too much, wenn die sagen: Wir machen alles am besten einfach so wie in Dänemark.

An einer Stelle ist man in Dänemark aber wirklich gut, nämlich beim Bau von Infrastrukturprojekten. Warum? Weil man es dort auf die legislative Ebene gezogen hat. Genau das Gleiche ist sozusagen die Legalplanung, nämlich zu sagen, man zieht das zum Gesetzgeber zurück.

Insofern muss man ganz ehrlich sagen: Das Verhinderungsrecht, das wir in Deutschland haben, nämlich die Rechtsprechung und die Gesetzgebung an dieser Stelle soll eigentlich dem Umweltschutz dienen. Bei der Marschbahn sehen wir besonders, dass dies mittlerweile kontraproduktiv ist, weil man eben nicht nur Autobahnen verhindert, die aus meiner Sicht auch ökologisch sinnvoll sein können, weil man Staus verhindert, sondern auch Bahnprojekte weden dadurch verzögert und behindert.

(Zurufe SPD)

Wir sehen das bei der Marschbahn. - Frau Kollegin, immerhin gibt es eine positive Nachricht, dass in dem Kabinettsbeschluss der Nord-Ostsee-Kanal enthalten ist. Das sollten wir an dieser Stelle einmal betonen. Das ist die einzig gute Nachricht. Aber

dass die Marschbahn nicht drin ist, ist wirklich ein Desaster und eine Katastrophe. Herr Dr. Stegner, Sie schaffen es als SPD sogar, und ich finde, das zeigt das ganze Elend Ihrer Partei derzeit, die Grünen gegen sich aufzubringen, die sagen, hier muss die Planung beschleunigt werden. Es macht wenig Sinn, diese langen Planungsprozesse zu machen, weil dies dem Umweltschutz nicht dient, sondern an der Stelle dem Umweltschutz schadet.

Wir müssen an dieser Stelle wirklich einmal ein Signal - und deswegen auch heute dieser Antrag - an die Pendlerinnen und Pendler senden, die besonders auf diese Zweigleisigkeit zwischen Klanxbüll und Niebüll angewiesen sind. Wir müssen das Signal senden: Wir wollen das beschleunigen, das muss schneller gehen, wir wollen das. Das kann nicht noch zehn Jahre länger dauern, weil wir völlig beknackte Planungsverfahren haben.

Herr Vogel, jetzt habe ich Ihre Rede und das, was Sie uns eigentlich sagen wollen, nicht wirklich verstanden. Sie haben gesagt, Sie stimmen unserem Antrag heute zu. Das Spannende ist: Als wir damals die Legalplanung gefordert haben, hat die SPD sich enthalten.

Heute stimmen Sie zu, obwohl Sie sich gleichzeitig ein bisschen gerechtfertigt haben, indem Sie gesagt haben: „Na ja, vielleicht ist es ja richtig, dass das Umweltministerium darauf gedrängt hat, das herauszunehmen, weil es das fachlich gar nicht durchsteht.“ Das fand ich spannend.

Meine Damen und Herren, die Bundesumweltministerin irrlichert natürlich an dieser Stelle, und Kritik an Herrn Buchholz ist wirklich fehl am Platze; denn es war die Bundesumweltministerin von der SPD, die den Referentenentwurf entsprechend hat abändern lassen.

Jetzt wird es spannend. Das Ziel unseres Antrags ist es, auf den Deutschen Bundestag einzuwirken, damit das entsprechend wieder geändert wird. Deswegen wollten wir das unbedingt noch in dieser Tagung machen.

Herr Dr. Stegner, mich würde interessieren: Was haben Sie eigentlich in der letzten Woche für Gespräche geführt, damit sich die SPD entsprechend korrigiert?

Die FDP-Bundestagsfraktion hat angekündigt, dass sie die Aufnahme der Marschbahn in dieses Gesetz beantragen wird. Ich bin gespannt, wie sich SPD- und auch CDU-Abgeordnete verhalten werden. Sie haben die Chance. Führen Sie Gespräche, und berichten Sie uns vielleicht noch in einem Dreiminu-

(Christopher Vogt)

tenbeitrag, welche Gespräche Sie geführt haben und ob diese Gespräche bereits gefruchtet haben, Herr Dr. Stegner. Wir brauchen das Signal für die Marschbahn und für die Pendlerinnen und die Pendler. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich der Abgeordnete Lars Harms gemeldet.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte anfangs mit einem - ich will mal sagen - Märchen aufräumen, weil der Kollege Tietze vorhin angesprochen hat, dass es mit den Grünen nicht machbar sei, eine neue Art des Planungsrechts zu schaffen.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte ganz deutlich Folgendes sagen, lieber Kollege Tietze, und das ist auch ganz wichtig:

Wenn man das dänische System übernimmt - und das ist es ja im Grundsatz -, dann schiebt man die Grundsatzentscheidung auf die Legislative, auf die Politik, und will, dass das Parlament entscheidet, ob eine Infrastruktur wichtig oder nicht wichtig ist und ob man sie ändern will. Danach, wenn denn demokratisch entschieden ist, ob man ein Projekt haben will, fängt es in Dänemark an. Dann guckt man, wie man dieses Objekt so ökologisch und so nachhaltig wie möglich umsetzen kann. Dann laufen alle Beteiligungsverfahren an, auch mit sämtlichen Verbänden, die sich daran beteiligen und mit guten Anregungen kommen können. Der Kern der ganzen Sache ist nur, dass man dann schneller fertig ist.

Ich sehe dieses, was wir jetzt machen, eigentlich eher als einen Probestein, dass wir irgendwann vielleicht einmal ein richtig ordentliches Planungsrecht kriegen, das vor allem auch demokratisch verankert ist, bei dem tatsächlich einmal Mehrheitsentscheidungen getroffen werden können, damit man weiß, woran man ist, meine Damen und Herren.

Aber das ist nicht der einzige Punkt, um den es mir geht. Es geht ja auch darum - sage ich einmal -, dass eine vogelwilde und ahnungslose Bundesumweltministerin auf Bundesebene

(Lachen CDU)

manchmal Dinge verzapft, bei denen man wirklich wahnsinnig werden kann. Wenn ich mir vorstelle:

Ein gutes Bahnprojekt, das einzige, wird herausgenommen, Dinge aber, die schlechter geeignet sind, werden reingenommen, dann weiß ich natürlich, dass das tiefster Regionalismus ist; das ist nichts anderes.

(Heiterkeit CDU - Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Regionalismus ist ja auch mir nicht fern. Aber ich würde so etwas nie tun. Ich würde immer das gute Projekt, wenn es bei mir ein regionales Projekt gibt, mit reinsetzen. Das wäre schlauer, meine Damen und Herren.

(Christopher Vogt [FDP]: Du stehst ja wenigstens dazu!)

- Ich stehe wenigstens dazu.

Aber es geht mir um eine gute Argumentation; denn ich glaube, es ist auch eine Herausforderung, das Projekt wieder reinzukriegen. Deswegen will ich noch ein ganz wichtiges Argument mitgeben:

Stellen Sie sich vor, wir hätten in Bayern irgendein Tal, das man mit Verkehrsmitteln aus der Bundesrepublik Deutschland heraus nicht erreichen könnte. Was würden wir dann machen? - Dann würden wir die Bagger kommen lassen, damit die dann eine Bahnlinie oder eine Straße dorthin bauen, damit man in dieses Tal kommen kann, damit die Menschen dort irgendwie angeschlossen sind.

Sylt ist aus der Bundesrepublik Deutschland heraus nur mit der Bahn zu erreichen. Deshalb besteht eine gottverdammte Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, dafür Sorge zu tragen, dass die Leute ihre verkehrsmäßige Grundversorgung gestellt kriegen. Das ist eine wichtige Aufgabe, die schnell erfüllt werden muss. Diese Aufgabe kann man nur schnell erfüllen, wenn die Bahnstrecke eben auch in dieses Gesetz eingebunden wird. Das ist ganz wichtig. Auch Sylter haben Rechte, meine Damen und Herren, und dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Ich habe in der Tat mit vielen Kolleginnen und Kollegen in Berlin gesprochen. Wir unterstüt-

**(Dr. Ralf Stegner)**

zen es, dass der Antrag gestellt wird, damit das Ding wieder reinkommt.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Das Parlament wird darüber am Ende entscheiden. Das sage ich, obwohl ich große Zweifel habe - ich werde das gleich begründen -, ob es sich hier um das geeignete Instrument handelt. Aber ich bin dafür, dass wir das tun, damit niemand sagen kann, wir hätten nicht alles versucht, damit das schneller geht. Wir sollten alle dafür eintreten, unbeschadet dessen, wer das nun im Kabinett wie geregelt hat. Ich finde, das sollen wir machen. Ich habe die Kolleginnen und Kollegen gebeten, das zu tun. Wir haben ja mächtige Bundestagsabgeordnete aus Nordfriesland, die das unterstützen. Wir haben eine tolle FDP-Bundestagsfraktion; die wird das auch noch unterstützen. Das wird also passieren. - Das ist der Punkt eins.

(Zustimmung Dennys Bornhöft [FDP])

Punkt zwei. Wenn man sich dieses Gesetzeswerk mit diesem kuriosen Namen anguckt, dann, so muss man sagen, ist das eigentlich für Projekte gedacht, die rechtlich umstritten sind, bei denen es ganz große Widerstände von Einwendern und Klagenden gibt. Davon kann bei der Marschbahn gar keine Rede sein, übrigens beim Nord-Ostsee-Kanal auch nicht. Da ist nicht das Problem, dass Leute dagegen klagen, sondern da fehlen Personal und Geld. Der Planfeststellungsbeschluss ist für das Jahr 2028 vorgesehen. Das ist doch kompletter Wahnsinn! Das muss doch viel schneller passieren. Wir brauchen überall Beschleunigung, was diese Dinge angeht.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Aber bitte.

**Christopher Vogt [FDP]:** Verehrter Herr Kollege Stegner, es ist ja schön, dass Sie Gespräche geführt haben und dass wahrscheinlich Genossen, mit denen Sie gesprochen haben, gesagt haben, sie würden sich dafür einsetzen. Das ist erst einmal wunderbar.

Die spannende Frage ist aber: Wird die SPD-Bundestagsfraktion das entsprechend beantragen, oder wird sie einem Antrag aus der Opposition zustimmen, dass die Marschbahn wieder aufgenommen wird? Es ist ja nicht entscheidend, dass Sie mit jemandem gespro-

chen haben und irgendjemand gesagt hat, er finde das auch gut und wolle sich dafür einsetzen, sondern die Frage ist, was Ihre Fraktion im Bundestag machen wird. Stimmt sie jetzt der Aufnahme der Marschbahn zu, oder stimmt sie dagegen? Das ist ja die spannende Frage bei der heutigen Debatte.

- Ich finde es spannend, was am Ende dabei herauskommt. Ich hoffe, dass es reinkommt.

(Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

- Entschuldigung! Sie müssen es schon ertragen, wenn ich so antworte, wie ich es richtig finde. Ich sitze hier im Landtag und habe nicht nur mit Leuten aus der SPD darüber, sondern auch mit Ministeriumsvertretern darüber gesprochen, was in dieser Frage passiert. Ich bin guten Mutes, dass das wieder reinkommt und es am Ende so ausgeht, wie wir uns das wünschen.

Noch einmal: Ich bin dafür, dass wir alles tun müssen, um eine Beschleunigung zu erreichen. Trotzdem müssen Sie es ertragen, dass es ein kompliziertes und auch verfassungsrechtlich problematisches Gesetz ist, das eigentlich für Projekte einer Dimension wie zum Beispiel die A 20 gedacht ist. Bei der ist es in der Region durchaus schwierig, das hinzubekommen, nicht aber bei der Marschbahn, bei der kein Mensch irgendetwas dagegen haben kann, dass deren Situation verbessert wird. Das Gleiche trifft beim Nord-Ostsee-Kanal zu. Das Problem sind nur die Mittel und die Planer, die eingestellt werden müssten, damit es endlich losgeht und damit der Planfeststellungsbeschluss nicht erst in zehn Jahren ergeht, was ein kompletter Irrsinn ist.

Nun zu meinem dritten Teil. Sie müssen es auch ertragen, wenn ich hier sage, dass es jedenfalls trotz der netten Beiträge Ihrer Fraktionskollegen dem dynamischen Ankündigungsminister Buchholz eben nicht gelungen ist, in den letzten Monaten zu entscheidenden Verbesserungen bei der Marschbahn zu kommen. Das muss man einfach feststellen. Vielmehr ist die Situation dort nach wie vor ärgerlich und schlecht, wenn man mit den dortigen Bürgerinitiativen redet. Daran sind Sie keineswegs alleine schuld, überhaupt nicht. Aber Sie sind jedenfalls nicht so erfolgreich, wie Sie tun. Wir müssen an allen Ecken und Enden beschleunigen. Da muss man übrigens, Herr Kollege Tietze - -

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Nein. Ich wollte mich jetzt eigentlich mit dem Kollegen Tietze beschäftigen. Ich fange noch einmal an und sage: Natürlich dürfen Rechte nicht eingeschränkt werden. Aber es kann nicht sein, dass wir einen solchen Planungswahnsinn haben wie in Deutschland, dass jede Leitung und alles Mögliche über viele, viele Jahre geprüft werden muss. Dadurch werden die Leute demotiviert und gehen zu anderen rüber. Wir müssen das schneller hinkriegen. Wir müssen diese Leute am Anfang gut beteiligen und dann schnell handeln. Das ist das, was wir wollen.

Langer Rede kurzer Sinn - und deswegen stimmen wir Ihrem Antrag auch zu -: Wir haben zwar Zweifel, ob dies das richtige Instrument ist. Aber wir wollen uns nicht übertreffen lassen in dem gemeinsamen Ehrgeiz, alles dafür zu tun, damit die Pendlerinnen und Pendler, die die Marschbahn benutzen, bessere Verhältnisse vorfinden. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein. Es kommt ja auch bei Ihnen manchmal vor, dass Sie Bundestagsabgeordnete überzeugen müssen; das kennen wir alle aus unseren Bezügen; das versuchen wir hinzukriegen. Wir haben als Schleswig-Holsteiner in Berlin keine so großen Bataillone; deshalb ist es gut, wenn das verschiedene Parteien tun.

Aber wir müssen bei den anderen, bei den komplizierten und schwierigen Riesenvorhaben dafür sorgen, dass Schnelligkeit in das Verfahren kommt, dass Personal bereitgestellt wird, dass Mittel fließen, damit es losgehen kann. Wir alle sind dafür, dass sich die Dinge verbessern, erst recht beim öffentlichen Personennahverkehr. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Gestatten Sie mir, Frau Präsidentin, eine Bemerkung zum Kollegen Harms. Uns geht es auch darum, die Planung zu beschleunigen. Ich darf an der Stelle auch einmal daran erinnern, dass es Herrn Habeck bei den Stromtrassen hervorragend gelungen ist, durch eine vorgezogene Planung mit den Leuten zu reden und herauszufinden, wo die geringsten Raumwiderstände sind, wie ökologische Risiken ausbalanciert werden können. Wir haben in

Regierungsverantwortung gezeigt, dass wir politische Ziele, die wir haben, schnell und klar umsetzen können. Darum geht es mir.

Was ich aber deutlich machen wollte - da bin ich bei dem Kollegen Stegner -, ist dieses: Parlamente können auch irren. Wenn ich mir in der Annahme der Fehmarnbelt-Querung einmal den ersten Beschluss anschau, durch die alten Bäderorte die Bahnstrecke durchplane mit 800 Millionen € und ein Parlament hätte das als die allein selig machende Planungsentscheidung beschlossen, dann hätten wir doch hier in Schleswig-Holstein den Knüppel auf dem Kopf gehabt. Erst durch Bürgerbeteiligung, durch das Dialogforum haben wir Verbesserungen erreicht.

Herr Dr. Stegner, auch das Thema Stuttgart 21 ist so ein Ding. Da haben wir gemerkt, wenn politische Mehrheiten plötzlich so sind und sagen, jetzt gehen wir da mal durch, gegen jede Vernunft, auch gegen jegliche umweltpolitischen Standards. Das ist dann das, was das Verfahren am Ende verlängert. Dann gehen die Leute vor den EuGH. Dann gehen sie erst richtig vor, und dann sind wir bei Prozessen, die viel, viel länger dauern.

(Beifall des Abgeordneten Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will nur einmal sehr deutlich sagen, meine Damen und Herren: Wir sind sehr konstruktiv mit Ihnen dabei zu fragen - und dafür ist die Marschbahn das beste Beispiel -: Wie beschleunigen wir das? Gar keine Frage.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter Tietze!

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

- Einen Augenblick. Den Gedanken zu Ende. - Aber was nicht geht, ist, Bürgerrechte zu schleifen, und was nicht geht, ist, gegen die Substanzinteressen von Umweltpolitik, die wir alle zu beachten haben, Artenschutz, Flächenversiegelung, Klimawandel - wir haben es 1000-mal diskutiert -, mit aller Gewalt Projekte aus der Perspektive heraus durchzuzeit-schen. Das will ich nur an dieser Stelle deutlich machen.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, Kollege Harms hat ja das dänische Modell gezeigt!)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Bitte schön.

**Martin Habersaat [SPD]:** Herr Kollege Tietze, im Tremolo Ihres donnernden Sowohl-als-auch ist mir jetzt entgangen, sind Sie für das Maßnahmenbeschleunigungsgesetz oder dagegen, und sind Sie für eine Beschleunigung oder nicht?

- Ja, ich bin für eine Beschleunigung. Das habe ich doch ganz deutlich gesagt.

(Beifall FDP)

Aber ich sage auch, in einem normalen Gesetzgebungsverfahren gibt es mehrere Dinge, die man sich genau anschauen muss. Lesen Sie die Gutachten dazu. Das werden wir tun. Ich sage an dieser Stelle noch einmal: Wir wollen die Planung beschleunigen, wir wollen aber keine Rechte schleifen. Das werden wir uns anschauen. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Die Marschbahn ist davon ausgenommen.

Aber sie als Pilotprojekt zu nehmen, wir machen das mal so ein bisschen und schleichen uns in einen Abbau von Rechten von Bürgerinnen und Bürgern und von Umweltrechten ein, das wird es nicht geben. Dazu sage ich auch klar: Wir sind zwar nett, aber nicht blöd. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Weitere Kurzbeiträge gibt es nicht. - Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorausschicken: Diese Landesregierung tut alles dafür, die Situation auf der Marschbahn so zu verbessern, dass die Pendlerinnen und Pendler, aber auch die Touristen die Insel pünktlich und verlässlich erreichen können. Dafür sind wir angetreten, und das versuchen wir, auch durchzusetzen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört, lieber Herr Stegner, dass, nachdem die Koalition in Berlin im Jahr 2018 einen Koalitionsvertrag aufgestellt hatte, in dem steht, dass man an fünf Pilotprojekten eine Legalplanung ausprobieren möchte, diese Landesregierung in meiner Person in Berlin vorstellig geworden ist und gesagt hat: Da passt das Marschbahnprojekt wunderbar rein, nehmt es bitte auf.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Erst ungläubiges Staunen in Berlin, dann die Schaffung der Tatsache, dass man sagt, vielleicht nehmen wir das in den Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf auf. Ja, habe ich gesagt, da gehört es auch hinein. - Das ist etwas, was Ihre Landesregierung früher nie geschafft hat,

(Beifall FDP und CDU)

nicht einmal richtig versucht hat. Dann hatten wir im Herbst des Jahres 2018 das Thema endlich im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans.

Ganz wichtig ist der zweigleisige Ausbau; denn der zweigleisige Ausbau ist das zentrale Element, um die Situation dauerhaft nachhaltig zu verbessern. Dann haben wir in der Tat am 15. Oktober 2019 in Berlin in einer Veranstaltung vom Parlamentarischen Staatssekretär Ferlemann erfahren, dass in einem Referentenentwurf nun auch die Marschbahn als Teil einer Legalplanung in dieses Maßnahmen-gesetzvorbereitungsgesetz aufgenommen worden ist. Darüber haben wir uns gefreut.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Minister Buchholz, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Bitte, immer gern, Frau Metzner, wenn es denn eine Frage wird.

**Kerstin Metzner [SPD]:** Erst einmal würde ich gern mit einem Zitat beginnen, das anlässlich der Aufnahme der Marschbahn in den Bundesverkehrswegeplan ausgesprochen wurde, und zwar ein Zitat aus dem „Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag“.

„Auch hier können wir uns einen zweigleisigen Ausbau vorstellen, vor allem die Auto-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

verladung würden wir gerne umlegen', so Ferlemann.“

Und zwar geht es hier um den zusätzlichen Abschnitt zwischen Tinum und Morsum, der dazu geführt hat, dass sie in den vordringlichen Bedarf hineingekommen ist. Dann heißt es weiter:

„Das unterstützt Buchholz - im Gegensatz zu vielen Syltern, wie der Minister zugibt.“

So ganz klar scheint es nicht zu sein, denn selbst unser Beschluss aus dem Landtag ist vom September 2018. Irgendwie kann ich mir nicht vorstellen, dass Ihre Fraktionen hier schon im September 2018 wussten, dass Tinum-Morsum da mit reinkommen würde. Herr Minister, ich habe eine Frage.

(Heiterkeit)

- Das kann ich mir gut vorstellen.

Seit dem 6. November 2018 wissen Sie, dass Sie 221 Millionen € für die Syltstrecke bekommen, gesichert bis 2030. Sie wissen auch, dass dieses Beschleunigungsverfahren gerade in der ersten Stufe im Scopingtermin jetzt ausgedehnt werden soll von den Trägern öffentlicher Belange auf die breite Bevölkerung. Sind Unterlagen in der Ausarbeitung, dass für den Fall eines Falles dieses Gesetz, sagen wir einmal, nächste Woche oder im Dezember 2019 kommen wird, Sie sofort an die Auslegung gehen könnten? Sind Sie darauf vorbereitet?

- Liebe Frau Abgeordnete, dazu komme ich gleich, wenn Sie mir eine Vorbemerkung gestatten. Es wäre schön, wenn Sie versuchen, die Dinge so nachzuvollziehen, dass Sie sie richtig auseinanderhalten.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Wenn da das Thema Autoverladung auf Sylt steht, dann bezieht sich meine Äußerung, dass es auch Widerstand auf Sylt gibt, auf die Frage der Verlegung der Autoverladung auf der Insel. Das hat mit dem Thema Maßnahmenbeschleunigungsgesetz überhaupt nichts zu tun.

(Beifall FDP und CDU)

Zweitens, Frau Kollegin, mit Ihrer Steilvorlage geben Sie mir die wunderbare Chance, Ihnen noch einmal zu erklären, dass diese Landesregierung in die Vorplanung des zweigleisigen Ausbaus gegangen ist, dort inzwischen schon mehrere Millionen € für drei Planungsabschnitte zwischen Niebüll und

Klanxbüll investiert hat, die Planungsunterlagen durch die Vorplanung gebracht hat, übrigens gemeinsam mit der DB Netz AG, um für den Fall, dass dieses Maßnahmengesetz tatsächlich kommt, in der Lage zu sein, sofort Planungsunterlagen vorzulegen. Das haben wir gemacht. - Herzlichen Dank für Ihre Frage.

(Beifall FDP und CDU)

Aber es fällt einem halt ein bisschen schwer, das nachzuvollziehen, wenn man sich nur sporadisch mit dem Sachverhalt beschäftigt.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Bitte gern, solange meine Zeit angehalten wird.

**Kerstin Metzner [SPD]:** Ich frage noch einmal. Sie wissen, dass diese Vorplanungen erforderlich sind. Sie sagen auch, dass Sie damit angefangen haben.

- Wir haben Teile abgeschlossen.

Für den Fall eines Falles, dass es nicht in das Maßnahmenprogramm hineinkommt, sind Sie dafür gewappnet, dass es als ein stinknormales Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden kann? Ist das abzusehen, dass das trotzdem kommen könnte? Arbeitet Ihr Haus schon daran, dass auf dem schnellsten Weg den Bewohnern von Sylt zugearbeitet werden kann?

- Sehr geehrte Frau Metzner, damit Sie es verstehen: Vorhabenträger für ein Schienenprojekt ist die DB Netz AG.

(Beifall FDP und CDU)

Wir nehmen der DB Netz AG die Vorplanung auf eigene Kosten ab, damit sie, solange sie keinen Planungsauftrag aus dem Berliner Verkehrsministerium hat, nicht erst anfängt, wenn wir schon lange gesagt haben, da hätte schon etwas passiert sein müssen. Genau deshalb sind wir in die Vorplanung eingestiegen. Wir sind in der Lage, indem wir diese Vorplanung für drei Abschnitte sogar schon abgeschlossen haben, heute zu sagen, dass wir diese Planungsunterlagen der DB Netz AG jederzeit übergeben können, um dann zu sagen, auf dieser Basis kannst du ein wunderbares Planungsverfahren einleiten. Das haben wir alles getan.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Jetzt, liebe Frau Abgeordnete, kommen wir zu dem eigentlichen Punkt. Wir haben von Herrn Ferlemann gehört, dass das in diesem Maßnahmenbeschleunigungsgesetz, in diesem Vorbereitungsgesetz steht - Herr Vogel, Sie müssen jetzt leider da durch, wenn Sie so losmarschieren, dann bekommen Sie es jetzt auch in der Breitseite zurück -, um dann von Ihrer Bundesumweltministerin am 06.11.2019 zu hören, dass dieses Thema da aus Gründen rauszukegeln sei, die aus mehreren Gründen nicht nachvollziehbar sind. Damit bleibt es an einer Stelle. Wir haben etwas getan. Ihre SPD-Bundesumweltministerin hat es rausgekegelt. Sollte es also zum Schluss nicht mehr hineinbringbar sein, dann haben sich die 6.000 Pendler der Insel bei der deutschen Sozialdemokratie dafür zu bedanken, dass es dort nicht drin ist.

(Beifall FDP, CDU, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das ist die Wahrheit.

(Zurufe FDP und CDU)

Da sehen Sie mal, welche Dramatik man für die Inszenierung auch noch darunterlegen kann.

(Heiterkeit)

Ich finde das bemerkenswert.

Meine Damen und Herren, die Begründung ist aber so herrlich, dass man sich das in der Tat - der Kollege Flemming Meyer hat vorhin von Bullshit-Bingo gesprochen - auf der Zunge zergehen lassen sollte.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Die Bundesumweltministerin führt aus, eine juristische Abwägung sei erforderlich, an die hohe verfassungsrechtliche Anforderungen gestellt werden. Ach, das stimmt, das ist richtig. Wer ist denn für diese juristische Abwägung im Bundeskabinett zuständig? Die Umweltministerin? Normalerweise macht das ein Justizministerium. Vor allem aber macht es ein Nationaler Normenkontrollrat. Er prüft im Vorfeld, ob das Vorhaben in irgendeiner Form tatsächlich genehmigungsfähig ist. Wenn der Nationale Normenkontrollrat also im Vorfeld feststellt, dass er keinerlei Einwendungen gegen diesen Referentenentwurf hat, der auch die Marschbahn enthält, aber Frau Schulze, dann ist das schon eine erste merkwürdige Begründung.

(Heiterkeit FDP, CDU und AfD)

Die zweite merkwürdige Begründung ist, dass das Projekt - das ist hier mehrfach gesagt worden - verkehrlich und klimatechnisch nicht ausreichend sein

soll. Da ist man deshalb von den Socken, weil mit der Begründung sieben andere Projekte in dieses Paket aufgenommen worden sind.

(Lukas Kilian [CDU]: Hoppala!)

Das Projekt Marschbahn steht - wie gerade gesagt wurde - im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Von den sieben aufgenommenen Eisenbahnprojekten steht nicht einmal eins im Bundesverkehrswegeplan.

(Heiterkeit Christopher Vogt [FDP])

Die verkehrliche Bedeutung dieser wunderbaren Anlage hat sofort dazu geführt, dass Frau Schulze mit dafür sorgt, dass ein nicht im Bundesverkehrswegeplan stehendes Projekt in dieses Gesetz aufgenommen wird, während eins, das im vordringlichen Bedarf steht, herausgekegelt wird. Das ist schon ziemlich irre, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Dann kommt die Abteilung: „Jetzt begründen wir einmal ökologisch.“ Alle wissen hier, dass wir die Zweigleisigkeit auch im Hinblick auf die Elektrifizierung dieser Strecke möchten. Die Elektrifizierung dieser Strecke brauchen wir, weil wir die Dieselszüge schon ab dem Jahr 2030 wahrscheinlich nicht mehr einkaufen können, um auf die Insel zu kommen. Wir brauchen das als Vorlage.

Dann entblödet man sich nicht zu sagen, es habe keinen ökologischen Wert, weil die Zweigleisigkeit nur dazu führt, dass Dieselszüge hin- und herfahren. Das ist ein Hammer in dieser Begründung.

Zur Vergleichbarkeit der anderen Projekte: Was machen die Vertiefung der Ems oder die Vertiefung des Mittelrheins oder die Vertiefung des Nord-Ostsee-Kanals? Sorgt sie dafür, dass nur noch batteriebetriebene Schiffe auf dem Kanal fahren oder was? Hat das an dieser Stelle einen besonderen ökologischen Wert? Die Begründung ist an den Haaren herbeigezogen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das sehe ich genauso!)

Es gilt, was Kollege Flemming Meyer an anderer Stelle sagte. Bullshit ist bei uns in Schleswig-Holstein auf den Feldern zu besichtigen, aber gehört nicht in die Begründung einer Bundesumweltministerin.

(Beifall FDP, CDU, AfD und SSW)

Ich freue mich darüber, Herr Stegner, dass Sie angekündigt haben, nicht nur Gespräche zu führen, sondern auch unterstützen. Ich freue mich wirklich,



(Minister Dr. Bernd Buchholz)

dass es auch hier im Landtag von der Landtagsfraktion die Unterstützung für das Thema gibt. Wir brauchen eine breite Mehrheit dieses Hauses dafür, um unsere Forderungen in Berlin durchzusetzen. Das wird nicht leicht, weil jetzt natürlich alle kommen und sagen, dass sie jetzt ihre Projekte auch noch unterbringen wollen. Es beginnt bei meiner eigenen Bundestagsfraktion und geht über alle anderen Fraktionen. Jetzt kommt jeder aus den Löchern gekrochen und sagt, dass dieses oder jenes Projekt noch in das Gesetz aufgenommen werden soll. Es wird ein Riesenmonsterthema werden. Dann haben wir in der Tat verfassungsrechtliche Probleme, anschließend begründen zu können, warum das eine oder andere Projekt eine ganz besondere, herausgehobene Bedeutung hat.

Aber Lars Harms hat es vorhin gesagt - die besondere Bedeutung dieses Projekts besteht darin, dass es die einzige Landanbindung einer Insel ans Festland ist und Pendlerinnen und Pendler ihren Arbeitsplatz gar nicht anders erreichen können. Die Unpünktlichkeiten, die auf der Strecke entstehen, würden sich auf den Deutschland-Takt, den wir alle wollen, maßgeblich so auswirken, dass er insgesamt als Deutschland-Takt nicht mehr fahrbar ist. Wir haben es mit einer Situation zu tun, in der auf dieser Insel der wichtigste Nabel erreicht wird. Wir wollen am Ende auch ökologisch die Elektrifizierung der Strecke erreichen.

Meine Damen und Herren, ich appelliere an alle, dieses Projekt unbedingt in das Gesetz aufzunehmen. Dann, Herr Stegner, werden wir sehen, ob sich tatsächlich realisieren lässt, dass das dann auch die Beschleunigungseffekte erfährt, und ob es verfassungsrechtlich standhält. Aber es ist eine zusätzliche Chance, dieses Verfahren voranzubringen.

Frau Metzner, natürlich sind wir darauf vorbereitet, notfalls auch ein normales Planfeststellungsverfahren durchzuführen; aber es muss doch alles versucht werden, es beschleunigt hinzubekommen.

Deshalb mein Appell an alle, hier zu unterstützen, in Berlin dafür zu wirken. Die Menschen auf der Insel, die Pendlerinnen und Pendler, die gerade das derzeit erfahren, haben es verdient.

Eine Ausführung zu dem Kollegen Tietze. Er hat es verdient, dass man darauf eingeht. Kollege Harms hat es gesagt - es ist ein Thema, das ein wenig dänisches Vorbild hat. Aber in Dänemark gilt die Aarhus-Konvention auch, und die Gewaltenteilung ist auch in Dänemark nicht aufgehoben.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ja!)

Das heißt, dieses legale Planungsinstrument funktioniert auf eine bestimmte Art und Weise. Wenn man den Gesetzentwurf nicht nur nach den Fristen für einlegende Naturschutzverbände betrachtet, sondern auch danach, was vorgesehen ist, dann beinhaltet dieses Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz unter anderem eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung. Natürlich findet ein Anhörungsverfahren statt. Hierbei ist folgender Passus zu beachten: Stellt man im Verfahren fest, aus den Anhörungen ergibt sich, man wird damit keinen Zeitgewinn haben, ist der Vorhabenträger sofort in der Lage zu sagen, es wieder an das Bundesministerium für Verkehr zu übergeben, um in das normale Planfeststellungsverfahren umzuleiten.

Es ist nur eine Chance. Es werden keine Rechte beschnitten. Es wird einmal der Versuch unternommen, Planfeststellungsverfahren zu beschleunigen. Deshalb appelliere ich an alle: Unterstützen Sie uns dabei, auch in Berlin, und sorgen Sie mit allen Fraktionen dafür, dass dieser wichtige Teilabschnitt wieder in dieses Maßnahmenbeschleunigungsgesetz aufgenommen wird! - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zu. - Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 19/1815 in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf:

**Kapazitäten und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1510

Ich erteile das Wort der Finanzministerin Monika Heinold in Vertretung für den Minister für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf für Minister Albrecht sprechen. Der vorliegende Bericht behandelt verschiedene Themen, die neben dem MELUND auch die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums, des Sozialministeriums und des Verbraucherschutzministeriums betreffen. Es geht um die Unterbringungs- und Beschäftigungssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Fleischwirtschaft. Es geht um die dort vorhandenen Arbeitsbedingungen und die Frage, inwieweit die Unternehmen ihre eingegangenen Selbstverpflichtungen umsetzen, und es geht um Tierschutz.

Meine Damen und Herren, es ist leider kein neues Thema, das wir heute hier diskutieren. Immer wieder sind Missstände in Schlachthöfen und fleischverarbeitenden Betrieben bekannt geworden. Es hat wiederholt Beschwerden über die Unterbringungs- und Beschäftigungssituation von Arbeiterinnen und Arbeitern, vor allem aus Osteuropa, gegeben. Daraufhin hat das zuständige Sozialministerium im Mai 2018 eine Informations- und Überwachungskampagne in den Schlachthöfen und in den fleischverarbeitenden Betrieben initiiert. An der Kampagne wurden neben der staatlichen Arbeitsschutzbehörde auch andere Behörden wie Baubehörde und Gesundheitsämter beteiligt.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die seit 2014 eingegangenen Selbstverpflichtungen der Unternehmen zwar zu besseren Arbeitsbedingungen geführt haben und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Branche zugenommen hat; die Beschäftigung erfolgt aber oftmals über mehrere Subunternehmer. Hier liegt das Problem; denn die Subunternehmen beziehungsweise Vertragsnehmerinnen und Vertragsnehmer suchen Wege, um - unter anderem - die Zahlung des Mindestlohns zu umgehen. Die Arbeitgeberverantwortung liegt zwar bei den Werkvertragsnehmern; aber es entsteht der Eindruck, dass die Betreiber das rechtliche Konstrukt des Werkvertrags nutzen, um Lohnkosten rigoros zu senken.

Meine Damen und Herren, auch wenn es Betriebe gibt, die sich an die Standards des Arbeits- und Sozialrechts sowie an die Selbstverpflichtungen halten, ist unbestreitbar, dass weiterhin Missstände vorhanden sind. Deshalb ist es absolut notwendig, dass die Landesregierung mit Informationen und gezielten Überwachungen tätig ist. Auch müssen die Schlachthofbetreiber von ihren Werkvertragsunternehmen konsequenter einfordern, die im Verhal-

tenskodex und in der Selbstverpflichtung formulierten Standards einzuhalten.

Wie der Bericht zeigt, werden in Schleswig-Holstein nach wie vor viele Tiere geschlachtet. Die Schlachtkapazität liegt in Schleswig-Holstein bei über 2 Millionen Tieren jährlich. Obwohl immer mehr Menschen, gerade auch junge Menschen, sich vegetarisch oder vegan ernähren, wird die Kapazität in den nächsten Jahren vermutlich weiter ansteigen, so der Bericht. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir als Landesregierung uns jetzt und zukünftig für faire Arbeitsbedingungen, Lebensmittelhygiene und Tierschutz einsetzen.

Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher können mithelfen, indem sie fragen, wo das Schwein aufgewachsen ist, woher das Fleisch kommt, wo die Kuh geschlachtet und das Huhn zu Frikassee verarbeitet wurde, um dann bewusst zu entscheiden, welches Fleisch sie zu welchem Preis kaufen und essen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete der SPD-Fraktion Kirsten Eickhoff-Weber.

**Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im September haben wir über Tierwohllabel, Nutztierstrategie und Güllerverordnung gesprochen, heute Morgen über die Zukunft der Landwirtschaft. Die gesellschaftliche Debatte zum Thema Fleisch ist auch in diesem Haus angekommen. Dabei geht es um die Bedingungen in der Fleischindustrie. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Es reicht nicht aus, dass wir genau hinsehen; wir müssen auch Konsequenzen ziehen. Eine Neuausrichtung der Landwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft kann nur gelingen, wenn wir uns auch trauen, die marktbeherrschenden Mächtigen der Fleischindustrie in den Fokus zu nehmen.

(Beifall SPD)

Dabei geht es um Arbeitsbedingungen, Tierwohl, Hygiene, konsequente Kontrollen - und um faire Preise für die Landwirtschaft. Es geht auch um den Schutz von Handwerk und mittelständischen Unternehmen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, danke, dass die Landesregierung diesen Bericht zu Kapazitäten und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen vorgelegt hat.

**(Kirsten Eickhoff-Weber)**

Leider ist dieser Bericht weniger als nur dürr. Schon in der vergangenen Legislaturperiode, im Jahr 2014, wurde uns, damals auf Antrag der FDP, ein Bericht vorgelegt. Der Bericht war ausführlich und umfangreich. Es ist für mich unbegreiflich, dass man sich nicht daran orientiert hat. So reicht es auf jeden Fall nicht.

Zu der Situation der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein - auch das war Teil der Frage - wird nichts gesagt. Nicht ein einziges Wort! Wir lesen viel Problembeschreibung. Ansonsten ist dieser Bericht nur Ausdruck von Macht- und Hilflosigkeit.

Im Jahr 2016 hatte der Schleswig-Holsteinische Landtag mit dem Antrag „Lohndumping in Schlachthöfen verhindern!“ eine heftige Diskussion ausgelöst, die bis Ende 2016 dauerte. Einige Punkte wie die faire Beratung sind auf den Weg gebracht worden. Wir hatten aber auch anderes gefordert, nämlich die Selbstverpflichtung der Fleischindustrie zu überprüfen. Kollege Bernd Voß forderte sogar eine jährliche Überprüfung. In dem aktuellen Bericht steht, dass die Überprüfung leider nicht möglich sei, weil nur nach Berlin berichtet werde, und das sei nicht schleswig-holstein-spezifisch.

Das kann nicht reichen, und das darf nicht reichen. Das darf auch dem Minister nicht reichen. Wir alle wissen von den Problemen in Schleswig-Holstein. Wir wissen von den Ansätzen zur vertikalen Integration. Wir wissen, dass die Bauern keine ordentliche Preise erzielen können. Wir wissen, dass sich die Konzentrationsstrukturen wie ein Pilzgeflecht durch das Land ziehen.

Im Jahr 2015 hat der damalige Umweltminister zur Übernahme der Schlacht- und Zerlegebetriebe Thomsen in Kellinghusen durch Tönnies erklärt:

„Selbstverständlich müssen in Schlachthöfen alle Tierschutz- und Hygienestandards sowie Sozialstandards und Mindestlöhne eingehalten werden. Darin waren Herr Tönnies und ich uns in einem gemeinsamen Gespräch einig. Das Ministerium wird den Prozess intensiv und sorgfältig begleiten.“

Vor Ort sind aktiv: die Kirchen, die Gewerkschaften, Menschen, die einen Runden Tisch in Kellinghusen gegründet haben. Das, was man vor allen Dingen hört: Aus dem Ministerium kommt keine Unterstützung, weder zu dem Thema Hygiene noch zum Thema Tierschutz, schon gar nicht, wenn es darum geht, den Menschen, die unter unwürdigen Arbeitsbedingungen tätig sind, zur Seite zu stehen.

(Beifall SPD)

An dieser Stelle geht mein ausdrücklicher Dank an alle diejenigen, die in den letzten Jahren mit viel Arbeit, auch mit viel Öffentlichkeitsarbeit, etwas erreicht haben. Sie haben dafür gesorgt, dass die Diskussion nicht verschüttet worden ist, nicht verschwunden, sondern oben auf der Tagesordnung geblieben ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Wir haben noch mehr Betriebe in Schleswig-Holstein, große Betriebe, von denen wir auch wissen, dass es Probleme gibt. Meine Aufforderung an den Minister ist - auch in der Konsequenz dessen, was Robert Habeck 2015 erklärt hat - dranzubleiben.

Das Sozialministerium hat, auch als Folge der Berichterstattung, reagiert und einen Prozess auf den Weg gebracht. Es hat dafür gesorgt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Sprache darüber informiert werden, was ihnen zusteht. An dem Beispiel des Sozialministers sollte sich der Umweltminister orientieren. Er sollte dafür sorgen, dass es endlich besser wird - auch für die Bauern.

Der Arbeitskreis hat uns mit auf den Weg gegeben, dass insbesondere das Wohnungsaufsichtsgesetz und die Arbeitsinspektion dringend erforderlich sind. Wir wollen an dem Thema dranbleiben.

Ich bitte um Überweisung dieses Berichts in den Sozialausschuss sowie den Umwelt- und Agrarausschuss. Wir müssen näher hinschauen - im Sinne der Mitarbeiter, im Sinne der Tiere und vor allen Dingen im Sinne einer Zukunft für unsere Landwirtschaft hier in Schleswig-Holstein. - Danke.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuhörer! Herr Kayenburg, Sie sind in der Initiative für bessere Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen aktiv. Ich möchte mich dafür bedanken - nicht nur bei der Kirche, sondern auch bei Ihnen persönlich -, dass Sie sich dafür einsetzen. Mein Dank gilt selbstverständlich auch dem DGB.

(Heiner Rickers)

Frau Ministerin Heinold, ich danke Ihnen, dass Sie hier für den Minister die Rede gehalten und den Bericht vorgestellt haben.

Ich möchte aus der Praxis berichten. Es ist tatsächlich so, dass wir in Schleswig-Holstein noch nennenswerte Schlachtkapazitäten anbieten können. Wir aus der Politik sind froh, dass dies möglich ist. Anderenfalls müssten die Tiere, die hier erzeugt werden, weit transportiert werden, und zwar mit all den Begleiterscheinungen, die wir nicht haben wollen. Insofern sollten wir froh sein, dass wir zumindest drei große Schlachthöfe in Schleswig-Holstein halten beziehungsweise ausbauen konnten; dazu komme ich noch.

(Beifall Anette Röttger [CDU])

- Danke. - Ich erinnere daran, dass Minister Habeck im Jahr 2015 bei der Begrüßung von Herrn Tönnies dabei war; auch ich war anwesend. Er sagte damals: Natürlich ist uns daran gelegen, einen so großen Schlachthof wie den ehemaligen von Thomsen in Kellinghusen in Schleswig-Holstein zu halten. - Ziel war es, nicht das erleben zu müssen, was ich geschildert habe, dass nämlich alle Schweine durch den Tunnel gekarrt werden und lange Fahrzeiten auf sich nehmen müssen, die sich durch Staus und Umwege weiter verlängern. Insofern ist es gut, dass Kapazitäten gehalten werden.

Wenn wir in Schleswig-Holstein 2,5 Millionen Schlachtschweine jährlich produzieren, dann werden circa 1,3 bis 1,5 Millionen hier geschlachtet, vornehmlich bei der Firma, die ich genannt habe, in Kellinghusen, aber auch bei kleineren Schlachthöfen, zum Beispiel in Itzehoe. Rinder werden nur noch in Bad Bramstedt und Husum geschlachtet. Für Rinder gibt es neben einigen kleineren nur noch zwei große Abnehmer. Zehn größere Betriebe, die jeweils mehr als 100 Personen beschäftigen, sind in der Schlachtung und der Fleischverarbeitung tätig; drei sind sehr groß.

Es gibt tatsächlich noch über 100 Betriebe, die vornehmlich in der Metzgerei tätig sind, das Fleisch verarbeiten und es über kleinere Geschäfte, aber auch über Direktabnehmer wie Restaurants verkaufen. Ich möchte mich ausdrücklich beim Fleischerhandwerk bedanken. Das Handwerk arbeitet zu ganz anderen Bedingungen und damit natürlich auch zu höheren Kosten.

(Beifall CDU, FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Konzentration in dieser Branche kommt nicht von ungefähr, sondern ist vor allem aus dem Le-

bensmitteleinzelhandel gefordert. Es werden immer wieder große, einheitliche, klar definierte, zu bestimmten Qualitätsstandards festgelegte Partien gefordert, die natürlich in der Verarbeitung und im Angebot im Regal beim Lebensmitteleinzelhandel nicht nur besser handel- und handhabbar sind, sondern auch, was den Preis angeht, dafür sorgen, dass sie mit Billigangeboten im Lebensmitteleinzelhandel konkurrenzfähig bleiben. Auch im Export schaffen wir es so - da denke ich insbesondere an das Schweinefleisch -, wirklich gute Qualitäten international zu handeln. Das kann man nur, wenn dieser Betrieb so organisiert ist, dass man diese großen Partien konkurrenzfähig anbieten kann.

Wir wollen die Wertschöpfung hier im Land behalten. Unsere 12.000 landwirtschaftlichen Betriebe machen ihre Gewinne vornehmlich aus der Tierproduktion. Deswegen ist es wichtig, dass wir dieses System nicht abwürgen, sondern unterstützen. Ich frage mich daher, ob solche Maßnahmen wie die Blockade eines Schlachthofs in Kellinghusen politisch zu unterstützen sind. Wir von der CDU-Fraktion stehen eindeutig dafür, dass das, was dort vor vier Wochen gemacht wurde, rechtswidrig war. Wir hoffen, dass so etwas nicht wieder vorkommt.

(Beifall CDU und FDP)

Die Selbstverpflichtung der Branche, das Arbeitsstättengesetz, das nur für Betriebswohnungen gilt, aber auch die Kontrolle durch das Sozialministerium und das Angebot, den Beschäftigten mehrsprachig zur Seite zu stehen: Das sind Fortschritte, die wir begrüßen.

Aus Erfahrungen in Kellinghusen weiß ich, dass der Arbeitsmarkt funktioniert. Die Leute, die heute mit Werkverträgen in die Fleischbranche einsteigen, haben morgen durchaus die Chance, Fuß zu fassen, und benutzen dies als Sprungbrett. Deswegen sind mein Ausblick und der Ausblick der CDU-Fraktion ein Stück weit positiv. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind gegeben. Wir erleben vor Ort, dass junge Familien nachziehen, sich integrieren wollen und fleißig sind. Sie suchen hier ihre Zukunft. Es läuft insofern besser, als es zum Teil in der Öffentlichkeit dargestellt wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

**Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch von meiner Seite vielen Dank für den vorgelegten Bericht, in dem tatsächlich deutlich geworden ist, dass wir es weiterhin mit einer extrem schwierigen Situation zu tun haben. Es ist aber auch deutlich geworden, dass wir in dem Bereich eine aktiv handelnde Regierung haben. Das ist sehr gut, und ich begrüße es. Ich bin dafür den beteiligten Ministerien sehr dankbar.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch deutlich geworden ist, dass uns das Thema schon lange beschäftigt und schon lange auf verschiedenen Ebenen daran gearbeitet wurde. Wenn ich noch einmal an die Debatte von heute Morgen erinnern darf, so ist deutlich geworden, dass unser Umwelt- und Landwirtschaftsminister im Dialog mit den Bäuerinnen und Bauern sowie mit anderen beteiligten Akteuren intensiv daran arbeitet, die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft nachhaltig zu verbessern. Daran sei hier noch einmal erinnert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Fazit des heute vorgelegten Berichts bleibt aber auch klar: Selbst wenn die zuständigen Behörden gezielt informieren und gezielt überwachen, wenn Selbstverpflichtungen unterschrieben wurden, existieren die Missstände, und sie existieren weiter, weil die Akteure vor Ort so findig darin sind, immer neue Auswege und Umwege zu finden, sodass wir weiter aktiv bleiben müssen.

Durch die Entsenderichtlinie ist im Grundsatz eine Menge wie die Vergütung nach dem Mindestlohn gut geregelt. Dennoch gibt es zu viele Schlupflöcher. Das Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird oft durch enorme Nebenkosten oder unbezahlte Überstunden geschmälert, die vermieteten Unterkünfte sind oft Mehrbettzimmer zu unangemessen hohen Preisen, die zudem an Arbeitsverträge gekoppelt sind. Arbeitsunfälle werden bagatellisiert oder dürfen nicht offiziell behandelt werden. Wege zum Arbeitsplatz oder Einkauf werden von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern organisiert und durchgeführt, natürlich zu immens hohen Kosten. Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben aufgrund von Sprach- und Ortsunkenntnis oft gar nicht die Möglichkeit, ihre Rechte geltend zu machen.

Wir helfen da und erreichen Abhilfe, aber - das gehört auch zur Wahrheit dazu - wir haben nicht alles hier in Schleswig-Holstein in der Hand. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns weiter mit dem Thema beschäftigen. Ich bin sehr dankbar für den Antrag, den Bericht zu überweisen. Ich möchte gern vorschlagen, dass wir auch den Wirtschaftsausschuss wegen der Arbeitszuständigkeit des Wirtschaftsministeriums hinzunehmen, denn wir werden uns im Ausschuss weiterhin viele Gedanken dazu machen müssen, wie wir besser werden können dabei, die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort zu verbessern.

Dies soll im Dialog mit den beteiligten Akteuren vor Ort geschehen, Herr Kayenburg. Vielen Dank, dass Sie die Geduld hatten, heute so lange hier zu sein. Richten Sie vor Ort bitte die besten Grüße aus! Wir freuen uns, diesen Dialog bilateral oder multilateral im Ausschuss führen zu können. Das ist genau richtig, denn so kommen wir dazu, die besten Lösungen zur Verbesserung der Situation vor Ort zu finden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir von der FDP glauben an den Markt und an seine Kräfte. Wir glauben daran, dass Leistung sich lohnen muss. Wir glauben, dass Unternehmertum die Triebfeder unseres Wohlstands ist. Wir glauben an die soziale Verpflichtung, die alle Mitglieder einer Gesellschaft füreinander haben. Der Markt funktioniert, aber er funktioniert nur dann, wenn es Regeln gibt, die für alle gleich sind und an die alle sich halten.

Wir haben viel über die Aspekte Tierschutz und Tierwohl gehört. In meiner Rede möchte ich mich auf die Arbeitsplatzaspekte konzentrieren, denn hierzu gibt es viele Dinge zu sagen. In der Vergangenheit gab es viele erschreckende, eigentlich unglaubliche Meldungen, vor allem aus der Schlachthofregion in Niedersachsen. Dort wurde von Menschen berichtet, die für lächerlich geringe Löhne arbeiten oder zwar realistische Löhne erhalten, davon aber Unterkünfte zu Wucherpreisen mieten müssen. Es wurde auch von Menschen berichtet, denen die Unterkunft gekündigt wurde - häufig als diszipli-

**(Kay Richert)**

narische Maßnahme aus dem Schlachthof heraus - und die dann in Wäldern gehaust haben. Das sind selbstverständlich Zustände, die absolut unwürdig sind und die wir auf gar keinen Fall dulden werden.

Wie ist nun die Situation in Schleswig-Holstein? - Wir sprechen über zwei Bereiche: die Beschäftigungssituation und die Unterbringung. Im Bereich Beschäftigung geht es um Mindestlohn, Bereitstellung von Arbeitsmaterial und Ausrüstung, Arbeitsschutz und Hygiene. Außerdem geht es um die klare Zuordnung von Verantwortung, also um die Werkvertragsstruktur. Die Landesregierung stellt in ihrem Bericht fest, dass bisher nur geringfügige Verstöße festgestellt werden konnten. Diese betreffen zum Beispiel die Dokumentationspflichten. Die Betriebe, heißt es weiter, zeigten sich zur Behebung von festgestellten Mängeln bereit.

Da muss ich einmal sagen: Das ist ein ganz normales Geschäft. Überall, wo kontrolliert wird, werden auch Verstöße festgestellt. Ich glaube nicht, dass wir hier große Ausnahmen gesehen haben. Es wird nicht systematisch gegen den Arbeitsschutz verstoßen, wie an anderer Stelle behauptet wird.

Im Bereich Unterbringung geht es um Würde, Zumutbarkeit und Übervorteilung. Gerade in diesem Bereich haben sich in der Vergangenheit findige Subunternehmer getummelt, die durch vollkommen überzogene Mietkosten und fragwürdige Wohnverhältnisse aufgefallen sind.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Abgeordneter Richert, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Kay Richert [FDP]:**

Ja, gern.

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:** Herr Kollege, wir haben eine Große Anfrage zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz formuliert. Die Antwort ist Ihnen sicherlich bekannt. In dieser Antwort steht, bezogen auf die Fleischindustrie, dass Anfang 2018 erhebliche Mängel bei den Unterkünften festgestellt worden seien. Das ist die Antwort des Sozialministeriums gewesen. Das muss Ihnen doch bekannt sein. Man kann also wirklich nicht davon reden, dass es nur geringfügige Mängel seien.

- Herr Kollege, ich habe darauf hingewiesen, dass es sich um zwei getrennte Bereiche handelt. Es ist einmal die Unterbringungssituation und zum ande-

ren die Arbeitsplatzsituation. Bei der Untersuchung, auf die ich mich bezogen habe, geht es um geringfügige Verstöße im Bereich der Arbeitsplatzsituation. Was ich gesagt habe, bezieht sich nicht auf den Bereich der Unterbringung. Da haben Sie natürlich recht. Das habe ich aber in meiner Rede auch gesagt.

Es geht um fragwürdige Wohnverhältnisse. Um Klarheit über die Situation hier vor Ort zu bekommen und Auswüchse zu bekämpfen, hat unser Sozialministerium unter Minister Heiner Garg Anfang 2018 eine Kampagne gestartet. Die Arbeitgeber wurden über die einzuhaltenden Standards informiert, und die Umsetzung wurde und wird kontrolliert.

(Beifall FDP)

Jetzt kann man natürlich einwenden: Die schwarzen Schafe wurden auch noch vor den Kontrollen gewarnt. Da frage ich: Ist das im Endeffekt nicht unerheblich? Was wollen wir denn: Wollen wir krampfhaft einen Schuldigen finden, oder wollen wir die Situation für die Menschen vor Ort verbessern? Es ist doch das Ergebnis, das zählt und dass uns in jedem Fall eine Verbesserung für die betroffenen Menschen gelingt.

(Beifall FDP)

Ende 2019/Anfang 2020 wird diese Kampagne abgeschlossen sein. Die Erfahrungen werden uns helfen, zukünftig effizient und wirksam Aufsicht zu führen.

Natürlich gibt es noch Ermittlungsbedarf. Der Bericht verweist dabei auf die Unterbringungssituation der Beschäftigten. Die Unterkünfte müssen natürlich angemessen sein. Die Arbeitgeber dürfen keinen Mietwucher betreiben. Die Arbeitgeber müssen ihrer Verantwortung und ihrer Selbstverpflichtung im Verhaltenskodex, den sie freiwillig abgeschlossen haben, gerecht werden. Aber vor Abschluss der Informations- und Überprüfungskampagne liegen uns keine belastbaren Zahlen vor. Auch der vorliegende Bericht bleibt in diesem Bereich zwangsläufig vage. Gibt es Missstände in nennenswerter Zahl, oder bleibt es bei Einzelfällen? Sind Arbeitsinspektoren vor Ort erforderlich? Greift die Selbstverpflichtung der Arbeitgeber? Muss es eventuell eine staatliche Aufsicht auch über Mietwohnraum geben?

Wir können über alles reden, aber wir sollten nur über Dinge reden, die sinnvoll sind. Erst wenn wir Ergebnisse haben, können wir diese und andere Fragen beantworten.

**(Kay Richert)**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Bereich der industriellen Schlachtung hat es Missstände gegeben, und es wird sie möglicherweise auch immer noch geben. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, um eine Lanze für die Unternehmen zu brechen, die hier mit in den Fokus geraten, obwohl sie mit Missständen der Branche überhaupt nichts zu tun haben. Ich spreche von den Betrieben des Fleischerhandwerks. In den handwerklich arbeitenden Betrieben wird nach guter handwerklicher Tradition gearbeitet, und selbstverständlich vollkommen gesetzeskonform. Im Fleischerhandwerk sind viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gerade im ländlichen Raum. Mir ist kein Fall bekannt, in dem ein Betrieb des Fleischerhandwerks durch mangelnden Arbeitsschutz, durch würdelosen Umgang, Lohndumping oder Trickserien aufgefallen wäre.

(Beifall FDP)

Wir von der FDP stehen hinter unserem Handwerk. Auch hier sind wir gut beraten, dem Handwerk einen guten Rahmen zu schaffen und zu erhalten. Damit tun wir den Beschäftigten und uns selbst einen Gefallen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne den Präsidenten der Europa-Universität Flensburg, Professor Dr. Werner Reinhart.

(Beifall - Kay Richert [FDP]: Und von der Hochschule!)

- Und von der Hochschule. Entschuldigen Sie.

(Beifall)

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Herr Richert, vielen Dank für die Klarstellung. In der Tat ist nicht das Handwerk gemeint. Das sind nicht die Leute, um die es um Wesentlichen geht, wenn es um Subunternehmungen, Werkverträge und Ähnliches geht. Das ist wirklich nicht der Problembereich.

Vielen Dank auch an das Ministerium für den Bericht. Um es vorweg zu sagen: Das Fazit des Berichts ist auch aus unserer Sicht mehr als bescheiden und veranschaulicht das Versagen der Landesregierung im Hinblick auf die Überwachung der Ar-

beitsbedingungen in den Schlachthöfen des Landes. Im Bericht heißt es wörtlich - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Verbesserungen können erreicht werden, wenn die Schlachthofbetreiber von ihren Werkvertragsunternehmen konsequent einfordern, die im Verhaltenskodex und in der Selbstverpflichtung formulierten Standards einzuhalten. Auch wenn es Betriebe gibt, welche sich an die Standards des Arbeits- und Sozialrechts und an die Selbstverpflichtung halten, ist es unbestreitbar, dass Missstände weiterhin vorhanden sind. Von daher ist es richtig, dass die Landesregierung mit Informationen und gezielten Überwachungen hier tätig ist.“

Meine Damen und Herren, das ist Schnee in der Sonne, das ist nicht ausreichend, das ist nichts. Das im Bericht zitierte Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft, das GSA Fleisch, sieht nur in der Theorie gut aus. Nach dem GSA Fleisch sollen Firmen beispielsweise für Sozialabgabebetrag ihrer Subunternehmer haften. Das ist nur ein Bereich, der darin geregelt ist. Es werden weitere Dinge genannt wie die rechtsfeste Dokumentation von Arbeitsstunden, faire und echte Löhne ohne die bereits beschriebenen konstruierten Abzüge durch Wohnraum und anderes, auch Arbeitsmittel, Hygiene am Arbeitsplatz und dergleichen mehr.

Diese hehren Ziele des Gesetzes nützen aber nichts, wenn es der Landesregierung nicht gelingt, die im Fazit des Berichts genannten beiden großen Baustellen endlich in den Griff zu bekommen. Da ist zum einen das Unwesen der Werkvertragsnehmer, für die das GSA Fleisch nicht gilt. So wird im Bericht unter anderem eine Firma exemplarisch genannt und dazu ausgeführt, dass auch diese den Verhaltenskodex der Fleischwirtschaft und der Selbstverpflichtung der Unternehmen für attraktive Arbeitsbedingungen unterzeichnet hat.

Auch das liest sich nur auf dem Papier gut. Diese Firma ist eine der größten Schlachthofbetreiber der Bundesrepublik und beschäftigt nach eigenen Angaben 16.500 Mitarbeiter. Ebenso nach einigen Angaben sind die Hälfte davon Werkvertragsnehmer. Unternehmen wie diese nutzen Werkverträge sehr gern, und nicht selten umgehen sie so tarifliche Regelungen und unterlaufen den sozialen Schutz der Arbeitnehmer.

Für die Auftraggeber in diesem Industriezweig sind Werkverträge ein einfacher Weg, um Kosten zu spa-

(Claus Schaffer)

ren und die eigene Belegschaft auf dem Papier zu verkleinern und letztlich auch aufzuspalten. Gegen diese Missstände muss endlich vorgegangen werden, sonst werden sich die Verhältnisse in den Schlachthöfen niemals wesentlich verbessern.

(Beifall AfD)

Gut gemeint ist bekanntlich das Gegenteil von gut. Gut gemeinte Gesetze wie das GSA Fleisch bringen rein gar nichts, wenn die Umsetzung nicht der Intention des Gesetzgebers folgt.

Damit bin ich bei der zweiten Baustelle, nämlich der Kontrolle. So heißt es in dem am Anfang zitierten Teil:

„Verbesserungen können erreicht werden, wenn die Schlachthofbetreiber von ihren Werkvertragsunternehmen konsequent einfordern, die im Verhaltenskodex und in der Selbstverpflichtung formulierten Standards einzuhalten.“

Meine Damen und Herren, hier ist doch zu allererst das Land in der Pflicht, für ausreichende Kontrollen und Überwachung zu sorgen. Die nach wie vor unzureichende Personalausstattung bei den Kontrollbehörden muss endlich beseitigt werden. Es geht hier um ein Vollzugsdefizit und nicht um ein Normendefizit.

Wenn das behoben sein wird - lassen Sie mich das zum Schluss sagen -, dann werden auch die Missstände bei der Schlachtung der Tiere wesentlich abnehmen. Auch beim Tierwohl sollten wir dann über neue Wege nachdenken. Das Landwirtschaftsministerium in Niedersachsen hat mit der Fleischwirtschaft, dem Handel und den Veterinärbehörden eine Vereinbarung zur Videoüberwachung in Schlachthöfen unterzeichnet, um Missstände bei Schlachtungen aufzudecken und abzustellen.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Auch der Fleischerverband Nord, zu dem nicht nur Niedersachsen, sondern auch Hamburg, Bremen und ebenso Schleswig-Holstein gehören, hat dieser freiwilligen Vereinbarung zugestimmt. Das ist an dieser Stelle eine Anregung von mir. Ich würde mich freuen, wenn wir auch die Bereiche des Tierwohls mit in die Ausschussberatung einbringen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Für mich dokumentiert der Bericht die Hilflosigkeit staatlicher Kontrollbehörden. Weil die Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen laut Minister Albrecht unübersichtlich sind, überlassen er und seine Fachbehörden den Schlachthofbetreibern die Einhaltung von Standards. Meines Erachtens ist das eine Bankrotterklärung ersten Ranges, und zwar für Tiere und Menschen.

(Beifall SSW und SPD)

Zuerst die Tiere: Ein Schwein wird auf dem Spaltenboden von einer Muttersau geboren, die nicht einmal ihre Gliedmaßen austrecken kann. Danach leben die Tiere ohne frische Luft im Stall und werden dann stundenlang zum Schlachthof gefahren, wo vielen nicht einmal ein schmerzloser Tod gewährt wird.

Bevor etwas verbessert wird, sollen die Kapazitäten in Sachen Schweineschlachtung noch weiter erhöht werden. Zu den bereits jetzt jährlich 1,3 Millionen geschlachteten Schweinen sollen noch circa 400.000 Tiere dazukommen. Schleswig-Holstein, einig Schlachtland.

Damit werden die Transportwege weiter verlängert. Die alte SSW-Forderung nach einer Begrenzung von vier Stunden pro Tiertransport von Schlachtvieh wird bereits heute um ein Vielfaches übertroffen, und die Transporte werden wohl noch länger werden. Das ist meiner Meinung nach Tierquälerei.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Weh dem Menschen, wenn nur ein einziges Tier im Weltgericht sitzt“, warnte Christian Morgenstern schon vor hundert Jahren vor Tierquälerei und unethischem Umgang mit Tieren. Daran hat sich nicht viel geändert, zumindest nicht für die Tiere. Mit Erlaubnis zitiere ich aus dem Bericht:

„Es muss sichergestellt sein, dass sprachliche Barrieren nicht dazu führen, dass Anweisungen der amtlichen Tierärzte nicht umgesetzt werden und dies letztendlich zu Tierschutzverstößen führt.“

Diese Passivkonstruktion des Satzes verortet die Verantwortlichkeit für tiergerechtes Schlachten allerdings auf ein anonymes Irgendwer. Dabei ist der Staat hier in der Pflicht. Er muss die gesetzlichen Vorgaben durchsetzen. Das erwarten die Verbraucherinnen und Verbraucher von ihm.



**(Flemming Meyer)**

Wenn die Behörde Verstöße gegen Tierschutz vermutet - genau das tut sie, indem sie die begrenzten Kenntnisse der deutschen Sprache als Hindernis erkannt hat -, muss sie dem nachgehen und diese beseitigen und nicht die Verantwortung an die Schlachthofbetreiber übertragen. Die Schlachthofbetreiber sagen nämlich, dass ihnen die Hände gebunden seien, schließlich würden die allerwenigsten Beschäftigten in einem Schlachthof für den Schlachthof arbeiten. Der Rest arbeitet bei Werkvertragsfirmen.

(Die Saalbeleuchtung fällt kurz aus - Birte Pauls [SPD]: Das hast du jetzt echt nicht verdient!)

- Na ja, aber ich weiß ja, was der Geschäftsführer in Husum gesagt hat: dass nur 35 Angestellte bei ihm fest angestellt sind, die anderen 150 haben einen Werkvertrag.

Die Krankheit des Systems heißt also Werkvertrag. Der Werkvertrag senkt die Produktionskosten, verlagert die Verantwortung auf ein undurchschaubares Geflecht und entrechtet die Beschäftigten, die nicht durch den Betriebsrat ihres Arbeitsplatzes vertreten werden können. Die zuständige DGB-Vorsitzende, Susanne Uhl, sagte in einer Pressemitteilung vor einigen Monaten zur Situation im Husumer Schlachthof - ich zitiere -:

„Die Menschen werden durch die schwere Arbeit ausgebeutet und verschlissen - ohne jede Chance, die Sprache zu lernen oder am sozialen Leben teilzuhaben.“

Die Rechte der Werkvertragsbeschäftigten sind an das Werkvertragsunternehmen gebunden, das im Ausland sitzt und nach dortigen Mitbestimmungsregeln agiert. Betriebsräte gibt es dort nur in Ausnahmefällen.

Werkverträge sind ein Eingriff in den Wettbewerb, weil sie den Faktor Arbeit künstlich verbilligen. Ein breites Bündnis aus Kirchen und Gewerkschaften fordert für Schleswig-Holstein menschengerechte Arbeits- und Lebensbedingungen in den Schlachthöfen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Das ist eine Forderung, die wir absolut unterstützen.

Nicht die Verstöße sind das Problem, sondern das Problem ist die fehlende Kontrolle. An allen Schlachthofstandorten muss der staatliche Arbeitsschutz fest installiert werden. Die Initiative fordert das erst einmal für ein Jahr. Ich denke allerdings,

dass eine scharfe Kontrolle in Husum, Kellinghusen, Bad Bramstedt und in Böklund dauerhaft nötig ist. Die Arbeitgeber haben wiederholt gezeigt, dass sie immer nur das verbessern und umsetzen, was ihnen in der Öffentlichkeit nachgewiesen wird. Darum müssen wir eine engmaschige Kontrolle installieren.

Menschen und Tiere leiden. Das Ministerium fährt eine Informationskampagne mit Flyern. Da ist wirklich mehr drin.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Flemming Meyer [SSW]:**

Eine Selbstverpflichtung der Branche reicht nicht aus; das zeigen alle Beispiele auch in anderen Bereichen. Der Staat muss gesetzliche Normen überwachen und durchsetzen, und dass das geschieht, ist hier nicht richtig zu erkennen. - Jo, tak.

(Beifall SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1510, dem Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. - Da ist noch eine Wortmeldung. - Ja?

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Entschuldigung, auf unserer Liste steht als Vereinbarung: zur Überweisung in den Sozialausschuss und mitberatend in die anderen Ausschüsse. - So habe ich das verstanden.

(Zurufe: Ja! Das ist richtig! Genau!)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Okay. - Gut, dann ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1510, dem Sozialausschuss und mitberatend dem Umweltausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 43 auf:

**Gemeinsame Beratung**

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

**a) Ziel- und Leistungsvereinbarungen in der Hochschulmedizin zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der Universität zu Lübeck und dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein für die Jahre 2020 bis 2024**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1685

**b) Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1686

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 19/1769

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses, dem Abgeordneten Peer Knöfler.

**Peer Knöfler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall Heiner Rickers [CDU] und Hans-Jörn Arp [CDU])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Ich erteile das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

**Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Präsidenten unserer Universitäten und Hochschulen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen können wir heute einen Meilenstein in der Entwicklung des Wissenschafts- und Hochschulstandorts Schleswig-Holstein setzen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

- Genau. Wir setzen einen Meilenstein, auf den wir stolz sein dürfen und an dem viele engagierte Männer und Frauen mitgewirkt haben: in den Präsidien, den Verwaltungen der Hochschulen, meinem Ministerium. Eigentlich wollte ich jetzt Herrn Dr. Grundei ganz besonders danken, der diese mo-

natelangen Verhandlungen wirklich sehr engagiert geführt hat.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Bis zum Schluss sind Sie engagiert dabei, Herr Habersaat. - Mit unserem gemeinsamen Ergebnis, dem Hochschulvertrag und den Ziel- und Leistungsvereinbarungen, schaffen wir die Grundlage für eine weitere Profilierung unserer Hochschulen und des Hochschul- und Wissenschaftssystems in Schleswig-Holstein insgesamt. Wir bieten unseren Hochschulen eine gesicherte Finanzierung und ermöglichen ihnen damit Planungssicherheit als Grundlage ihrer strategischen Weiterentwicklung. Damit investieren wir langfristig in unsere Zukunft, aber auch in die Zukunft unserer Kinder und Enkel, denn Wissenschaft gestaltet Zukunft.

Jeder Euro, der in Wissenschaft investiert wird, zahlt sich langfristig aus. In der Öffentlichkeit wird das von manchen manches Mal immer noch unterschätzt. Deshalb dürfen wir hier nicht sparen, sondern müssen uns im Gegenteil auch künftig gemeinsam nach Kräften anstrengen, die Mittel für unsere Hochschulen weiter zu steigern und den Abstand zu den Ländern, die deutlich mehr Geld in ihre Hochschulsysteme investieren, nicht noch größer werden zu lassen.

Heute freuen wir uns über das bisher Erreichte. Die wesentlichen Innovationen in der neuen Zielvereinbarungsperiode sind der umfassende Hochschulvertrag und das weiterentwickelte Finanzierungssystem mit dem neuen Strategiebudget. Zusätzlich zu dem bisherigen Globalbudgetansatz stellt die Landesregierung ab 2020 einen Aufwuchs von jeweils 5 Millionen € pro Jahr über die gesamte Laufzeit der Zielvereinbarungsperiode zur Verfügung. Daraus finanzieren wir einen Strukturausgleich, einen Inflationsausgleich und das neue Strategiebudget.

Erstmals in der Geschichte der Zielvereinbarungen wird mit diesem Strategiebudget ein echtes Bonus-system etabliert. So ermöglichen wir gerade auch langfristige strategische Vorhaben der Hochschulen, denn das Strategiebudget steht unbefristet im Grundhaushalt zur Verfügung. Es trägt damit maßgeblich zur Profilschärfung unserer Hochschulen bei.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus hat die Landesregierung im Koalitionsvertrag erneut die Übernahme der Besoldungs- und Tarifsteigerungen zugesagt. Damit fügen wir einen weiteren erheblichen Baustein zur Finanzierung der Hochschulen hinzu.

**(Ministerin Karin Prien)**

Wir haben für die kommende Ziel- und Leistungsvereinbarungsperiode erstmalig einen Hochschulvertrag entwickelt, der nicht nur den rechtlichen, sondern auch den inhaltlichen Rahmen für die hochschulindividuellen Einzelzielvereinbarungen bildet. Der neue Hochschulvertrag beschreibt die aktuellen Herausforderungen des Wissenschaftssystems und leitet daraus übergreifende strategische Ziele der Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Schleswig-Holstein ab.

Das ist zum Beispiel der Bedarf an Lehrkräften und sonstigen Fachkräften, den wir zu decken haben. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung zu erkennen und zu nutzen, die weitere Erforschung und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen und eine Beteiligung an international sichtbarer Spitzenforschung zu sichern und auszubauen. Es ist für geeignete Rahmenbedingungen einschließlich der notwendigen Infrastruktur wie auch der gesellschaftlichen Akzeptanz der Wissenschaft zu sorgen.

Meine Damen und Herren, Sie befinden heute nicht nur über den Hochschulvertrag und die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit unseren neun staatlichen Hochschulen, sondern auch über die Ziel- und Leistungsvereinbarung für unsere Hochschulmedizin. Mit der Verabschiedung der ersten Ziel- und Leistungsvereinbarung für die Hochschulmedizin für die Jahre 2018 und 2019 hatten wir bereits geplant, künftig die beiden Zielvereinbarungssysteme zu synchronisieren. Daher die kurze zweijährige Laufzeit für das Erstlingswerk und heute bereits die Vorlage der neuen Vereinbarung für die Hochschulmedizin für einen fünfjährigen Zeitraum ab 2020.

Neben der erstmalig gewährten fünfjährigen Planungssicherheit ist eine weitere zentrale Neuerung in der Hochschulmedizin die dauerhafte Übernahme der Besoldungs- und Tarifsteigerungen. Das ist ein Punkt, der den beiden Standorten in den Verhandlungen am wichtigsten war und mit dem wir die Finanzierung von Forschung und Lehre in der Medizin zukünftig deutlich stärken.

Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen wurden gemeinsam mit den Vertretern der Universitäten und des UKSH verhandelt und von der Universitätsmedizinerversammlung einstimmig so beschlossen.

Auch die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit unseren Hochschulen sind das Resultat zahlreicher intensiver und konstruktiver Gespräche und Verhandlungsrunden. Ich will hier betonen, dass diese im Konsens abgeschlossen werden konnten. Ich meine, die intensive Arbeit aller Beteiligten hat sich

gelohnt. Hochschulvertrag und Zielvereinbarungen schaffen die Grundlagen für die Weiterentwicklung unserer Hochschulen und unserer Hochschulmedizin. Die Wettbewerbsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Wissenschaftssystems wird damit gestärkt und unser Land als attraktiver, moderner Wissenschaftsstandort national und international weiter profiliert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Daher bitte ich Sie, den vorliegenden Vereinbarungen zuzustimmen, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überschritten. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zu.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann.

**Tim Brockmann [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste von den Hochschulen! Mit dem heutigen Tag geht ein langer Verhandlungs- und Beratungsprozess zwischen der Landesregierung und unseren Hochschulen zu Ende, der - so ist zumindest mein Eindruck - geräuschlos und ohne große öffentliche Auseinandersetzung geführt wurde. Die Verhandlungen waren - so wurde uns berichtet - von einem guten Miteinander geprägt. Dass das so gewesen ist, haben wir sicherlich auch der guten strategischen Vorbereitung durch die Landesregierung zu verdanken. Deshalb möchte ich zunächst der Ministerin, aber auch unserem engagierten Staatssekretär Dr. Oliver Grundei, der jetzt auch da ist, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulabteilung ganz herzlich für das Erreichte danken. Herzlichen Dank für dieses hervorragende Vertragswerk! Sie haben Großartiges geleistet.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen hat die Landesregierung eine langfristige Planungssicherheit für unsere Hochschulen geschaffen. Dies gilt nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die Hochschulmedizin, denn zum ersten Mal wurde eine fünfjährige Zielvereinbarung auch für den Be-

**(Tim Brockmann)**

reich Medizin zwischen Land, Hochschulen und dem UKSH vereinbart. Meine Damen und Herren, ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Mit dieser Bewertung stehe ich nicht allein. Immerhin empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig die Zustimmung zu diesem Vertragswerk.

Aber auch in der Anhörung der Präsidien der Hochschulen, die der Bildungsausschuss erstmals in diesem Zusammenhang am 24. Oktober 2019 durchführte, überwogen die positiven Stimmen. Der Präsident der CAU, Professor Lutz Kipp, bewertete die Zielvereinbarung sogar als einen wunderbaren Blumenstrauß. Meine Damen und Herren, mehr geht eigentlich nicht.

(Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Einen wunderschönen Blumenstrauß!)

- Einen wunderschönen Blumenstrauß. - Natürlich können mit diesen Vereinbarungen nicht alle Wünsche und Herausforderungen der Hochschulen bis 2024 erfüllt werden. Auch das klang in der Anhörung an und gehört zur Ehrlichkeit dazu. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn Schleswig-Holstein ist nach wie vor ein Konsolidierungsland. So wurde darauf hingewiesen, dass die Hochschulen nach wie vor strukturell in Höhe von 40 Millionen € unterfinanziert seien. Dies lässt sich nicht wegdiskutieren, wird sich aber auch nicht von heute auf morgen lösen lassen. Sicherlich hätte es geholfen, 2014 die Entlastung durch den Bund bei den BAföG-Mitteln - wie es vereinbart war - auch den Hochschulen zugutekommen zu lassen.

(Beifall FDP)

Aber dies geschah nicht. Das Delta ist bis heute nicht geschlossen. Da müssen wir noch ein bisschen nacharbeiten.

Dennoch sind wir mit den jetzt vorliegenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen auf einem sehr guten Weg. Wir gehen sogar neue, innovative Wege. Vergleicht man den neuen Hochschulvertrag mit seinen Vorgängern, so werden deutliche Unterschiede erkennbar. Es werden nicht nur abwicklungsspezifische Aspekte geregelt, sondern das Land und die Hochschulen haben auch strategische und für das Land bedeutende inhaltliche Schwerpunkte vereinbart. Dies sind die Themen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Life Science, Meeresforschung, Energiewende, Materialwissenschaften, Gesellschaft im Wandel, Ernährung, Tourismus sowie Architektur und Bauwesen. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf das Thema Lehrkräftebildung gelegt. Die Ministerin hat darauf hingewiesen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Entscheidung.

Neben den inhaltlichen Aspekten gilt es auch, einen Blick auf die finanziellen Aspekte zu werfen. Sie sind ein Hauptaspekt der Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Eine gesicherte Finanzierung ermöglicht den Hochschulen Planungssicherheit und gibt Raum für strategische Weiterentwicklungen. Deshalb bin ich froh, dass sich auch die finanziellen Aspekte sehen lassen können.

Für Schleswig-Holstein ist es eine besondere Leistung, den Hochschulen jährlich einen Zuwachs von 5 Millionen € in der Grundfinanzierung zu ermöglichen. Das heißt auch, dass am Ende der Laufzeit des Hochschulvertrags im Jahr 2024 den Hochschulen 75 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden die Tarif- und Besoldungssteigerungen übernommen. Auch das ist ein großer Erfolg. An dieser Stelle kann man sicherlich ein Dank an die Finanzministerin äußern.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gleichwohl - das ist mir auch besonders wichtig - geben wir das Geld nicht mit der Gießkanne aus, sondern verbinden es mit den genannten strategischen Zielen. Auch das ist neu. Das Strategiebudget ermöglicht den Hochschulen, sich zu profilieren, und zwar besonders in den Themenfeldern, die für das Land wichtig sind.

Wichtig ist auch - darauf will ich hinweisen -, dass die Haushaltsmittel dauerhaft sind. Das ermöglicht den Hochschulen, neue Professuren zu schaffen, Stellen zu entfristen - immer wieder eine Forderung, die wir aus dem Wissenschaftssystem hören - und Querschnittsthemen zu realisieren.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Mit den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen erhalten die Hochschulen weitgehende Planungssicherheit und werden von den Risiken allgemeiner Kostensteigerungen weitgehend freigehalten. Das neue Strategiebudget schafft die finanziellen Grundlagen für eine weitere Profilierung der Hochschulen in unserem Land. Mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen legen wir das Fundament für eine erfolgreiche Wissenschafts- und Forschungslandschaft in unserem Land. Ab 2020 liegt es dann an den Hochschulen, auf diesem Fundament ein erfolgreiches und großes Haus zu bauen.

Ich freue mich auf die feierliche Unterzeichnung heute Abend in Haus B. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne die Präsidenten und Präsidentinnen, die Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen, die Kanzler und Kanzlerinnen der Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte gern die Mitglieder der Präsidien und der Hochschulen begrüßen. Ich freue mich, dass Sie heute da sind. Ich möchte mich auch bei der Ministerin für den Bericht bedanken.

Wir haben festgestellt: Die Globalsteuerung der Hochschulen durch Zielvereinbarungen hat sich ohne Zweifel bewährt. Sie entspricht dem Grundsatz der Autonomie der Hochschulen ebenso wie der finanziellen Verantwortung des Landes, das den allergrößten Teil der Hochschulhaushalte mit Steuergeldern finanziert, auch mit den Steuergeldern derjenigen, die eine Hochschule nicht besuchen konnten oder besucht haben. Die Landesregierung hat für die kommenden fünf Jahre mit den Hochschulen und mit dem UKSH Ziel- und Leistungsvereinbarungen ausgehandelt. Das haben wir schon gehört. Beiden Dokumenten ist vom Bildungsausschuss einstimmig zugestimmt worden.

Wir haben allerdings auch zur Kenntnis genommen, dass die Hochschulen den Vereinbarungen zugestimmt haben in Erwartung weiterer Mittel, unter anderem aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre des Bundes. Wir gehen - wie die Hochschulen - davon aus, dass diese Mittel entsprechend und zügig bei den Hochschulen ankommen.

Man könnte nun meinen, an unseren Hochschulen sei alles bestens. Leider ist es nicht so, und es war auch noch nie so.

Sie haben ja noch die Kontroverse zur Jahresmitte zwischen dem Präsidenten der CAU und der Ministerin in Erinnerung, als die CAU leider nicht den Ritterschlag als Exzellenz-Universität erhalten hat. In dieser Kontroverse ist ein Kernproblem benannt, nämlich dass die Grundfinanzierung unserer differenzierten Hochschullandschaft immer schon unzureichend war und ist.

Politik und Gesellschaft stellen an unsere Hochschulen hohe Erwartungen, weil ihre Kernaufgabe

darin besteht, die Gesellschaft auch in den kommenden Jahrzehnten mit akademisch qualifizierten Fachkräften wie Ärzten, Lehrern, Ingenieuren und Wissenschaftlern zu versorgen. Natürlich erwarten wir auch Forschungsleistungen für die vielfältigen gesellschaftlichen Probleme.

Der eine oder die andere wird sich noch an das berühmte Erichsen-Gutachten entsinnen, von dem man heute noch in Erinnerung hat, dass Einsparungen bei den besonders teuren Medizinstudienplätzen genau das Richtige seien. Heute wissen wir nicht mehr, wie wir die medizinische Versorgung in den ländlichen Räumen sicherstellen sollen. Es wäre illusorisch zu fordern, dass die Hochschulfinanzierung Schleswig-Holsteins in naher Zukunft auf dem Level der wirtschaftsstarken süddeutschen Länder liegen könnte oder auch nur im Bundesdurchschnitt. Aber unser gemeinsames Ziel muss sein, dass unsere Hochschulen zumindest den Durchschnitt der norddeutschen Bundesländer erreichen. Auch die Ministerin hat gerade darauf hingewiesen. Ich denke, hier müssen wir uns in der Tat finanziell stärker engagieren.

Professor Kipp hat im Bildungsausschuss in Anwesenheit aller Hochschulen formuliert, dass den schleswig-holsteinischen Hochschulen jährlich circa 40 Millionen € fehlen. Kollege Brockmann hat es eben gerade noch einmal erwähnt. Diese Zahl ist realistisch, sie ist belastbar und eher eine konservative Schätzung und deutet die Größe der erforderlichen Anstrengungen an. Nimmt man das UKSH sinnvollerweise aus den Vergleichsberechnungen zwischen den Hochschulen heraus, dann landet Schleswig-Holstein hinter allen weiteren norddeutschen Bundesländern und lediglich knapp vor Mecklenburg-Vorpommern.

Lassen Sie mich das noch an einem Beispiel deutlich machen, und verzeihen Sie mir als Flensburger dabei ein bisschen Flensburger Lokalkolorit.

(Christopher Vogt [FDP]: Gar kein Problem!)

- Danke. - Vergleichen wir die Europa-Universität mit der Uni Vechta des Landes Niedersachsen. Beide sind etwa gleich groß. Die Europa-Universität Flensburg ist etwas größer. Beide haben unter anderem ein ähnliches Fächerspektrum. Die Grundzuweisungen des Landes Niedersachsen an die Universität Vechta betragen im Jahr 2017 bereits gut 36 Millionen € zusätzlich noch 12 Millionen € Sondermittel, die man durchaus auch dem Grundhaushalt zurechnen könnte. Der Globalhaushalt der Europa-Universität Flensburg beträgt mit den neuen Zielvereinbarungen in 2020 rund 27 Millionen €

**(Dr. Heiner Dunkel)**

und 2024 aufwachsend 30 Millionen € Vergleicht man nun das Globalbudget dieser beiden Hochschulen, dann kann man aktuell und im Zeitverlauf feststellen, dass die Europa-Universität für ihre Größenordnung und ihr Profil trotz Budgetanstieg deutlich unterfinanziert ist, und dies gilt nicht nur für die Europa-Universität Flensburg, sondern auch für alle anderen Hochschulen des Landes.

Das genannte Problem werden wir kurzfristig nicht aus eigenen Kräften lösen können. Wir glauben aber, und wir werden das noch einmal in die Haushaltsberatungen einbringen, dass wir uns schneller dem norddeutschen Durchschnitt annähern müssen.

Es war richtig, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern ad acta zu legen und durch die Hochschulpakete sowie den Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ auch für unsere Hochschulen weitere Mittel zur Verfügung zu stellen und einzuwerben. Für die Zukunft müssen wir uns aber fragen, ob diese Bund-Länder-Vereinbarungen nicht auch dem Ziel dienen sollten, die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in Deutschland anzunähern und zu verbessern. Zeitlich eng befristete Arbeitsverträge, mangelhaft ausgestattete Lehraufträge und Ähnliches sollten eigentlich der Vergangenheit angehören. Wenn sich die Landesregierung in Berlin auch für dieses Ziel engagiert, wird sie dabei unsere Unterstützung haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Präsidien auf der Tribüne! Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen verlaufen immer im sehr heiklen Spannungsfeld zwischen Autonomie und Steuerung und das in einem der wahrscheinlich schwierigsten Konfliktbereiche, der immer zu Recht zwischen Staat und Hochschulen besteht. Hinzu kommt noch das Konsensprinzip, dass alle Hochschulen dem zustimmen müssen, in der Situation in Schleswig-Holstein, dass wir mit wenig Geld gesegnet sind.

In diesem Zusammenhang muss man ganz klar einen Dank an das Bildungsministerium und natürlich allen vorweg an Frau Prien äußern, aber auch ganz besonders an Oliver Grundei für die Verhand-

lungen mit den Präsidien und für die konstruktive Zusammenarbeit. Ein großer Dank geht auch an die Präsidien selbst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Ich entnehme den Hochschulen, dass es durchaus einen gewissen Konsens und auch eine gewisse Einigkeit darüber gibt, dass die Ziel- und Leistungsvereinbarungen in die richtige Richtung gehen, dass sie gut sind und dass es gut ist, dass man dieses Prinzip hat, dass sie Planungssicherheit geben und dass die Hochschulen sich auf der anderen Seite allerdings mehr finanzielle Mittel und auch mehr finanzielle Flexibilität wünschen.

Man muss sagen, dass es in Schleswig-Holstein auch in der Unterfinanzierung eine gewisse Planungssicherheit gibt. Das ist etwas, was sich keiner wünscht und worauf man auch nicht stolz ist, was allerdings in Schleswig-Holstein eine gewisse Tradition hat und bei dem die schleswig-holsteinischen Hochschulen mit allen anderen Institutionen in Schleswig-Holstein in guter Gesellschaft sind. Wir alle haben immer wieder die Herausforderung der fehlenden finanziellen Mittel.

Nichtsdestotrotz muss man sagen, dass die Vergleiche mit anderen Bundesländern nicht ganz die Lösung sein müssen. Der Vergleich an sich schafft noch kein Geld. Man kann noch so oft sagen, dass die Bundesländer im Süden Deutschlands besser finanziert sind. Das haben wir alle wahrgenommen. Nichtsdestotrotz müssen wir hier, so glaube ich, andere Wege gehen. Schleswig-Holstein hat schlichtweg nicht immer das Geld, was wir bräuchten, und trotzdem ist es uns gelungen, gute Schritte zu gehen.

Man muss auf der anderen Seite aber auch betonen, dass die 5 Millionen € die jährlich dazukommen, aufwachsen werden. Es ist ja nicht so, dass man über die nächsten vier Jahre zugesichert hat, es gibt 5 Millionen € sondern es gibt erst 5 Millionen € dann 10 Millionen € und dann 15 Millionen €. Das ist schon eine strukturelle Stärkung, die in der Vergangenheit so nicht selbstverständlich war und die auch das letzte Mal - wenn ich das richtig in Erinnerung habe - nur als Reaktion auf große Proteste zum Erfolg gebracht wurde.

Insofern: Das ist zwar schon lange bekannt durch die Koalitionsverhandlungen, aber nichtsdestotrotz ist das ein Riesenschritt und hilft vor allen Dingen den Hochschulen in ihrer täglichen Arbeit.

(Lasse Petersdotter)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Man hat sich entschieden, in der Hochschulfinanzierung mit dem Strukturbudget neue Wege zu gehen, und ich glaube, dass das eine sehr gute Entscheidung war und - zumindest in meiner Wahrnehmung - von den Hochschulen sehr positiv kommentiert wurde.

Apropos neue Wege: Erstmals hat man auch eine Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Medizin geschlossen und dabei Tarifsteigerungen übernommen. Hier möchte ich kurz die Gelegenheit nutzen, den Fokus auf die Medizin zu legen, die einen ganz großen Teil unserer Wissenschaftslandschaft ausmacht, wobei Schleswig-Holstein viel zu selten den Dank der anderen Bundesländer dafür erhält, was wir hier alles für den Rest der Republik tun.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben einen sehr kostspieligen Schwerpunkt für ein nicht besonders finanzstarkes Bundesland gewählt, der aber menschlich und gesellschaftlich so essenziell wichtig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen zeigen auch die Innovationskraft unserer Hochschulen. Ich will nur zwei Beispiele herausheben. Ich nenne das Kompetenzzentrum Bau, wo sich die Fachhochschule Kiel, die Technische Hochschule Lübeck und die Fachhochschule Westküste gemeinsam auf den Weg gemacht haben, um die Bausituation in Schleswig-Holstein und darüber hinaus zu verbessern. Das ist ein Bündnis mit einer großen Schlagkraft, und das ist ein Bündnis, das die Wissenschaftslandschaft in Schleswig-Holstein, aber auch die reale Wirtschaft weit voranbringen möchte.

Darüber hinaus möchte ich als Beispiel das Zentrum für digitales Lernen an der Europa-Universität hervorheben. Es ist eine Antwort auf eine der großen Fragen unserer Zeit: Wie wird eigentlich in Zeiten der Digitalisierung an den Hochschulen gelernt und gelehrt? Auch hier sage ich einen großen Dank für diese Innovationsfähigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Gerade beim Kompetenzzentrum sehen wir, wie stark die Fachhochschulen in Schleswig-Holstein aufgestellt sind, aber auch, wie stark die Zusammenarbeit bei allen Konkurrenzsituationen und bei

allen unterschiedlichen Ansichten und auch regionalen Verteilungen ist. Auch hier, so glaube ich, sind wir sehr gut aufgestellt mit den drei Hochschulen, auch über diese drei hinweg.

Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen haben sich als Konzept bewährt. Es ist ja nicht so, dass man dies immer so gemacht hat, aber sie haben sich bewährt. Auch hierzu noch ein Beispiel von vielen: Die Anzahl der weiblichen Professuren ist seit den letzten Ziel- und Leistungsvereinbarungen deutlich gestiegen. Nehmen wir zum Beispiel die Christian-Albrechts-Universität, wo seit 2009 9 % mehr Professorinnen lehren und forschen. Damit ist die CAU ganz plötzlich an die Spitze im Bundesvergleich geraten. Auch diesen Weg wollen wir weitergehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Also: Mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen können die Hochschulen planen, im Guten wie im Schlechten, aber ganz wesentlich im Guten. Es geht hier in die richtige Richtung, und zwar für das, was wir als Gesellschaft brauchen: für eine bessere Lehre, für eine bessere Forschung, damit man die Antworten für unsere Gesellschaft und für unseren Planeten geben kann. Und das geht nur gemeinsam mit den Hochschulen. Deswegen ist der Konsens wichtig, deswegen ist aber auch die Stärkung der Hochschulen wichtig.

In dem Sinne: Vielen Dank. Ich freue mich auf den Festakt gleich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich danke natürlich zunächst der Frau Ministerin, ihrem Staatssekretär Dr. Oliver Grundei und den Mitarbeitern der Wissenschaftsabteilung und allen Beteiligten bei diesem Prozess. Ich habe gehört, das waren interessante Gespräche. Insofern ist es ja nicht schlecht, dass man einen Konsens auf dieser Basis hinbekommen hat.

Die große strategische Bedeutung der Hochschulen für die Entwicklung unseres Bundeslandes ist mittlerweile - das kann man, glaube ich, feststellen - ziemlich unbestritten, zumindest in diesem Hohen

(Christopher Vogt)

Haus. Das war auch schon einmal anders. Insofern ist diese Feststellung ein Grund zur Freude.

Aus diesem Grund statten wir unsere Hochschulen nicht nur bei den Investitionen, die ein großer Punkt sind, sondern auch bei der Grundfinanzierung schrittweise besser aus und übernehmen auch Tarifsteigerungen. Das hat der Kollege Petersdotter richtig beschrieben. 5 Millionen € klingen zwar nicht nach sehr viel. Aber wenn diese Mittel Jahr für Jahr immer oben draufkommen, dann ist das schon eine gehörige Summe, die auch notwendig ist.

Heiner Dunckel hat es zu Recht beschrieben: Auch im Vergleich zu den norddeutschen Ländern haben wir noch Luft nach oben. Natürlich sind wir weit entfernt von dem, was beispielsweise Bayern für die TU in München ausgibt und andere Hochschulen, jetzt neue Hochschulen in Nürnberg, aufbaut. Auch von dem, was Baden-Württemberg tut, sind wir, ehrlich gesagt, weit entfernt. Es nützt nichts, das Problem zu beklagen, sondern wir sollten es schrittweise anpacken und aufholen.

Die Hochschulen stehen in der Tat vor großen Herausforderungen. Einige wurden schon genannt: die Digitalisierung, die Künstliche Intelligenz, die zunehmend ein großes Thema auch in der Wissenschaft ist, und natürlich auch der internationale Wettbewerb.

Auf der anderen Seite sind damit natürlich auch große Chancen für die Hochschulen in Schleswig-Holstein verbunden, entsprechend aufzuholen. Die Hochschulen sind stark aufgefordert, die Fachkräfte der Zukunft in verschiedenen Bereichen auszubilden.

Ein großer Bereich ist es auch angesichts der Arbeitsmarktlage, eigene Fachkräfte zu binden, die jungen Talente an den Hochschulen zu haben, also als Mitarbeiter zu gewinnen, um so den akademischen Mittelbau zu stärken. Um diese Attraktivität zu steigern, müssen natürlich auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Auch das hat etwas mit Geld zu tun. Und auch da müssen wir ein bisschen auf den Bund schauen, Monika Heinold, damit auch der sich stärker einbringt. Ansonsten wird das nicht so leicht sein für ein Land wie Schleswig-Holstein, deutliche Fortschritte mit eigenen Mitteln hinzubekommen.

Mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen setzen wir den rechtlichen und inhaltlichen Rahmen, um unsere Hochschullandschaft fit für die kommenden Jahre zu machen und sinnvoll weiterzuentwickeln. Wir haben mit der Kieler Uni zwar nur eine Volluniversität und ansonsten eher vergleichsweise klei-

ne Hochschulen, die in den letzten Jahren - das sollte man sich einmal anschauen - teilweise erheblich gewachsen sind und eben gar nicht mehr so klein sind, wie man im Land vielleicht noch meint.

Eines will ich ganz deutlich sagen: Jede Hochschule in Schleswig-Holstein hat mit ihrem jeweiligen Profil auch ihre Stärken. Ich glaube, wir sollten in den nächsten Jahren daran arbeiten, dass wir diese unterschiedlichen Stärken gezielt unterstützen und weiterentwickeln.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das Wort „Stärken“ wollte ich eigentlich vermeiden.

Der Kollege Petersdotter hat auch den Bereich Medizin angesprochen. In der Tat bekommen wir wenig Dankeschreiben aus anderen Bundesländern, dass wir überproportional Mediziner ausbilden, was besonders teuer ist. Auf der anderen Seite haben wir am Dienstag den Zukunftspakt UKSH unterschrieben. Auch das ist natürlich eine massive Stärkung der Wissenschaftslandschaft im Land; denn auch dort gibt es jetzt massive Beträge für Gebäude der Hochschulen.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Wir haben Bereiche wie Medizin, Meeresforschung und so weiter, auf die wir auch stolz sein können und die wir weiterentwickeln sollten, damit Schleswig-Holstein mit etwas wuchern kann.

(Beifall FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Vogt?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Selbstverständlich.

**Martin Habersaat [SPD]:** Herr Kollege Vogt, ich muss einräumen, in der letzten Legislaturperiode hat das Land Schleswig-Holstein es nicht getan. Deshalb möchte ich Sie fragen, ob es in dieser Legislaturperiode zum Beispiel schon ein Dankeschreiben an das Land Nordrhein-Westfalen wegen der Fernuniversität Hagen gegeben hat.

- Nicht dass ich wüsste. Aber wir schreiben unseren Freunden von der FDP in Nordrhein-Westfalen immer gerne Briefe und Mails und rufen auch an. Insofern können wir auch das gern tun.



(Christopher Vogt)

Aber noch einmal: Die Uni Lübeck und die Uni Kiel kosten uns extrem viel Geld. Das sollte auch vom Bund entsprechend berücksichtigt werden, finde ich jedenfalls. Darüber sollten wir uns hier auch einig sein.

Meine Damen und Herren, wir werden uns nicht auf den Vorhaben ausruhen, die wir jetzt in Gang bringen. Es gibt an vielen Stellen in den nächsten Jahren noch eine ganze Menge zu bewältigen.

Die leider erneut gescheiterte Bewerbung der Kieler Uni zur Exzellenz-Universität hat uns noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt, dass wir als Land gemeinsam mit den Hochschulen noch an einigen Stellschrauben zu drehen haben. Dazu gehört zunächst einmal aus Sicht meiner Fraktion eine schonungslose Analyse, welche Bereiche die Vorgaben nicht erfüllt haben und wie diese Bereiche zukünftig aufgestellt werden könnten, damit die Uni Kiel die Anforderung bei einer möglichen neuen Bewerbung erfüllen kann.

Ziel muss es also sein, frühzeitig eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um möglicherweise eine neue Initiative auf den Weg zu bringen, damit man für die mögliche Bewerbung im Jahr 2026 erfolgversprechend aufgestellt ist.

Vielleicht kommt man allerdings auch, wenn man eine schonungslose Analyse betreibt, zu dem Schluss, dass eine erneute Bewerbung nicht sinnvoll ist. Der AStA der Uni Kiel hat ja schon gesagt, er wolle dies nicht. Das ist aber nur eine Meinung. Ich glaube, wir sollten uns das, ehrlich gesagt, noch einmal genauer anschauen und vor allem auch gucken: Was hat Hamburg gut und richtig gemacht? Was hat Bonn gemacht, um da reinzukommen? Ist das nur eine Geldfrage? Das glaube ich, ehrlich gesagt, nicht. Wir müssen uns eher die internationale Ausrichtung anschauen, und dabei müssen wir insbesondere nach Skandinavien und in den Ostseeraum gucken. Dann haben wir im Zweifel beim nächsten Mal auch gute Chancen, dabei zu sein, wenn wir es denn wollen.

Meine Damen und Herren, der Kieler Unipräsident hatte ja im Zuge dieser Diskussion gefordert - das fand ich etwas überraschend -, dass man als Land den Zuschuss an die Universität Kiel zumindest eigentlich einfach mal verdoppeln sollte. Ich glaube, ihm ist selbst bewusst, dass das ein eher gewagter Vorschlag ist, der wenig Chance auf Realisierung hat. Wir tun das, was wir tun können. Und er hat ein eigenes Wissenschaftsministerium gefordert, bei dem ich auch nicht ganz verstanden habe, was dabei eigentlich der Vorteil sein soll. Ich glaube, wir

sollten vielmehr unsere Wissenschaftsabteilung stärken - das ist ja ein altes Thema -; damit sind wir dann beim nächsten Mal auch besser aufgestellt.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich sagen: Wir haben extrem viel zu tun beim Hochschulbau. Wir brauchen neue Gebäude, wir brauchen die Sanierung von Gebäuden. Deswegen brauchen wir weiterhin auch für diesen Bereich ein hohes Investitionsniveau in Schleswig-Holstein. Dafür wird sich meine Fraktion starkmachen.

Wir wollen an der Gründerkultur arbeiten, auch an den Hochschulen. Wir müssen beim Wissens- und Technologieverkehr noch eine ganze Menge machen, um auch dort erfolgreich zu sein. Dafür gibt es viele gute Ansätze. Ich glaube, wir werden in den nächsten Jahren die Hochschullandschaft gemeinsam voranbringen. Wir sind auf einem guten Weg. Aber es gibt noch viel zu tun.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche einen schönen Abend. Bis gleich!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

#### **Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Auch von meiner Seite zunächst herzlichen Dank für den Bericht von Ihnen, Frau Ministerin Prien, und natürlich damit auch verbunden an den Staatssekretär und alle Beteiligten, die an diesem Prozess mitgewirkt haben. Selbst im Ausschuss wurde klar, wieviel Arbeit da geleistet worden ist.

Nun wurde schon von mehreren Seiten vor allem die gute Atmosphäre im Verhandlungsprozess zwischen Hochschulen und Landesregierung gelobt. Es ist immer gut, wenn die Atmosphäre gut ist, wenn eine gute Atmosphäre herrscht. Aber am Ende ist entscheidend, was als Ergebnis dabei herauskommt. Da ist die Bewertung dann von unserer Seite her nicht mehr ganz so harmonisch.

Herr Brockmann hat in einer Pressemitteilung erklärt,

(Zuruf Tim Brockmann [CDU])

**(Dr. Frank Brodehl)**

dass die Hochschulen das Ergebnis gelobt hätten. Ich war im Ausschuss dabei. Das ist tatsächlich eher eine selektive Wahrnehmung. Schauen wir doch einmal, was die Hochschulen gesagt haben.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis einmal den Präsidenten der Europa-Universität Flensburg, Herrn Dr. Reinhart. Ich zitiere ihn so, wie es im Bildungsausschuss protokolliert worden ist:

„Man komme drei bis vier Zwergenschritte weiter. Es sei allerdings nicht der Riesensprung nach vorne, um das Wissenschaftsland Schleswig-Holstein mit anderen, insbesondere süddeutschen Bundesländern konkurrenzfähig zu machen.“

Fakt ist, Fakt bleibt: Gerade einmal ein Viertel der Unterfinanzierung wird mit der Ziel- und Leistungsvereinbarung behoben. Das kann die Hochschulen nicht zufriedenstellen. Das sollte auch die Landesregierung nicht zufriedenstellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einmal an einem ganz pragmatischen Beispiel aufzeigen, welches die Folgen einer finanziellen Unterversorgung der Hochschulen sein können.

Bevor sich junge Menschen immatrikulieren, verschaffen sie sich erst einmal einen Überblick über die Hochschulstandorte und eben auch über deren Attraktivität. Dazu zählen auch - auch wenn das altmodisch klingt - Professorinnen und Professoren mit einem internationalen und nationalen Ruf; denn diese verschaffen den Hochschulen und Universitäten ein Renommee, das Studenten eben nach wie vor anzieht. Sie folgen den Professoren an die Universitäten.

Allerdings ist auch klar: Diese herausragenden Professoren wollen auch herausragend bezahlt werden. Mit der bestehenden Unterfinanzierung sind unsere Hochschulen auch künftig nicht in der Lage, sie nach Schleswig-Holstein zu locken. Das heißt, dass dieser hochwirksame Pole-Faktor nur ganz begrenzt gespielt werden kann.

Wir können darüber debattieren, ob die Vereinbarungen nun ein Meilenstein sind oder ob es nur drei bis vier Zwergenschritte sind. Fakt ist auch: Das Nord-Süd-Gefälle vergrößert sich nach wie vor. Dass Bayern bis 2023 2 Milliarden € zusätzlich in die Hand nimmt, um 1.000 neue Professuren und 10.000 neue Studienplätze zu schaffen und gleichzeitig mehrere neue Forschungsinstitute ansiedelt, das kann einen in der Tat schon vor Neid erblassen lassen.

Bei den Fragen der finanziellen Ressourcen können wir natürlich nicht mit Bayern mithalten. Umso wichtiger ist es aber, eine überzeugende Strategie zu entwickeln. Hierzu ist das Strategiebudget geplant. Eine solche Strategie bezieht alle relevanten Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ein und entwickelt zusammen eine gemeinsame Roadmap. Es ist also eine gemeinsame Aufgabe, integrierte Standortkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Bei der Bewerbung der CAU zur Exzellenz-Universität ist in diesem Sinne der Zusammenarbeit schon vorgegangen worden. Zu einer strategischen Kooperation gehören aber auch die Forschungseinrichtungen Fraunhofer, Leibniz-Institut und eben auch die Max-Planck-Gesellschaft. Die müssen also künftig stärker einbezogen werden, und wir brauchen schlicht mehr davon. Im Vergleich zu anderen Bundesländern gibt es bei uns zu wenige von ihnen. Dabei sind sie nicht nur Teil des Wissenschaftsstandorts, sondern eben auch des Wirtschaftsstandorts, womit wir wieder einmal bei der Frage des Geldes wären.

Dass Schleswig-Holstein als Konsolidierungsland bei der finanziellen Ausstattung unserer Hochschulen nicht in der Champions League spielen kann, wissen wir. Mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen ist aber immerhin die Grundlage dafür geschaffen, dass wir die Euro-League-Plätze nicht ganz aus den Augen verlieren. Die Perspektive muss aber eindeutig sein, dass wir die Hochschulen so ausstatten, dass sie langfristig im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können. Das heißt eindeutig, die Finanzausstattung muss und sollte sich am Durchschnitt der norddeutschen Bundesländer orientieren. In diesem Sinne freue ich mich auf die Unterzeichnung heute Abend. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf dem Vorweg möchte ich mich einmal bei der Ministerin für den Bericht und auch bei dem Staatssekretär für das gute Verhandeln und die Aufgaben und die Herausforderungen, die das beinhaltet, bedanken. Dennoch muss ich sagen, die Hochschulen hier in Schleswig-Holstein fahren

**(Jette Waldinger-Thiering)**

jetzt die Ernte ein, deren Saat noch die Küstenkoalition gelegt hat. Die großen Kraftanstrengungen für stabile Finanzstrukturen haben sich gelohnt. Dennoch bleiben einige Punkte, an denen wir dranbleiben müssen.

Erstens. Frauen haben es auch im Wissenschaftsbetrieb Schleswig-Holstein schwer. Sie sind unterrepräsentiert und haben nicht die gleichen Chancen auf eine wissenschaftliche Karriere wie die Männer. Die Europa-Universität in Flensburg macht vor, wie Gleichberechtigung funktionieren kann. Bis die CAU allerdings Versäumtes nachholt, werden wohl noch einige Jahre ins Land gehen. Ich würde mir wünschen, dass die Landesregierung diesem Missstand energischer entgegentritt. Die Rückkehrprogramme für Ärztinnen sowie das Habilitandinnenprogramm der CAU werte ich nur als Baustein einer umfassenden Strategie. Den Habilitandinnen an der Medizinischen Fakultät in Kiel zusätzliche Mittel zur Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, ist nur die zweitbeste Lösung. Besser wäre, mehr Betreuungsplätze an der Universität zu schaffen. Davon würden dann auch die Väter profitieren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Die Hochschulmedizin ist in unserem Land auf einem sehr guten Stand, in einigen Bereichen sogar führend. Langsam kommen auch die Gebäude und die Geräteausstattung aus dem Dornröschenschlaf. Aber dazu muss auch die Entlohnung passen. Eine vernünftige Vergütung im Praktischen Jahr sollten wir in naher Zukunft verbindlich regeln.

Drittens. Die Hochschulstandorte in Schleswig-Holstein belegen mit großartigen Projekten und Forschungsbereichen ihre Exzellenz. Für den Landesteil Schleswig freut es mich besonders, dass die Europa-Universität in Flensburg ihr Image als hässliches Entlein abstreifen konnte.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Sie kann sich selbstbewusst anderen Mitbewerbern präsentieren, unter anderem was die Praxisorientierung im Lehramtsstudium und das Thema Inklusion betrifft. Die Kooperation mit Dänemark hat dabei sicherlich eine förderliche Rolle gespielt.

Viertens. Ich freue mich sehr, dass mit der Besetzung der zwei Jahrzehnte vakanten Friesischprofessur die Studierendenzahlen im Bereich der Minderheitensprachen angestiegen sind.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Förderung der dänischen Sprache unserer Nachbarn ist darüber hinaus ein Erfolgsmodell.

Fünftens. Die Weiterentwicklung der Hochschulkooperation in den Ostseeraum hinein, ins Baltikum, Russland, Polen und Skandinavien, ist unverzichtbar. Besondere Anstrengungen in diesem Bereich müssen aber auch besonders honoriert werden.

Sechstens. Die Strategie bei den MINT-Fächern ist noch nicht klar erkennbar. Die hohe Abbrecherquote bei angehenden Mathe- und Naturwissenschaftslehrkräften ist ein Problem, dem wohl mit der geplanten Arbeitsgruppe allein nicht beizukommen ist. Mich würde schon interessieren, was die Studierenden dazu sagen. Wenn naturwissenschaftlicher Unterricht attraktiv und lebendig in der Schule gestaltet wird, entscheiden sich die Schülerinnen und Schüler später auch für entsprechende Berufe. Die bessere Vermittlung im Bereich Naturwissenschaften und Mathematik muss also entschlossen vorangetrieben werden, damit die gesamte Gesellschaft davon profitiert.

Siebtens. Drittmittel sind ein Thema, das man mit Argusaugen verfolgen sollte, weil über Drittmittel mehr Entscheider ins Hochschulsystem kommen. Im Zusammenhang mit den Finanzen möchte ich allerdings lobend erwähnen, dass Probleme mit dem Mittelabruf klar erkannt wurden.

Achtens. Keine Rede zur Hochschulpolitik sollte ohne das Dauerergebnis der befristeten Verträge auskommen. Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, dass befristete Arbeitsverträge und Projektfinanzierungen immer noch die Regel und nicht die Ausnahme sind.

(Beifall SPD)

Werden erst die Babyboomer in Pension gehen, geraten die Hochschulen mit diesen antiquierten Jobstrukturen auf dem Arbeitsmarkt hoffnungslos ins Hintertreffen. Daher müssen neue Beschäftigungsmodelle entwickelt werden.

Ich möchte noch einmal auf die von Tim Brockmann angeführten BAföG-Millionen zurückkommen. Wenn wir 2014 diese 40 Millionen € BAföG nicht in die Schulen gesteckt hätten, hätte die Bildungsministerin heute nicht von einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung reden können. Insofern: Unser Bildungssystem

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ist leider chronisch unterfinanziert. Wir haben in den letzten siebeneinhalb Jahren echt viel dafür ge-

**(Jette Waldinger-Thiering)**

tan, dass es besser wird. Ich finde, die heutige Debatte zeigt auch, dass wir uns alle gemeinsam auf einem guten Weg befinden. Wenn Christopher Vogt vorhin gesagt hat, dass jeder Hochschulstandort in Schleswig-Holstein seine Berechtigung, seine Qualitäten und seine Aufgaben hat, dann kann ich das echt nur unterstreichen. Das hätte auch aus meinem Mund kommen können. Genau diese Qualitäten müssen wir für Schleswig-Holstein, für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein auch in den nächsten Jahren weiter herausarbeiten. Ich freue mich auch auf heute Abend und bis später.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Ausschuss empfiehlt, dem Bericht Drucksache 19/1685 zuzustimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Dann ist das einstimmig so geschehen.

Der Ausschuss empfiehlt, dem Bericht Drucksache 19/1686 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zuzustimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Damit wurde dem Bericht in der Fassung der Drucksache 19/1769 einstimmig zugestimmt.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen 10 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:29 Uhr**